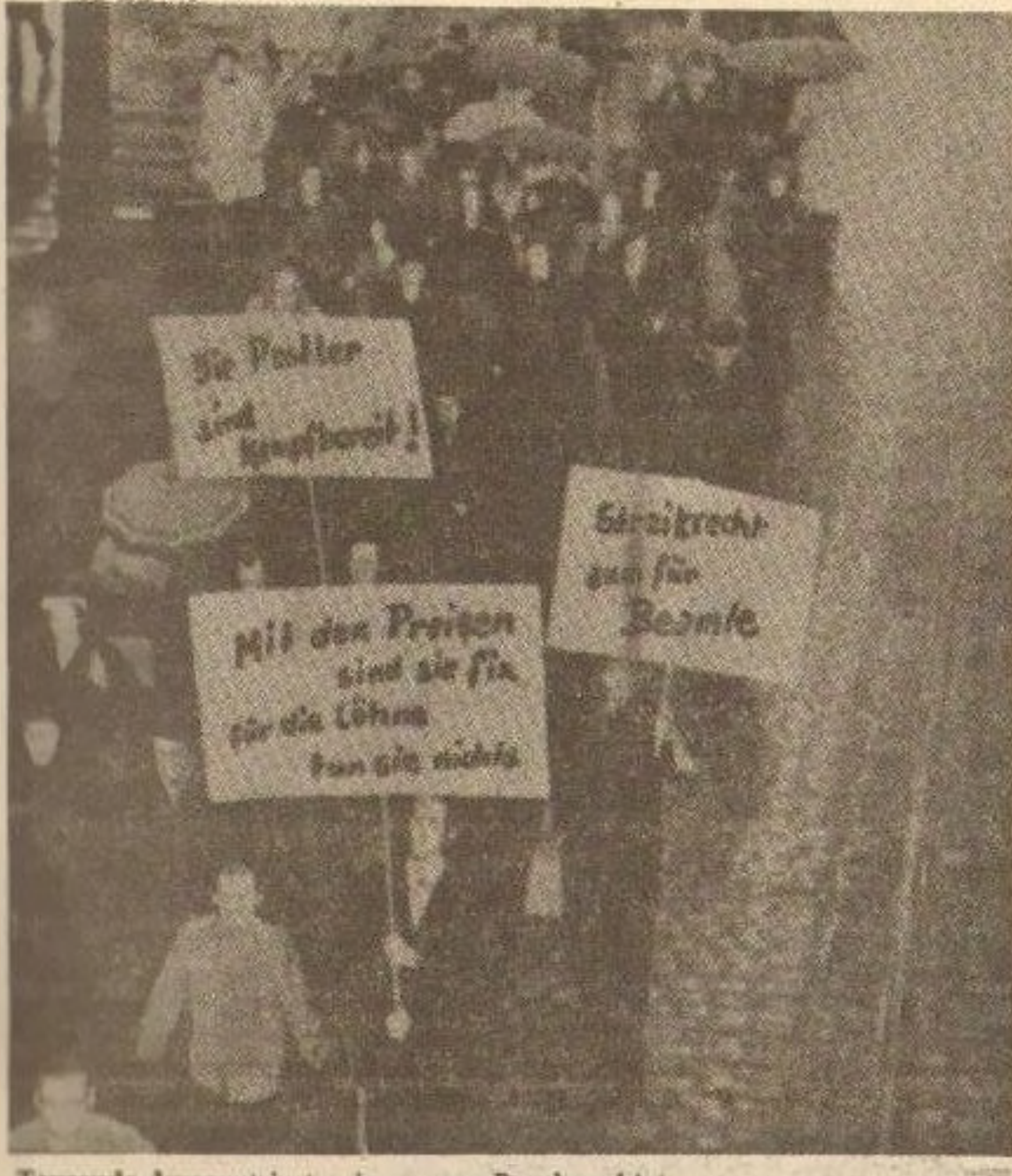
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

6. Februar 1974 Jg.2 Nr. 3 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Tel.0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 45 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 6.2.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM, Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 3.2.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)



Tausende demonstrierten im ganzen Bundesgebiet.

Im Lohnkampf voran!

In der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst, bei der Post und der Eisenbahn sind die Fronten in Bewegung gekommen. Die Verhandlungen sind abgebrochen. Am 7. und 8. Februar finden die Urabstimmungen statt. In zahlreichen Städten haben die Arbeiter und Angestellten durch Demonstrationen und Warnstreiks gezeigt, daß sie fest entschlossen sind, den Lohnkampf zu führen. Gleichzeitig hat sich die Hetze der Kapitalisten, ihrer Presse, der bürgerlichen Parteien und der Regierung gegen die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst, bei der Post und Eisenbahn verschärft. Jetzt kommmt es darauf an, die einheitliche Kampffront weiter aufzubauen, die Solidarität in den anderen Branchen zu stärken, den Tarifkampf in der Metallindustrie ebenfalls offen aufzunehmen und geschlossen allen Einschüchterungsversuchen der Feinde der Arbeiterklasse und allen Versöhnungsversuchen ihrer falschen Freunde entgegenzutreten.

DIE SPD/FDP–REGIERUNG ENTLARVT SICH TÄGLICH MEHR!

Seit langem sind von der Regierung Apelle zu hören, die "Tarifpartner" sollten Verantwortung zeigen und sich mäßigen. Mit ihren Lohnangeboten hat die SPD/FDP-Regierung, die ja im öffentlichen Dienst selbst "Tarifpartner" ist, allerdings Verantwortung gezeigt! Fragt sich bloß gegenüber wem? Verantwortung hat sie gezeigt gegenüber den Kapitalisten und gegen ihre Ausbeuterordnung. Ansonsten hat sie die staatliche Preistreiberei fortgesetzt und keinen Zweifel daran gelassen, daß sie an der Spitze der Lohndrücker steht – der Kanzler mit seinen salbungsvollen Sprüchen immer vorneweg.

Es dreht einem schon den Magen um, wenn man diese Typen auf dem Fernsehschirm auftreten sieht und Mäßigung predigen hört. Kein Wunder, wenn Genscher bei den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst, bei den Postlern und Eisenbahnern völlig unten durch ist. Das Brandt kein Härchen besser ist, darüber sind sich auch die meisten klar. Es zeigt sich: Diese Regierung unterscheidet sich in nichts von früheren Regierungen der Großen Koalition oder der CDU. Es ist eine hundsgewöhnliche bürgerliche Regierung und sie verhält sich dementsprechend. Das ist auch verständlich: handelt es sich doch um eine Regierung des kapitalistischen Staates.

DIE DEMAGOGIE DER CDU/CSU IST WIDERLICH UND LEICHT ZU DURCHSCHAUEN!

Die CDU/CSU genießt ihre Oppositionsrolle, die es ihr erlaubt, sich groß als Freund der Arbeiter und Angestellten aufzuspielen und Verständnis für ihre Sorgen zu heucheln. Ihr Hauptschlager, wie auch der der Unternehmerverbände, sind ein paar kosmetische Korrekturen an der Steuerprogression, die längst die breite Masse der Arbeiter und Angestellten benachteiligt. Aber die von der CDU/CSU vorgeschlagenen kosmetischen Korrekturen entsprechen erstens in keiner Weise den für die Arbeiter und Angestellten notwendigen Forderungen (Weg mit allen indirekten Steuern! Bestreitung der öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft!); zweitens sollen sie ausschließlich der Verwirrung und Schwächung der Front im Lohnkampf dienen, wie die CDU/CSU und die Unternehmerverbände auch schamlos zugeben. Zweifellos müssen die Arbeiter und Angestellten den Kampf gegen das gegenwärtige Steuersystem führen, bestimmt aber nicht auf der Linie der CDU/CSU und zu Lasten des Lohnkampfes. Der Kampf gegen das gegenwärtige Steuersystem ist notwendig, damit den Arbeitern und Angestellten nicht hintenrum der Lohn wieder aus der Tasche gezogen wird und damit sie nich zusätzlich zur Ausbeutung in der Produktion auch noch durch den bürgerlichen Staats ausgeplündert werden. Dieser Kampf steht also nicht im Widerspruch zum Kampf um den Lohn, sondern ist nur eine andere Seite des Klassenkampfes. Den aber will die CDU/CSU unterdrücken und durch ihre Demagogie schwächen. Doch man kennt diese Leute ja und man erinnert sich gut, wem sie in der Regierung gedient haben, und weiß, wem sie nach wie vor dienen.

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG WÜRDE GERN KLEIN BEIGEBEN, KANN ES ABER NOCH NICHT

Die Gewerkschaftsführung, die fest in der Hand von Sozialdemokraten ist, führt natürlich keinen ernsthaften Kampf gegen eine Regierung, in der ebenfalls Sozialdemokraten sitzen. Ohnehin ist ihr die Sicherheit dieses Staates wichtiger als die Interessen der Lohnabhängigen. Das gilt erst recht, wenn ihre Parteifreunde die Regierung stellen.

Obwohl aber an den Verhandlungstischen Vertreter einer Regierung, in der die Sozialdemokratie die Mehrheit stellt, und Vertreter von Gewerkschaften, deren Führung fest in der Hand von Sozialdemokraten ist, sich gegenübersitzen, können sie nicht so schnell handelseinig werden, wie sie gern wollten. Das liegt daran, daß die Interessen, die dort verhandelt werden, miteinander unvereinbar sind: die Interessen des bürgerlichen Staates auf der einen Seite und die Interessen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, bei der Post und Eisenbahn auf der anderen Seite.

Daß diese Interessen unvereinbar sind, zeigt sich besonders deutlich in der beginnenden Krise. Unter diesen Umständen treten selbst am Verhandlungstisch Schwierigkeiten auf, obwohl auf beiden Seiten fast die gleichen Leute sitzen. Diese Schwierigkeiten bestehen darin, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht können, wie sie wollen, und nicht sofort offen nachgeben können. Aber sie warten nur auf eine Gelegenheit, um nachzugeben. Diese Gelegenheit werden sie für gekommen halten, wenn die Regierung mit ihrem Angebot über 10 % hinausgeht und von 9,5 %, dem letzten Angebot, bis sagen wir 10,2 % ist es ja nicht so weit.

Fortsetzung Seite 3

Über 13% Teuerung

13 % SCHON ENDE '73 – 7,8 % OFFIZIELL

Nach Berechnungen in der "Süddeutschen Zeitung" vom 25.1.1974 betrug die jährliche Teuerungsrate Ende 1973 nicht 7,8 %, wie das Statistische Bundesamt angibt, sondern 13 %. Diese Zahl errechnet sich, wenn man den Anteil der Ausgaben für Heizöl und die gestiegenen Heizölpreise in der Durchschnittsrechnung realistisch angibt, und nicht aus den Anteilen, die den wirklichen Ausgaben nicht entsprechen und die das Statistische Bundesamt seiner Rechung zugrunde legt.

In der "Süddeutschen Zeitung" heißt es weiter, daß dies noch nicht die ganze Wahrheit sei. "Denn erstens ziehen die Heizölpreise gerade in diesen Tagen abermals kräftig an, zweitens ist auch der Anteil der Heizölausgaben an den Gesamtausgaben schon wieder ungleich höher ... Die Verteuerung des Heizöls bedeutet, daß sich für einen großen Teil der Bundesbürger die Lebenshaltungskosten binnen Jahresfrist weit stärker verteuert haben, als dies der amtliche Index ausdrückt – wohl nahezu um das Doppelte". Rechnen wir die Benzinpreise dazu und die Ausgaben für Miete, die ebenfalls im amtlichen Index viel zu gering angesetzt werden, dann ist insgesamt die Teuerung weit höher und wird in diesem Jahr noch weiter steigen.

Red.

86 % oder 5 517 DM mehr im Monat für Abgeordnete

DIE BUNDESTAGSABGEORDNETEN KÖNNEN DEN HALS NOCH NICHT VOLL GENUG KRIEGEN

In der letzten KVZ berichteten wir, daß die Fraktionsvorstände im Bundestag sich auf eine Erhöhung der Wahlkampfgelder von 2,50 DM auf 3,50 DM pro Wähler und auf eine Diätenerhöhung um 1 200 DM im Monat geeinigt haben. Wie jetzt bekannt wurde, wollen die Bundestagsabgeordneten sich damit nicht zufrieden geben und noch größere Erhöhungen ihrer Monatseinkommen beschließen. Nicht nur die Pauschalen sollen um 40 % (1 200 DM) monatlich erhöht werden, sondern auch die Diäten. Da die Diäten künftig versteuert werden sollen, wollen die Abgeordneten außerdem noch zusätzlich einen Betrag, den sie an Steuern zahlen müssen, 2 000 DM monatlich, aufschlagen. Wenn die entsprechenden Gesetze den Bundestag passieren, dann ist das offizielle Einkommen der Abgeordneten von derzeit 6 370 DM auf 11 887,50 DM erhöht, rund das Doppelte – 5 516,50 in Mark und Pfennig, 86,6 %. Obwohl – wie die Zeitungen schreiben – die Abgeordneten Angst haben vor einer "verheerenden Reaktion in der Öffentlichkeit", sind sie sich dennoch weitgehend einig, daß diese Erhöhungen den Bundestag passieren müssen. Man müsse halt auf Kosten der eigenen Popularität in den sauren Apfel einer breiten öffentlichen Diskussion beißen, heißt es in allen Parteien des Bundestags, so schreibt das Handelsblatt.

Mit einer Diskussion wollen diese Schmarotzer und Volksbetrüger davonkommen. Mit 5 000 DM mehr im Monat wollen sie sich dafür belohnen, daß sie in den Tarifrunden hart bleiben. Was diesen hartgesottenen Gaunern gehört, ist etwas anderes als eine Diskussion.

Red.

Aus dem Inhalt

Regierung droht

DIE ARBEITERKLASSE DARF SICH DURCH DROHUNG MIT ARBEITSLOSIGKEIT NICHT TÄUSCHEN UND VOM LOHNKAMPF ABHALTEN LASSEN.

Bei Lohnabschlüssen über 10 % drohe unweigerlich größere Arbeitslosigkeit, erklärte die Bundesregierung und ließ dieser Drohung durch kunstvolle Modellrechnungen sachverständiger Professoren die wissenschaftliche Weihe zukommen. Diese Professoren sind allesamt bekannt als treue Staatsdiener und Speichellecker des Kapitals, die gegen ein süßes Parasitendasein, das aus den Steuern der Lohnabhängigen bezahlt wird, die Angriffe gegen die Lohnabhängigen "wissenschaftlich untermauern". Was steckt hinter dem Argument, Lohnerhöhung bringt Arbeitslosigkeit? Zum ersten hat die Bundesregierung ihr Argument schon selbst widerlegt, indem sie unabhängig von Lohnerhöhungen Anfang Januar verkündete, daß mit über 700 000 Arbeitslosen zu rechnen sei.

Zum zweiten bedeutet das Argument nichts anderes, als daß der Kapitalist sagt, wenn du nicht einen geringeren Lohn hinnimmst, dann werde ich dich entlassen. Das kann der Kapitalist, der produzieren will, aber nur, wenn er andere Arbeiter, die bisher keine Arbeit haben, findet, die bereit sind, für weniger Lohn die Stelle einzunehmen. Um so vorzugehen, muß also schon Arbeitslosigkeit bestehen, die dadurch entstanden ist, daß wegen Überproduktion die Produktion eingeschränkt wird. Damit aber der Kapitalist bestehende Arbeitslosigkeit nicht erpresserisch zum Drücken des Lohnes verwenden kann, schließt sich die Arbeiterklasse gewerkschaftlich zusammen, um Lohntarife durchzusetzen, unter denen kein Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen darf.

Der einheitliche und entschlossene Lohnkampf ist also gerade in Zeiten von Arbeitslosigkeit wichtig. Sonst drücken die Kapitalisten die Löhne auf das Niveau des Arbeitslosengeldes. Gegenüber dem Staat ist ein Arbeitslosengeld zu erkämpfen, das mindestens 80 % vom Nettolohn beträgt, um auch dadurch die Erpressermöglichkeiten der Kapitalisten und ihres Staates mit der Arbeitslosigkeit einzuschränken.

—bb-

Benzin bis zu 12 Pf teurer

DOPPELT SOVIEL PREISERHÖHUNG WIE DIE STEIGERUNG DER ABGABEN AN DIE ARABISCHEN STAATEN VERLANGEN DIE ÖLKONZERNE FÜR BENZIN UND HEIZÖL

Bis zu 12 Pfennig pro Liter haben die Ölkonzerne Ende Januar den Benzinpreis heraufgesetzt. Heizöl soll ebenfalls nochmal um ungefähr 10 Pfennig teurer werden. Zu gleicher Zeit veröffentlichten die größten Ölkonzerne ihre offiziellen Gewinne für 1973, die bis zu 59 % (ESSO) höher waren als 1972.

Die Kapitalistenzeitung "Handelsblatt" schreibt: "Aktionäre dieser beiden britischen Konzerne (BP und Shell) sehen der nahen Veröffentlichung der Jahresabschlüsse mit entsprechend hochgespannten Erwartungen entgegen. In der Tat mögen Überschüsse erwirtschaftet worden sei, die nach bestmöglicher Kaschierung, u.a. stiller Reserven, noch immer so massiv sind, daß sie ähnlich den Gewinnen britischer Großbanken zum politischen Ärgernis werden könnten."

Die Lebenshaltungskosten werden sich unter anderem wegen der steigenden Öl- und Benzinpreise in diesem Jahr um über 13 % erhöhen. Dem arbeitenden Volk bleibt gar keine andere Wahl, als im Lohnkampf das Lebensniveau zu verteidigen. Denn in dieser Situation Preiskontrolle vom Staat der Bundesrepublik zu fordern, hieße den Bock zum Gärtner machen. Er ist der treue Handlanger der Konzerne, der kräftig mitverdient – am Liter Benzin inzwischen 52,5 Pfennige. Um die Konzerne zu schlagen, muß dieser Staat geschlagen werden. Um die Lebens- und Kampfbedingungen der werktätigen Massen zu heben, fordern wir!

Weg mit der Mineralölsteuer!

Weg mit allen indirekten Steuern!

Die letzten Preiserhöhungen der Ölkonzerne sind größer, als die arabischen Staaten insgesamt an Abgaben erhalten. Die Abgaben an die arabischen Staaten betragen insgesamt nach den letzten Erhöhungen (um 4 bis 5 Pfennige) 9 bis 10 Pfennige. Dem berechtigten Vorgehen der arabischen Staaten, einen größeren Anteil aus dem Erlös der Ausbeutung ihrer Naturreichtümer zu erhalten, begegnen die Ölkonzerne mit mehr als doppelt so hohen Preiserhöhungen für Öl und Benzin. Die arabischen Staaten beraten derzeit mit afrikanischen Regierungen über Zuschüsse, damit die Entwicklungsländer nicht auch Opfer der Preispolitik der Konzerne werden.

—bb—

RHEINKABEL:

GROSSE EMPÖRUNG ÜBER DIE "LOHNERHÖHUNG" FÜR BUNDESTAGSABGEORDNTE

Als die Meldung über die "lineare Lohnerhöhung" von 1 200 (1 500) Mark für Abgeordnete zu lesen war, trauten viele Kollegen bei Rheinkabel ihren Augen kaum. Stand doch da, daß sich die Abgeordneten mit der linken Hand das holen, was sie wollen. – Denen sind die Preise zu hoch gestiegen, aber uns erzählen sie, daß wir nur ja keine Lohnforderungen stellen dürfen, das schrieben wir dann ein paar Tage später in unserer **Betriebszeitung**. Wir berichteten nicht nur von der Erhöhung der Bezüge, sondern stellten am Schluß unsere Programmforderung auf: Jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter und Bezahlung nicht höher als ein Facharbeiter im Schnitt, da dies ja nicht unsere Vertreter sein können, wenn sie Hand in Hand mit den Kapitalisten egen uns vorgehen.

Die große Mehrheit der Kollegen, mit denen wir diskutierten, war unserer Ansicht. Sie alle waren empört über die sogenannten Volksvertreter. Die meisten fanden, daß unsere Forderung richtig ist: Jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter, Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt.
Sogar Kollegen, die bislang immer gegen den Lohnkampf argumentiert hatten, waren der Ansicht: jetzt müsse der Lohnkampf entschieden geführt werden.

ZUVIEL KASSIERT

Die vier Bonner Parlaments-Vizepräsidenten – Herrmann Schmitt-Vockenhausen (SPD), Richard Jäger (CSU), Kai-Uwe von Hassel (CDU) und Lieselotte Funcke (FDP) – müssen sich demnächst vor Parlamentskollegen des Haushaltsausschusses verantworten. Grund: Obwohl sie seit 1973 über eigene Dienstwagen zum ständigen Gebrauch verfügen, lassen sie sich auch weiterhin eine steuerfreie Reisekostenpauschale von **900 Mark monatlich** *auszahlen. Die Vizepräsidenten können ihr Verhalten mit Vorbildern entschuldigen: Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) und ihre CDU-Vorgänger, die schon immer über Dienstkarossen verfügten, haben stets die Reisekostenpauschale kassiert.*

AUS DER GESCHICHTE DER KLASSENVERSÖHNLERDEMOKRATIE

In einem Interview des "Spiegel" mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter anläßlich der selbständigen Streiks 1969 versuchte Vetter den "mangelnden Informationsfluß zwischen den Spitzenfunktionären und den Vertrauensleute in den Betrieben" zu erklären:
"Ja, dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Ein Beispiel, wie sich so etwas unter politischem Zwang entwickelt: Ich komme aus dem Bergbau, und da waren bis 1950 auf vielen Zechen überwiegend Kommunisten als Vertrauensleute gewählt worden. Um ihren Einfluß zurückzudrängen, lösten wir unsere Betriebsorganisationen auf und schlossen die Vertrauensleute verschiedener Betriebe in örtlichen Organisationen zusammen. Die Kommunisten waren zwar jetzt in den Beschlußorganen in der Minderheit, doch gleichzeitig verloren wir an Kontakt zum Arbeitsplatz." (Spiegel, 22.9.1969)
Damals wie heute akzeptieren die Gewerkschaftsführer und ihre politischen Anhänger im Betrieb Mehrheiten nur dann, wenn es "ihre" Mehrheiten sind. Ansonsten pfeifen sie auf die Demokratie in den Gewerkschaften.

Mitbestimmung und Vermögensbildung

DIE BETRUGSMANÖVER MITBESTIMMUNG UND VERMÖGENSBILDUNG KÖNNEN DIE ARBEITERKLASSE NICHT TÄUSCHEN

Die Spitzen von SPD und FDP haben sich jetzt auf ein gemeinsames Konzept zur Vermögensbildung und Mitbestimmung geeinigt. Das Kernstück der Reformversprechungen des Regierungsprogramms der Koalition liegt damit vor und soll demnächst im Kabinett verabschiedet werden.
SPD-Arbeitsminister Arendt spricht von einem "Jahrhundertergebnis" und der Bundesgeschäftsführer der SPD, Börner, erklärte: "Meine Fraktionskollegen haben den geradezu historischen Rang dieses Vorgangs für die Arbeiterbewegung erkannt." Bundeskanzler Brandt wurde schon etwas genauer: "Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit können auf diesem Wege entschärft werden."

Es war schon immer das erklärte Ziel der SPD, den Klassengegensatz zu entschärfen, ein Ziel, das in der Praxis für die Arbeiterbewegung immer so ausgesehen hat, daß in den Klassenkämpfen die SPD auf der Seite der Bourgeoisie stand. Den Gegensatz zwischen den Klassen entschärfen, das heißt, gegen die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter zusammen mit den Unternehmern Front zu beziehen, wie wir es gerade jetzt wieder erleben. Den Klassengegensatz entschärfen, das heißt, die Staatsmacht gegen die Arbeiterklasse einsetzen, wenn die Arbeiterklasse um die Macht und für die Beseitigung der Ausbeutung kämpft. Den Klassenkampf entschärfen, das heißt die Arbeiterklasse ihrer Waffen berauben; das kann auch gar nichts anderes bedeuten, denn der Klassengegensatz ist scharf, weil er auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital beruht. Diesen Gegensatz versöhnen wollen, heißt immer, die Arbeiterklasse zur Kapitulation täuschen oder zwingen wollen.

Eine andere Frage ist, ob dies gegenwärtig überhaupt gelingen kann. Macht sich die SPD-Führung nicht selbst Illusionen, die Arbeiterklasse nachhaltig mit Mitbestimmung und Vermögensbildung über die Klassengegensätze hinwegtäuschen zu können? Hat die Arbeiterklasse nicht genug Erfahrung mit Mitbestimmung und Vermögensbildung, daß sie sich durch die neuen Gewänder täuschen ließe? Es ist vielmehr wie mit des Kaisers neuen Kleidern. Das neue Kleid der Mitbestimmung wird genausowenig an der nackten Ausbeutung ändern wie die alte, zum Beispiel im Montanbereich, wo sie am weitestgehenden besteht. Dort hat die Mitbestimmung nur dazu geführt, daß Rationalisierung reibungsloser durchgeführt werden konnte, daß einige Funktionäre mitbestimmten, wie die Arbeitshetze gesteigert wurde, mitbestimmten über die Entlassungen.
Das neue Kleid der Vermögensbildung wird genausowenig den Abbau der Reallöhne verhindern, wie die alten Kleider der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Und genauso wie die alte wird die neue Form gegen die notwendigen Lohnforderungen ins Feld geführt werden.

WIE SEHEN DIE GEPLANTEN REGELUNGEN AUS?

Erstens: Mitbestimmung

Die neue Mitbestimmung soll nur für Unternehmen mit mehr als 2 000 Beschäftigten gelten, das sind ca. 650 Betriebe mit ca. 4 Millionen Beschäftigten. Sie gilt nicht für den Montanbereich, wo es bei der Montanmitbestimmung bleibt, und nicht für kleinere Unternehmen zwischen 500 und 2 000 Beschäftigten, wo es dabei bleibt, daß ein Drittel der Aufsichtsräte von der Belegschaft gewählt wird.
Die neue Mitbestimmung sieht vor, daß die Hälfte der Aufsichtsräte von der Belegschaft gewählt wird, aber nicht wie bisher in direkter Wahl, sondern über die Wahl von Wahlmännern. Die Belegschaft wählt also einen Wahlmännerkörper und dieser wählt dann die Hälfte des Aufsichtsrates. Arbeiter, Angestellte und leitende Angestellte wählen gemeinsam, aber zugleich ist festgelegt, daß der Wahlmännerkörper nach dem Stärkeverhältnis der Gruppen im Unternehmen zusammengesetzt ist. Dabei muß immer mindestens ein leitender Angestellter gewählt werden (das wird Minderheitenschutz genannt). Und die Wahlmänner müssen wiederum mindestens einen leitenden Angestellten in den Aufsichtsrat wählen. Der wird dann dahergelaufen kommen und sagen, er sei von der Belegschaft gewählt, auch wenn er keine Arbeiterstimme bekommen hat.

Sogar der DGB hat gegen diese Regelung einen lauen Protest erhoben. Er will die "volle Mitbestimmung". Aber das heißt doch nur, daß der DGB nun, wenn die Arbeiter gegen den ganzen Mitbestimmungsbetrug protestieren, sagen kann, man müsse eben für die volle Mitbestimmung kämpfen.
In Jeder Form ist die Mitbestimmung gegen eine direkte Interessenvertretung der Arbeiter gerichtet. Sie stellt die Betriebsgemeinschaft gegen die Interessenvertretung der Lohnabhängigen und ist ganz darauf zugeschnitten, auch noch die Reste von selbständiger Interessenvertretung der Arbeiter im Betrieb zu korrumpieren. Denn meist sind es wieder die Betriebsräte, die in den Aufsichtsrat kommen. Im Aufsichtsrat unterliegen sie noch schärferen Bestimmungen wie als Betriebsrat, dort haben sie "die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden (und) Stillschweigen zu bewahren" über das, was sie im Aufsichtsrat erfahren. Mit Aufsichtsratsbezügen werden sie dafür bezahlt, daß sie sich den Profit des Unternehmens zum Gewissen machen müssen. Diesem Versuch, einzelne zu korrumpieren, und alle mit der Mitbestimmung zu betrügen, müssen wir entgegentreten undden Kampf für die unbeschränkten Arbeiterrechte führen mit den Forderungen:
Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter, die gewählt werden auf der Grundlage freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb für jeden Lohnabhängigen. Einjährige reguläre Wahlperiode und jederzeitige Abwählbarkeit. Freie Betätigung der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertreter bei der Durchführung von Arbeitskämpfen. Unkündbarkeit, Beseitigung der Friedens- und Schweigepflicht und der Verpflichtung auf das Betriebswohl.

Zweitens: Vermögensbildung

Rund 23 Millionen Arbeiter, Angestellte und Unternehmer, alle, die im Jahr nicht mehr als 36 000 DM (Ledige) bzw. 54 000 DM (Verheiratete) verdienen, sollen jährlich einen Anteilschein von ca. 200 DM bekommen. Mit jedem Jahr soll der Betrag angeblich um 10 % erhöht werden. Das Geld dafür soll von den Unternehmen, die mehr als 400 000 DM Gewinn machen, geholt werden. Ab 1 Million Gewinn beträgt die Abgabe 10 %. Diese Gewinnabgabe soll möglichst in Form von Aktien an mehrere Fonds (Vermögensfonds) gezahlt werden, die von den Banken einzurichten sind. Das Volk von Westdeutschland soll so zu einem Heer von kleinen Aktienbesitzern werden, jeder Lohnabhängige soll fortan sein Hauptinteresse auf den höchstmöglichen Profit der Konzerne setzen, denn je größer der Profit, desto größer die Abgabe an den zentralen Vermögensfonds.
Mit dem Anteilschein freilich kann der Lohnabhängige nicht viel anfangen. Es reicht, wenn er sich als Vermögender fühlt, das ist auch der Zweck der Sache.
Die Einlösung des Anteilscheins ist erstmalig nach sieben Jahren möglich, dann ist er nur noch ein Bruchteil wert, denn ein Zins wird bei dieser Form des Zwangssparens nur in Höhe von drei bis vier Prozent gewährt, weit weniger als die Inflationsrate. Nach sieben Jahren aber ist natürlich nur der Anteilschein des ersten Jahres einlösbar. Außerdem bekommt man für fünf Jahre keine weiteren Anteilscheine, wenn man nach Ablauf der sieben Jahre von seinem Recht der Ausbezahlung Gebrauch macht.
Nach sieben Jahren hat man dann etwas über 2 000 DM Anteilscheine, die wegen der Inflation höchstens die Hälfte wert sind, und darf davon etwas über 200 DM abheben, von denen weit weniger als 200 DM Kaufkraft übrig geblieben ist wegen der Inflation.
Die Vermögensbildung soll sich also vornehmlich im Kopf der Lohnabhängigen abspielen, aber wo's nichts gibt, spielt sich auch im Kopf nichts ab. Andererseits ist der große Topf, der keine Bedeutung für die Lohnabhängigen hat, ein großer Batzen, über den Staat, Banken und Gewerkschaftsführer verfügen können, um kapitalistische Krisenpolitik zu machen, also um Kredite an "notleidende Unternehmer" zu günstigen Bedingungen zu geben und um den Verwaltern des Vermögensfonds ein gutes Auskommen zu sichern. Eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären, Staatsbeamten und Bankmanagern lauert schon auf die gut dotierten Posten. Ein paar Unternehmer jammern natürlich über die "kalte Sozialisierung", die ihnen doch nur über Kredite wieder zugute kommt.

Die Arbeiterklasse kämpft gegen diese durch und durch korrupte großangelegte Augenwischerei. Sie kämpft für die Abschaffung der Ausbeutung und nicht für die Verschleierung der Ausbeutung. Sie kämpft gegen die Steuerausplünderung, durch die der hart erkämpfte Lohn immer unerträglicher gemindert wird.

Zirka 90 % der Steuereinnahmen werden von den Werktätigen durch Lohnsteuern und indirekte Steuern abgepreßt. Wir fordern:
Weg mit allen indirekten Steuern! Bestreitung der öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft! Erhöhung des Steuerfreibetrags auf mindestens 1 500 DM monatlich!

—Red.—

Im Lohnkampf voran!

Fortsetzung von Seite 1

DIE SCHWIERIGKEITEN DER SOZIALDEMOKRATEN AUSNUTZEN UND SELBSTÄNDIG DIE INITIATIVE ERGREIFEN UND BEHALTEN

Obwohl die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften die Führung innehaben, fällt es ihnen gegenwärtig sehr schwer, jede selbständige Initiative der Gewerkschaftsmitglieder abzuwürgen. Schließlich müssen sie selbst ein bißchen Kampfgeist zeigen, wenn sie nicht alle Glaubwürdigkeit verlieren wollen.

Gleichzeitig läßt sich die Initiative aus den Betrieben und Ämtern auch nicht mehr, so leicht bremsen. Die Möglichkeiten, vorwärtszukommen, Kampfaktionen einzuleiten und von der Gewerkschaft eingeleitete Aktivitäten imn Kampfaktionen umzuwandeln, sind gegenwärtig also nicht schlecht, und vor allem die Postler haben diese Möglichkeiten auch sehr gut genutzt. Das waren keine Trauermärsche unter sozialdemokratischer Führung, sondern Kampfdemonstrationen von Tausenden von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die sich gegen den Staat aufzulehnen beginnen und in dem Maße, wie sie das tun, die sozialdemokratische Führung in Frage stellen.

tun, die sozialdemokratische Führung in Frage stellen.

Jetzt kommt es darauf an, diese Elemente des selbständigen Kampfes, die sich überall zeigen, auszubauen und zu stärken. Dazu ist zunächst eine Lohnforderung nötig, auf der sich alle zusammenschließen können, um gemeinsam den Kampf zu führen und den Feind in die Knie zu zwingen. Diese Forderung ist bei den Postlern, den Eisenbahnern und den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst schon da. In allen Demonstrationen der letzten Zeit war eine der Parolen:

"185 MARK SIND SCHON ZU KNAPP – DAVON GEHEN WIR NICHT AB!"

Obwohl die 185 Mark für alle gleich als Mindestforderung aus dem offiziellen Forderungskatalog der Tarifkommissionen stammt, ist sie der Taktik der Gewerkschaftsführung entgegengesetzt, denn sie läßt es nicht zu, den einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder gegen den andern auszuspielen, sie ist klar und einfach und jeder weiß, was sie bedeutet. An ihr kann nicht viel herumgemacht werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist diese Forderung, obwohl sie zu niedrig ist, dennoch am besten geeignet, um eine einheitliche Kampffront aufzubauen. Deshalb haben sie auch viele Kollegen in den Vordergrund gestellt, während die Gewerkschaftsführung immer nur von einer zweistelligen Prozentzahl redet. Diese Forderung muß weiter verankert werden und auf Grundlage dieser Forderung muß in den Urabstimmungen eine breite Mehrheit für den Streik hergestellt werden. Je mehr dies gelingt, desto weniger wird die Gewerkschaftsführung Spielraum für irgendwelche Manöver haben. Auf Grundlage dieser Forderung wird es auch am ehesten möglich sein, die schädliche Schwerpunkttaktik der Gewerkschaftsführung zu durchbrechen und das ganze Gewicht der Arbeiter- und Angestelltenmasse im Streik zur Geltung zu bringen. Um dies zu erreichen, muß auch darauf gedrungen werden, daß keine neuen Verhandlungen vor Streikbeginn aufgenommen werden.

"WIR POSTLER SIND DOCH KEINE KNECHTE – WIR KÄMPFEN JETZT UM UNSRE RECHTE"

Die Postdirektion und das Postministerium haben auf die Aktionen der Postler mit Unterdrückungsmaßnahmen reagiert und von den Postlern Ergebenheitsbekundungen verlangt. Erst wenn die Lohnabhängigen zu kämpfen beginnen, zeigt sich, wie wenig Rechte sie hierzulande haben. Selbst die elementarsten Kampfrechte werden ihnen verweigert. Den Beamten grundsätzlich, den Arbeitern und Angestellten versteckt durch Einschränkung mit Hilfe der Rechtsprechung und Friedenspflicht. Da hilft nur die Auflehnung und die Wahrnehmung der Rechte, die die Lohnabhängigen brauchen.

kämpfen beginnen, zeigt sich, wie we-

Die Postler haben vielfach die Unterschrift unter diese Wische verweigert und kaum einer hat sich durch sie von Protestaktionen abhalten lassen. Im Gegenteil: Den Arbeitern und Angestellten und erst recht den Beamten ist völlig klar geworden, daß sie in den gegenwärtigen Kämpfen nicht nur für ihren Lohn, sondern auch für ihre Rechte und ihre Würde eintreten müssen. Fast auf jeder Demonstration wurden Transparente mitgeführt, die das Streikrecht für Beamte forderten. Ein solches Recht erkämpft man sich, indem man es sich nimmt. Deshalb ist es wichtig, daß auch die Beamten die Aktionen der Arbeiter und Angestellten voll unterstützen und an ihnen teilnehmen.

Den Kapitalisten, ihrer Presse, den bürgerlichen Parteien und der Regierung sind die bisherigen Kampf- und Protestaktionen schon in die Knochen gefahren. Sie hatten sich daran gewöhnt, daß im öffentlichen Dienst, bei der Post und der Eisenbahn alles glatt geht. Deshalb hielten sie es auch für ein ausgezeichnetes Manöver, zuerst den Tarifkampf dort zu führen und hier Daten zu setzen. Dieses Manöver der Feinde der Arbeiterklasse ist noch nicht zerschlagen. Aber es ist ein gefährliches Manöver für die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat, denn die Kollegen im öffentlichen Dienst, bei der Post und der Eisenbahn sind sich bewußt, welche Rolle ihnen die Feinde der Arbeiterklasse zugedacht haben und sind nicht bereit, diese Rolle zu übernehmen: Opferlamm für die Interessen des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates zu sein.

rung sind die bisherigen Kampf- und

Wenn es im öffentlichen Dienst, bei der Post und der Eisenbahn zu wirklichen Kampfaktionen kommt, dann wird die Hetze der Regierung und der Presse, von Rundfunk und Fernsehen keine Grenzen kennen. Die letzten Tage und Wochen gaben darauf schon einen Vorgeschmack. Gegen diese Hetze gibt es nur ein Mittel:

Solidarität aller Arbeiter und Angestellten. Solidarität aller Lohnabhängigen!

–J.S.–

–J.S.–

10 000 auf Protestveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle. In den Betrieben organisierten die Kollegen die Vorbereitung. Ein Teil der Kollegen kam mit Bussen aus Essen und anderen Städten angereist.

10 000 IN DORTMUNDER WESTFALENHALLE:

Urabstimmung und Streik!

ARBEITER, ANGESTELLTE UND BEAMTE VERLIESSEN IHREN ARBEITSPLATZ TROTZ DISZIPLINARANDROHUNGEN

Dortmund. Zum 22. Januar hatten ÖTV, GdED und DPG mittags zu einer Protestveranstaltung aufgerufen. Ungefähr 10 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte – Straßenreiniger mit den rot-weiß gestreiften Mützen, Ärzte und Schwestern im weißen Kittel, Arbeiter in Blauleinen usw. – folgten dem Aufruf. Sie taten dies, obwohl sie zum Teil von ihren Arbeitgebern, den Landes- oder Bundesministern, mit Disziplinarverfahren bedroht wurden. Sie hatten ihre Arbeitsplätze für 2 bis 3 Stunden verlassen. Zum Teil hatten sie sich zu einem Demonstrationszug vom Rathaus aus formiert. Sie demonstrierten auf dem Weg zur Halle unter all den Parolen, die später auf dem Podium ums Rednerpult zu lesen waren: "Uns hilft nur die Solidarität!" "Macht den Arbeitgebern Dampf, wir wollen jetzt den Arbeitskampf!" "Bahn, Post und ÖTV gegen Genschers Lohnabbau!" "ÖTV, Bahn und Post braten Genscher auf dem Rost!" "Genscher, gib gerechten Lohn, sonst schweigt bald dein Telefon!" "Mindestens 185 DM mehr für alle, sonst: Urabstimmung!" "Die ÖTV bleibt hart!"

Die Redner der Versammlung, Hans Liersch von der ÖTV, 1. Vorsitzender des Bezirks Nordrhein-Westfalen II, und Engelberth Konrath von der DPG gaben sich alle Mühe, zweierlei auszudrücken. Einmal sagten sie, wie wohlbegründet die Höhe der Forderungen im öffentlichen Dienst sind. Konrath fragte, ob wohl der Postminister Ehmke die soziale Lage der Postbediensteten kennt, wo ein Briefträger 800 DM netto bekommt, wenn er schon 10 Jahre bei der Post ist? Der gleiche Konrath geiferte dann auch gegen die Kommunisten los und sagte, wir könnten auf die Unterstützung der "extremistischen Gruppen" verzichten. Mit unserer "Solidarität als Gewerkschafter würden wir den Kampf gegen die öffentlichen Arbeitgeber" schon allein durchstehen. ÖTV-Bezirksvorsitzender Liersch machte in Kampfstimmung und forderte dann die Kollegen auf, die gesetzlichen Möglichkeiten nicht zu überschreiten. "Die Demokratie ist die Garantie für freie Gewerkschaften" - so endete er. Am 17. Januar hatte Liersch auf einer Protestversammlung des ÖTV-Bereichs "Gemeinden" Dortmund klar gemacht, was er meint, wenn er vor "extremistischen Gruppen" warnt und von "Demokratie" redet. Er sagte dort, es gehöre nun mal zu den "Spielregeln unserer Demokratie", daß beide Parteien auch kompromißbereit sein müßten. Er könne sich aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen "eine Einigung bei 11 % vorstellen". So denken aber nicht die Kollegen.

Angeführt durch die ÖTV-Jugend machten die 10 000 Gewerkschafter ihre Kampfbereitschaft und ihren Protest gegen das 8,5-Prozent-Angebot klar. Immer, wenn die Redner Anlaß oder Gelegenheit boten, riefen alle: "Genscher heißt er, uns bescheißt er!" oder "Macht den Arbeitgebern Dampf, wir wollen jetzt den Arbeitskampf!". Und sie klatschten dabei im Takt in die Hände oder schlugen mit den Fäusten auf die Tische. Ich denke, wir wollten alle damit ausdrücken, daß wir es verdammt ernst meinen mit unseren Lohn- und Gehaltsforderungen und daß wir den Arbeitskampf konsequent führen wollen. In Diskussionsbeiträgen wurde sichtbar, worum es ging: In breiter Form wurde die Forderung erhoben, die Große Tarifkommission solle das Scheitern der Verhandlungen erklären und sofort die Urabstimmung durchführen, wenn nicht mindestens 185 DM mehr für jeden angeboten werden. Das kam auch in der Resolution zum Ausdruck, die der Kreisvorstand vorlegte und die die Versammlung mit großer Mehrheit zum Schluß verabschiedete: "Die in der Protestversammlung am 23. Januar 1974 in der Dortmunder Westfalenhalle anwesenden vielen tausend Mitglieder der Gewerkschaften ÖTV, DPG und GdED erwarten von ihren Großen Tarifkommissionen, daß sie bei den bevorstehenden Verhandlungen keine Kompromisse eingehen, für die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in dieser Situation kein Verständnis haben würden. Stattdessen erwarten sie, daß die Verhandlungen, falls die Arbeitgeber nicht bereit sind, auf unsere Forderungen einzugehen, unverzüglich abgebrochen und für gescheitert erklärt werden.

Wir wollen, daß dann eine Urabstimmung mit dem Ziel eines Streiks durchgeführt wird."

So hielt die Versammlung die entscheidende Sache richtig fest, und sie war ein guter Anfang, wenn wir lernen, solchen Worten auch die richtigen Taten folgen zu lassen.

– F.M., Dortmund –

Streikmeldungen

In der Hauptverkehrszeit

Wolfsburg. Am 25.1. demonstrierten 1 000 Kollegen vom öffentlichen Dienst zur Hauptverkehrszeit. Auch eine Gruppe von Metallern marschierte mit unter einem Transparent: *"Metaller unterstützen ÖTV-Forderung"*.

Lieber einen ganzen Tag

Braunschweig. Am 29.1. streikten die Kollegen von den Braunschweiger Verkehrsbetrieben von halb fünf bis acht Uhr. Am Montag zuvor hatte der Betriebsrat einen Streik verhindert. Gemeinsam verhinderten der ÖTV-Vertreter Kanne und Direktor Fricke, daß die Kollegen den Streik über den ganzen Tag ausdehnten. Der Vertrauenskörper von dem Siemens-Werk Braunschweig schickte eine Solidaritätsadresse.

In **Hannover** wurde die Postausteilung und Paketzustellung am 29.1. um eine Stunde verzögert, weil die Kollegen auf einer Personalversammlung gegen die unverschämten Angebote des öffentlichen Arbeitgebers protestierten.

Auch der TÜV streikte

Auch der TÜV streikte

Hamburg. Am 28.1. haben die Kollegen vom TÜV Hamburg, die Bedienstete der Polizei sind, für eine halbe Stunde die Arbeit niedergelegt. Ihr Kurzstreik war nicht von der Gewerkschaft, sondern von den Kollegen selbständig geführt. Sie verteilten Handzettel an die wartenden Autofahrer, die zum größten Teil Sympathie zeigten. Einer sagte: "Daß die jetzt schon streiken, geschieht denen da oben nur recht."

Die Handwerker und Techniker bei der Polizeibereitschaft Alsterdorf legten ebenfalls für kurze Zeit die Arbeit nieder.

Am gleichen Tag mußten ÖTV-Funktionäre alle ihre Überredungskünste aufbieten, um die 2 500 Kollegen von der Stadtreinigung und Entwässerung zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Auch die Müllarbeiter machten Warnstreiks.

"EHMKE IST EIN HAMPELMANN UND DER GENSCHER ZIEHT DARAN!"

wurde in Sprechchören gerufen, als am 29.1. 3 000 Postkollegen trotz strömenden Regens in **Hamburg** demonstrierten. An der Spitze des Zuges standen auf einem großen Transparent die Forderungen: 15 %, mindestens 185 DM, 300 DM Urlaubsgeld, 600 DM Ausbildungsvergütung. Weitere Parolen waren:

"Das Krisengerede ist uns leid – 15 % oder Streik!
Streikrecht für Beamte!"

Mindestens 185,– DM für alle! Oder wir verhandeln selbst.

Hannvover. Der Vorstand des Gesamtpersonalrats der Landeshauptstadt Hannover hat ein Schreiben an die Große Tarifkommission der ÖTV gerichtet, daß die Kollegen "erwarten, daß mindestens ein Betrag von 185,– für alle Bediensteten durchgesetzt wird. Falls diese Forderung nicht durchgesetzt wird, haben wir die Stadt Hannover im Auftrag der Kollegen aufgefordert, mit uns Gespräche zu führen."

Streik ist unser gutes Recht sonst geht es uns allen schlecht

Tübingen. Am 1.2. fand eine Kundgebung statt, zu der etwa 300 Post- und ÖTV-Kollegen kamen. Der Bezirksvorsitzende der Postgewerkschaft hob hervor, daß die Lage zum Streik zwinge, sie könnten jetzt nicht an die öffentlichen Haushalte, sondern müßten an ihre eigenen Haushalte denken. Es käme vor allem darauf an, mindestens 185 DM und 300 DM Urlaubsgeld für alle durchzusetzen. Er forderte die Beamten auf, sich nicht als Streikbrecher einsetzen zu lassen. Auf Transparenten stand:

185 Mark mehr Lohn! – Genschers Angebot ist Hohn! Bekommen wir die 185 nicht, machen wir den Laden dicht!

"Das war erst der Anfang. Wir können auch anders!"

Köln. Am Mittwoch, dem 30. Januar, streikten in Köln 450 Bus- und Straßenbahnfahrer der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) gegen das provokatorische 9,5-Prozent-Lohnraubangebot der Bundesregierung.

Was für ein wirksames Kampfmittel ein Streik im öffentlichen Nahverkehr ist, das zeigte sich deutlich am Mittwochmorgen. Bis morgens früh um 7 Uhr fuhren überhaupt keine Bahnen und Busse, nach 7 Uhr liefen die ersten aus, gegen 8 Uhr waren alle auf Fahrt und erst nach 9 Uhr war der Verkehr in Köln wieder normal. Der öffentliche Nahverkehr standstill und damit auch die Produktion in vielen Betrieben – denn etwa 100 000 Werktätige kamen zu spät zur Arbeit.

Natürlich haben sich die Werktätigen geärgert. Wer wird sich nicht ärgern, wenn er zu Fuß zur Arbeit gehen oder Stunden in der Kälte stehen muß, wenn er die ausgefallenen Stunden nacharbeiten muß oder sie vom Lohn abgezogen bekommt, wie das in vielen Betrieben der Fall war? Aber es kommt darauf an, worüber sie sich geärgert haben, über die KVB-Fahrer oder überdie Bundesregierung, die die KVB-Fahrer zum Kampf gegen den Lohnraub zwingt. Die KVB-Fahrer selbst betonen, daß sich die Wut nicht gegen sie gerichtet hat, daß ihr Streik überall auf Verständnis gestoßen ist. "Die Regierung liegt warm im Bett, und wir frieren uns die Hacken ab." sagte eine Kollegin einem Reporter vom Kölner Stadtanzeigerundtraf damit die Stimmung haargenau!

– W.A., Ortsgruppe Köln –


Kundgebung in Stuttgart am Tag der Tarifverhandlung: Mit 830 DM wird schwere Akkordarbeit einer Wäscherin bezahlt. Die Abgeordneten wollen sich ihre Gelder um 5 517 DM pro Monat erhöhen.
In der ganzen BRD finden Demonstrationen statt. 12 000 demonstrierten am 1. Februar in München, 10 000 in Nürnberg. Die Kollegen haben den Kampf für die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Lage breit aufgenommen.

KÖLNER METALLER:

»Das ist richtig, was die da machen«

Köln. Am Mittwoch, 30. Januar, ging es bei uns im Betrieb hoch her. Es gab nur ein Gesprächsthema: den spontanen Streik der Kollegen von der KBV (Kölner Verkehrsbetriebe). Die Straßenbahn- und Busfahrer der Frühschicht hatten für 3 Stunden den Saft abgestellt und Fahrplan Fahrplan sein lassen.

Viele Kollegen der Frühschicht bei uns waren dadurch eine oder auch zwei Stunden zu spät zur Arbeit gekommen. Kollegen von der Nachtschicht hatten sich auf dem Weg nach Hause an den Haltestellen kalte Füße geholt, ehe sie dann zu Fuß, mit dem Taxi oder sonstwie nach Hause gekommen sind. Trotzdem waren nur wenige auf die Kollegen bei der KBV sauer. "Das ist richtig, was die da machen. Wenn das Schlitzohr Genscher und die anderen Fritzen 9,5 % anbieten, sich selbst aber die Diäten um 48 % erhöhen, dann muß der Hammer tanzen!"

Sehr schnell klärten sich in Gesprächen die Fronten. Die meisten Kollegen stellten sich hinter die Aktionen der Bahn- und Busfahrer. Jeder hatte begriffen, daß es zwischen Arbeitern nichts anderes als die uneingeschränkte Solidarität geben konnte, auch wenn man selber von den Kampfmaßnahmen betroffen war. Spontan wurde eine Unterschriftensammlung organisert, durch die wir unsere Solidarität mit dem Kampf der Kollegen bei der KBV ausdrückten. Diese Unterschriftensammlung war gleichzeitig ein guter Hebel, Gespräche mit den Kollegen über den Lohnkampf bei uns Metallern zu führen und zu sehen, auf wen man sich wirklich verlassen kann. Viele Kollegen trugen sich in die Liste ein. Ein Kollege meinte dazu: "Wir sind blöd. Die bei der KBV streiken und wir malochen einfach weiter. Das ist bei denen doch dieselbe Scheiße wie bei uns. Auch wir müßten den Hammer fallen lassen!"

Die Empörung bei uns wurde noch verstärkt, als herauskam, daß alle Kollegen, die morgens zu spät gekommen waren, die Stunden entweder abgezogen kriegen oder nacharbeiten mußten. Vorarbeiter und Meister aber erhielten die volle Zeit bezahlt.

Langsam läuft das Faß über, bald wird uns der Kragen platzen!

– M., Ortsgruppe Köln –

Lohnabhängige bei der Stadtverwaltung streikbereit

ÖTV–KREISVORSTAND SCHLÄGT DORTMUND ALS GEBIET FÜR EINEN SCHWERPUNKTSTREIK VOR

ab." sagte eine Kollegin einem Reporter vom Kölner Stadtanzeigerundtraf damit die Stimmung haargenau!

– W.A., Ortsgruppe Köln –

Lohnabhängige bei der Stadtverwaltung streikbereit

ÖTV–KREISVORSTAND SCHLÄGT DORTMUND ALS GEBIET FÜR EINEN SCHWERPUNKTSTREIK VOR

Dortmund. Aus zahlreichen ausführlichen Berichten über die Entwicklung des Tarifkampfes bei Bahn, Post und im öffentlichen Dienst haben wir den von Dortmund ausgewählt. Er ist beispielhaft für das, was in mehr oder weniger ähnlicherWeise in den meisten Städten der Bundesrepublik die Kollegen an Erfahrungen machen.

Wie auch andernorts waren die Kollegen des öffentlichen Dienstes in Dortmund über die provokativen Arbeitgeberangebote zwischen 7,5 und 9,5 % empört. Daß diese Provokation nur mit einer entschlossenen Demonstration unserer Kampfbereitschaft beantwortet und zurückgewiesen werden könne, war denn auch einhellige Auffassung aller anwesenden 400 Kollegen auf einer Protestveranstaltung am 17. Januar des Bereichs "Gemeinden" der ÖTV-Kreisverwaltung Dortmund. Im weiteren Verlauf der Diskussion über mögliche Gegenmaßnahmen fand der Vorschlag, daß diesmal die Verwaltungsangestellten und Beamten gemeinsam mit den Arbeitern den Kampf führen müssen, immer breitere Zustimmung. So war es auch nur konsequent, als wir gegen Ende der Veranstaltung vereinbarten, uns Montag, den 21. Januar um 8.30 Uhr beim Personaldezernenten und ehemaligen ÖTV-Kreisvorstandsmitglied E. Rüttel zu treffen. Eine Gruppe von fortschrittlichen Kollegen traf sich am nächsten Abend, besprach die Vorbereitung und Durchführung der spontanen Arbeitsniederlegung und entwarf ein Flugblatt. Diese "Initiativgruppe Tarifbewegung" traf sich fortan fast täglich, um die einzelnen Aktionen auszuwerten und dem Kreisvorstand Vorschläge für weitere Initiativen zu unterbreiten.

Montag früh verteilten wir ein ÖTV-Flugblatt, das die wesentlichen Ergebnisse der Protestversammlung enthielt und alle Kollegen aufforderte, nicht nur immer den Müllwerkern den Kampf für unser aller Einkommensverbesserung zu überlassen, sondern selbst den eigenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Aktion "Marschieren wir zu Rüttel unddiskutieren wir mit ihm über unsere Forderungen" war am Freitag, den 18. Januar, in einer Vertrauensleuteversammlung (jedenfalls im Jugend- und Sozialamt) besprochen worden.

Wenn auch alle Kollegen unsere Empörung teilten, so war der Anteil an Vertrauensleuten, die die Furcht vor Disziplinierungsmaßnahmen von der Teilnahme abhielt, zunächst erheblich. In der Diskussion konnten dennoch einige umgestimmt werden und die Unentschlossenen machten ihre Teilnahme von der Zahl der Kollegen, die mitmarschieren wollten, abhängig. Als unsere Recherchen ergeben hatten, daß mindestens 50 Kollegen marschieren würden, entschlossen wir uns fest, dieAktion durchzuführen.

Montag um 8 Uhr fanden sich dann ca. 70 bis 80 Kollegen zusammen. Unter der Losung "185 DM sind schon zu knapp – wir rücken nicht mehr davon ab" marschierten wir dann zum etwa 500 m entfernten Stadthaus (das waren etwa ein Sechstel bis ein Siebtel aller Kollegen des Jugend- und Sozialamtes).

Vor dem Stadthaus, in dem etwa drei- bis viertausend Kollegen arbeiten, blieben wir einige Zeit stehen und forderten die Kollegen zur praktischen Solidarität auf. Anschließend zogen wir parolenrufend ins Stadthaus. Während ein Teil der Kollegen sich vor dem Raum des Personaldezernenten versammelte und ihn aufforderte, rauszukommen, zog ein anderer Teil durchs Haus und forderte die Kollegen auf, die Büros zu verlassen.

Gegen 9 Uhr hatten sich etwa 450 bis 550 Kollegen vor Rüttels Tür versammelt. Doch dieser weigerte sich, überhaupt mit den Versammelten zu sprechen. Die anwesenden Kollegen wußten auch warum: auf der letzten Personalversammlung hatten sie mit ihm so gründlich abgerechnet, daß dieser Arbeiterverräter sich nicht mehr getraute, vor die Kollegen zu treten. Da nun diese Diskussion ausfiel, beschlossen wir, eine kurze Protestversammlung in der Kantine durchzuführen. Hier wurde neben einem Telegramm an die Große Tarifkommission die Resolution vom 17. Januar nochmals beraten und einstimmig angenommen. In der Resolution wurde die Kampf- und Streikbereitschaft der Anwesenden bekundet und darauf hingewiesen, daß die aufgestellten Forderungen als Mindestforderungen begriffen werden, die auf jeden Fall durchgesetzt werden müßten. Darüberhinaus wurde die Abstimmung eines möglichen Ergebnisses durch die Gewerkschaftsmitglieder gefordert.

Am nächsten Tag fand eine Vertrauensleuteversammlung der Stadtverwaltung statt. Das mutige Beispiel der Kollegen vom Vortage wurde hier gewürdigt und ihre Erfahrungen gingen in die Planung der Aktion für den nächsten Tag ein: eine Großkundgebung in der Westfalenhalle. Nachdem auf der Versammlung nochmals der Wille zu gemeinsamen Aktionen von Arbeitern, Angestellten und Beamten der Stadtverwaltung bekräftigt worden war, wurde auch hier eine sinngemäß ähnliche Resolution wie am Vortage angenommen, mit dem Zusatz, "keine Kompromisse zu schließen, die die Mitglieder gegenwärtig nicht verstehen würden."

Am Nachmittag ging dann wie ein Lauffeuer die Nachricht um, daß der Oberstadtdirektor angeordnet hate, jeden, der sich zur Teilnahme an der Protestdemonstration vom Arbeitsplatz entferne, aufzuschreiben. Viele Kollegen und Kolleginnen, die die Absicht hatten, zur Versammlung zu gehen, wichen nun spontan zurück. In der sich anschließenden heftigen Auseinandersetzung in den Büros drehte sich die Diskussion vorrangig um unsere Rechte im Betrieb, wie wir uns gegen die angeordnete Einschränkung (und ob überhaupt) zur Wehr setzen und auf welche Weise das Disziplinierungsrisiko am kleinsten ausfallen würde. Nicht zuletzt durch die Initiative des einzigen fortschrittlichen Personalrates und vieler fortgeschrittenen Kollegen setzte sich die Losung durch: "Jetzt erst recht!"

Unter dieser Losung verteilten wir auch am nächsten Morgen ÖTV-Flugblätter, in denen zur Teilnahme um 11 Uhr in der Westfalenhalle aufgerufen wurde. Als wir uns gegen 10.30 Uhr vor dem Jugend- und Sozialamt versammelten, konnten wir bei unserem Abmarsch etwa 300 bis 400 Kollegen zählen, mit Ausnahme der "Leitenden" fast alle Kollegen dieser beiden Ämter!

Auf unserem Marsch zum Stadthaus riefen wir Losungen wie: "185 DM sind zu knapp – wir rücken nicht mehr davon ab!" "Nur gemeinsam sind wir stark – 185 Mark!" "Bahn, Post und ÖTV gegen Genschers Lohnabbau!" Vor dem Stadthaus angekommen, blieben wir stehen und forderten die Kollegen auf, sich auf dem Vorplatz zu versammeln. Binnen einer halben Stunde hatten sich dann ca. drei- bis dreitausendfünfhundert Kollegen dort versammelt. Wie wir später erfuhren, waren die technischen Ämter geschlossen angetreten. Auf unserem anschließenden Umzug zur Westfalenhalle stießen etwa 400 Kollegen der Krankenanstalten zu uns. Doch welches Staunen bei der Ankunft an der Westfalenhalle: der Vorplatz war mit Menschenmassen angefüllt. Verschiedene Verwaltungsstellen aus den Vororten hatten größere Abordnungen geschickt. Abordnungen von Verwaltungskollegen auch aus Lünen, Schwerte, Castrop-Rauxel. Schätzungsweise waren etwa fünf- bis sechstausend Kollegen von der Stadtverwaltung Dortmund, tausend von anderen Verwaltungen und ca. dreitausend von Bahn und Post. Die Kampfbereitschaft der Kollegen ist groß. Der ÖTV-Kreisvorstand Dortmund hat einen Beschluß gefaßt, in dem er den Hauptvorstand auffordert, Dortmund als Gebiet für einen Schwerpunktstreik zu berücksichtigen.

– O., Ortsaufbaugruppe Dortmund –



Die Kollegen demonstrieren in der Dortmunder Innenstadt.

Die Sache anpacken . . .

Köln. Auf der Funktionärsversammlung der ÖTV in Köln, auf der über 600 Kollegen anwesend waren, stellte sich der Bezirksvorstand voll hinter die Kollegen von den KVB (Kölner Verkehrs Betriebe), die am Mittwoch morgen spontan die Arbeit niedergelegt hatten. Was allerdings die Gewerkschaftsführer bewog, so radikal aufzutreten, gab einer von ihnen freimütig preis. Wenn der Kampf jetzt nicht aufgenommen würde, dann holen sich die Kollegen selbst, was sie brauchen, und die Gewerkschaftsführung verliere an Autorität und Boden in den Belegschaften.

Im Saal herrschte kompromißlose Kampfbereitschaft. Ein Kollege meinte:

Die Kollegen von den KVB haben uns gezeigt, wie man die Sache anpacken muß. Und dasselbe kann morgen in jedem Betrieb des öffentlichen Dienstes passieren!

ÖTV-Kollegen sind kampfbereit

Karlsruhe. Am 23.1.legten rund 250 Beschäftigte des Tiefbauhofes und 200 Postler spontan die Arbeit nieder und hielten vor der Hauptpost eine Protestkundgebung ab. Im Falle eines weiteren Hinhaltens der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen kündigten die Beschäftigten des Tiefbauhofes Kampfmaßnahmen an. Personalrat und Gewerkschaftsführung versuchten vergeblich, zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Die Stimmung der Kollegen: "Gell, die Straßenbahner streiken!"

Mannheim. Am Donnerstag, 31.1. stand ich vor MWM (Mannheimer Motoren Werke) und verteilte unsere Betriebszeitung, den "Kommentar". Zunächst war ich sehr erstaunt: Viel weniger Kollegen kamen als sonst, alle kamen einzeln, nicht die gewohnten Trupps von Straßenbahnen oder Bus. Viele kamen später als normal. Doch bald wurde es klar: Einer sagte "Heute morgen ist keine Straßenbahn aus dem Depot gefahren. Ich wohne dort gegenüber." Dann sagten es viele: "Gell, die Straßenbahner streiken?" Für sie war es klar, der Streik ist notwendig. Nur wenige waren verärgert oder rannten schwitzend die Straße hinunter. Obwohl die "Bild"-Zeitung zwei Tage vorher Riesenhetztiraden losgelassen hatte, was uns blüht, wenn der öffentliche Dienst streikt, war es klar im Bewußtsein der Kollegen: Das ist unser Kampf!

–D.R., Mannheim–

Postminister unterdrückt Streikrecht

MIT UNTERSCHRIFT SOLLTEN KOLLEGEN AUF STREIKRECHT VERZICHTEN

Vom Bundespostministerium erging ein Fernschreiben an alle Oberpostdirektionen und an alle Post- und Fernmeldeämter am 18.1.: "Sämtliche Bedienstete bitte ich sogleich gegen Anerkenntnis (Unterschrift) darauf hinzuweisen, daß das schuldhafte Fernbleiben vom Dienst oder das Verlassen des Dienstes ohne Genehmigung des Dienstvorsitzenden rechtswidrig ist. Ich bitte die Beamten weiter gegen Anerkenntnis darauf hinzuweisen, daß die gesetzliche Form des § 73 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) die disziplinarrechtliche Verfolgung derartiger Dienstverletzungen nicht ausschließt. (Das heißt sowohl gerichtliche als auch innerbetriebliche Strafverfolgung) Die Arbeiter und Angestellten bitte ich ebenfalls darauf hinzuweisen, daß die tarifvertragliche Regelung des § 15 Abs.2/2 TV Ang und des § 14 Abs.9/12 TV Arb arbeitsrechtliche Konsequenzen derartiger Pflichtverletzungen nicht ausschließt.

gez. Distel"

Diese Anweisung, die nichts anderes bedeutet, als durch Unterschrift auf das Streikrecht zu verzichten, traf auf breiten Widerstand. In vielen Ämtern wurde zum Boykott aufgerufen und die Unterschrift verweigert. In zahlreichen Resolutionen wurde dagegen protestiert. Der Widerstand gegen diesen Versuch, das Streikrecht zu verbieten, hat allgemein mehr zur Stärkung des Kampfwillens als zur Einschüchterung beigetragen. Dieser Schuß des Bundespostministeriums ging voll nach hinten. Auf vielen Kundgebungen wurde das Streikrecht auch für Beamte gefordert.
Ein Kollege von der Post schrieb uns: "Ich bin nun schon 19 Jahre bei der Post, aber soviel Streikwille war noch nie dagewesen."

Am Freitag, dem 25.1., war für die Kollegen vom Postscheckamt Köln das Maß voll. Sie gingen auf die Straße und demonstrierten gegen die Unverschämtheiten der Amtsleitung.

Was war passiert? Die Amtsleitung hatte angesichts der zunehmenden Proteste der Postler in anderen Städten gegen die Lohnraubangebote des Postministeriums den Kollegen in Köln eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt. Sie sollten schriftlich bekennen, daß sie "sich nicht an Unmutsbekundungen beteiligen" würden.
Der Postgewerkschafter Dieter Keß forderte alle Kollegen auf, diese Provokation zurückzuweisen und den Wisch nicht zu unterschreiben. Ergebnis: Kaum ein Kollege unterschrieb. Das hat die Amtsleitung offenbar so in Wut versetzt, daß sie dem Kollegen Keß ein Disziplinarverfahren anhängte.
Aber die Postler wußten sofort, daß das ein Schlag gegen sie alle war: Dieter Keß sollte als erster und als einer der aktivsten getroffen werden, um alle anderen einzuschüchtern und wieder Ruhe herzustellen. Deshalb ließen sie sich das nicht gefallen und organisierten eine Demonstration.

Die Post gab sofort klein bei: Bundespostminister Ehmke persönlich schickte ein Telegramm und forderte die Amtsleitung auf, das Disziplinarverfahren sofort rückgängig zu machen und stattdessen "nur noch" das Ministerium zu informieren. Die Kollegen vom Postscheckamt haben sich also erfolgreich gewehrt, sie haben gezeigt, daß sie sich nicht alles gefallen lassen, daß sie entschlossen sind, für ihre Lohnforderungen und für ihre Rechte einzutreten.

–W.A., Ortsgruppe Köln–

Mit den Diäten sind sie fix, aber Postler kriegen nix!

Wuppertal. Im Hauptpostamt Wuppertal-Elberfeld kam es am 31.1. zur ersten von der Postgewerkschaft organisierten Protestkundgebung in der jetzigen Tarifrunde. Nach Schätzungen des Vorsitzenden der Postgewerkschaft Wuppertal beteiligten sich rund 1 000 Postler an der Kundgebung. Die Kollegen trugen auf dem Demonstrationsmarsch zum Gewerkschaftshaus Plakate mit den Losungen *"15 % her! 'Ihr' bekommt auch mehr!" "Mit den Diäten sind sie fix, aber Postler kriegen nix!"* Die Kollegen bekräftigten die Forderungen nach 15 %, mindestens 185 Mark für jeden, und 300 DM Urlaubsgeld, sowie 600 DM einheitlich für alle Lehrlinge. Dazu riefen sie die Beamten zur Solidarität auf.
Bereits in der vorletzten und Anfang der letzten Woche hatten einige Hundert Wuppertaler Postler für wenige Stunden spontan die Arbeit niedergelegt und Versammlungen durchgeführt.

–H.M., Wuppertal–



Postler demonstrieren in München

Am 25. Januar demonstrierten in München rund 3000 Postler für Lohn- und Gehaltserhöhungen in Höhe von 15 %, mindestens 185 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 600 DM für alle Lehrlinge. Auf einer Schlußkundgebung vor dem Gewerkschaftshaus kündigte der Kreisverband München der Deutschen Postgewerkschaft Kampfmaßnahmen für den Fall an, daß seitens des Bundespostministeriums bis Montagmittag kein "wesentlich besseres" Angebot unterbreitet werde. Die Schlußkundgebung bestand aus einer sehr kurzen Rede, nach der viele Kollegen nach "Zugabe" verlangten, um ihre Unzufriedenheit kundzutun.

Nach größeren Kampfmaßnahmen der Postler in vielen Städten (Darmstadt, Frankfurt, Dortmund, Karlsruhe usw.) fand auf Anordnung des Postministeriums eine Unterschriftenaktion statt. Alle Kollegen mußten unterschreiben, daß sie nicht ohne Erlaubnis den Arbeitsplatz verlassen. Daß die Beamten kein Streikrecht haben, wußten sie schon bei ihrer Vereidigung. Diese Aktion des Ministeriums zu diesem Zeitpunkt war also eindeutig darauf abgezielt, die Kollegen einzuschüchtern und zu disziplinieren.

In München haben die Kollegen in einigen Ämtern den richtigen Schritt gemacht und die Unterschrift verweigert.

Postaufbauzelle der KG München
(Sympathisanten des KBW)

Seelotsen für Kampf

Um gegen die Verschleppung der Tarifverhandlungen und den seit dem 1. Januar tariflosen Zustand zu protestieren, versammelten sich am 24. Januar die auf Freiwache befindlichen Besatzungsmitglieder, Schiffsführer und Kapitäne aller Lotsenstationen, um gleichzeitig über weitere Kampfschritte zu beraten.
Zur Zeit beschränkt sich diese Aktion noch auf die Freiwachen, das heißt, die Mannschaften auf den Lotsenschiffen in den Flußmündungen versehen noch ihren Dienst, obwohl bereits vor zwei Wochen die Besatzung des Lotsenversetzschiffes "Gotthilf Hagen" (1 500 BRT) ihren Forderungen durch einen mehrere Stunden dauernden Streik Nachdruck verliehen hat.
Das Verkehrsministerium fürchtet sich sehr wohl vor der Kampfkraft der Lotsen, die durch ihre Monopolstellung den gesamten Betrieb der westdeutschen Häfen lahmlegen könnten. Es haben bereits Anfragen bei den großen Schleppschiffreedereien stattgefunden, ob diese "notfalls" den Dienst der Lotsen aufrechterhal-
den Dienst der Lotsen aufrechterhal-ten können. Dies war jedoch ein Schlag ins Wasser, denn sämtliche Schlepperbesatzungen haben dieses Spaltungsmanöver durchschaut und sich geweigert, im Falle eines Streiks der Lotsen sich als Streikbrecher zu betätigen.

–H.S., Bremen–

350 DM mehr für alle!

Konstanz. Die ÖTV-Mitgliederversammlung forderte in einer Resolution, die mehrheitlich angenommen wurde:
"Um Solidarität und Kampfbereitschaft zu zeigen, fordert die Mitgliederversammlung alle Kollegen des öffentlichen Dienstes auf, an einer Protestversammlung am Montag, den 28.1. während der Arbeitszeit teilzunehmen. (Die Friedenspflicht ist am 31.12.73 abgelaufen!)
Weiter erklärt die Mitgliederversammlung Konstanz: Die ÖTV-Mitgliederversammlung hält angesichts der jüngsten Preissteigerungen weiterhin die von ihr am 2.10. aufgestellte Forderung für richtig:
350,– DM mehr für alle!
Wir bedauern, daß die Kreisdelegiertenversammlung diese Forderung nicht stärker berücksichtigt hat und mißbilligen die vom ÖTV-Hauptvorstand beschlossene Prozentforderung (mit 12 Monaten Laufzeit!), weil sie die Kluft zwischen den Lohngruppen vergröße rt und deshalb die Geschlossenheit und Kampfkraft in der Tarifrunde schwächt.
Die Arbeitgeber haben bisher die geforderte 185,– DM Mindestlohnerhöhung ignoriert. Zu den angebotenen 9 % sollen die Kollegen mit den klei-
9 % sollen die Kollegen mit den klei-
neren Einkommen ganze 12,– DM erhalten!
Was wir jetzt brauchen, ist Geschlossenheit:
'Freimütige Kritik, einheitliche Aktion!'
'185 Mark sind schon zu knapp, wir rücken nicht mehr ab!' "

Klare Parolen

"DER MIETPREIS UND BENZINPREIS STEIGT – DIE ANTWORT: BEI UNS WIRD GESTREIKT!"

Westberlin. Unter dieser Parole auf dem Anfangstransparent demonstrierten an die 1 000 Postler durch die Stadt. Weder das Dienstrecht noch das Beamtenrecht, das jeglichen Streik verbietet, hielt die Kollegen davon ab, sich das Recht auf Streik zu nehmen und die Demonstration zu organisieren und durchzuführen. Immer wieder wurde deshalb auch die Parole geschlossen gerufen: "Wir Postler sind doch keine Knechte – wir kämpfen jetzt für unsere Rechte!" und die Geschlossenheit ausgedrückt in der Sprechparole: "Herr Genscher – einig sind wir stark – wir brauchen 185 Mark!"
Die Demonstration, die von einer Reihe von Vertrauensleuten unterstützt wurde, wurde nicht von der Ortsverwaltung der Postgewerkschaft unterstützt. Vor der Demonstration wurde während der Arbeitszeit spontan Geld für Transparente und Schilder gesammelt.
Die Demonstration ging zur Landespostdirektion. Dort hatte die Postgewerkschaft zu einer Protestkundgebung aufgerufen.
Der Postgewerkschaftsvorsitzende Hans-J. Hess (SPD-Abgeordneter) schwang erstmal eine wortradikale Rede auf der Kundgebung – von wegen, das Angebot sei unsozial, ungerecht, um dann zu verkünden, daß die Urabstimmung am 7./8. Februar ist und es möglich wäre, daß kurzfristig ein neues Angebot käme. Teile der Kollegen waren empört und riefen: "Sofortige Urabstimmung!" und "Sofortige Kampfmaßnahmen!". Der SPD-Abgeordnete-Gewerkschaftsvorsitzende ging weiter: "Wir warnen aber Abenteurer, die ihr eigenes politisches Süppchen kochen wollen und lehnen spontane Streiks ab." – Darauf ein Pfeifkonzert – war doch die Mehrheit der anwesenden Kollegen seit Beginn der Demonstration um 13 Uhr im Streik. Totenstill wurde es dann, als Hess ausführte: "Nur gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung werde er zulassen."
Weder das Hinauszögern der Kampfmaßnahmen – Urabstimmung erst am 7./8. Februar – noch die Versuche, die Kollegen zu spalten, werden das Rückgrat der Postler brechen. Die Streikdemonstration bewies: Die Postler gehen voran.

Auf Genscher können wir verzichten – auf mehr Lohn mitnichten!

Westberlin. BVG-Arbeiter (Berliner Verkehrs Gesellschaft) streikten am Donnerstag, dem 24.1. von drei bis sechs Uhr morgens. Die Parole wurde an den Betriebshöfen, Autobussen und U-Bahnen, die alle stillstanden, befestigt. Der Streik sollte über sechs Uhr hinaus weiter geführt werden, auf einigen Busbetriebshöfen dauerte er bis nach sieben Uhr. Die Ortsverwaltung, die zuerst still den spontanen Streik duldete, schaltete sich morgens in den Streik ein und gab über Richtfunk Parolen aus, die aufforderten, die Arbeit wieder aufzunehmen und sich nicht "vor den Karren einzelner Abenteurer und Chaoten spannen zu lassen, die etwas ganz anderes wollen, als die Kollegen."
Mittlerweile läßt Finanzsenator Striek Untersuchungen anstellen, um "die Urheber des spontanen Ausstandes" festzustellen.

Kiel

KEINE DISKUSSION AUF SPD–VERANSTALTUNG

Kiel. Am Montag, 28.1., zogen 300 bis 400 Postkollegen in einer Demonstration vom Exerzierplatz zur Ostseehalle mit Transparenten. Zuvor war mit Erfolg der Erlaß, der jegliche Protestaktion ersticken sollte und den die Kollegen unterschreiben sollten, zurückgeschlagen worden. 200 Fernmeldelehrlinge und Jungpostboten hatten sich zusammen mit 100 älteren Kollegen zu einer Protestkundgebung vor der Oberpostdirektion versammelt und riefen: "Ehmke heißt er, uns bescheißt er!" Vor der Ostseehalle fand eine kurze Kundgebung statt. Daraufhin gingen die Kollegen alle hinein, wo Minister Arendt, Lauritzen und Steffen auf einer SPD-Kommunalveranstaltung zur Rede gestellt wurden. Wie aus einer Kehle kam aus dem Postblock: "Arendt heißt er, uns bescheißt er!"

Steffen lehnte jede Diskussion ab.



Die Herner Müllarbeiter fuhren ihre Müllautos aus Protest vors Rathaus

Demonstration verhindert

Freiburg. Rund 400 Postler versammelten sich am 28.1. vor dem Hauptpostamt zu einer Protestkundgebung.

Sie bezogen klar Stellung gegen das 9 % Angebot des Bundespostministeriums. Gegen halb fünf strömten die Kollegen aus allen Post- und Fernmeldebetrieben vor der Hauptpost zusammen. Der Bezirksvorsitzende der Postgewerkschaft Böttinger hielt eine Rede, in der er das Angebot des Postminis riums als unzureichend zurückw. und sagte, daß sich der Staat n diesem Verhalten unglaubwürdig n chen würde, wenn die Abgeordnete einerseits eine Diätenerhöhung von über 40 % beschließen würden und auf der anderen Seite ein solches Angebot unterbreitet würde. Auf die Tatsache, daß die 15 % Forderung die Kollegen spaltet, weil jeder einen unterschiedlichen Geldbetrag herausbekommt, ging er dabei mit keinem Wort ein. Stattdessen fing er im zweiten Teil seiner Rede an, daß die Postgewerkschaft keine politische und finanzielle Hilfe von "Extremisten" brauche, gemeint war der KBW und der KJB. Viele Kollegen waren sauer, daß die Protestkundgebung gerade aufgelöst wurde, als sie kamen. Viele Kollegen wollten eine Demonstration machen, was aber von Funktionären der Postgewerkschaft verhindert wurde. Diese erste öffentliche Protestaktion der Postler seit langer Zeit war trotzdem ein Erfolg der Kollegen.

Mit Omnibussen und Müllautos

Mainz. Etwa 3 000 Kollegen aus allen Teilen des Landes Rheinland-Pfalz protestierten am 28.1. in der Mainzer Rheingoldhalle gegen das 9,5 %-Angebot der Arbeitgeber. Die Kollegen aus den Verkehrsbetrieben und von der Müllabfuhr waren mit ihren Omnibussen und Müllautos gekommen und hatten die Straßen vollgestellt.
Viele Kollegen kritisierten, daß man eine solche Kundgebung in einem abgeschlossenen Saal durchführte – unser Protest gehört auf die Straße!
In der Diskussion wurde von vielen Kollegen herausgestellt, daß sie unbedingt an der Blockforderung: mindestens 185 Mark und 300 Mark Urlaubsgeld! festhalten.

Metalltarif-auseinandersetzung

GEMEINSAME FRONT MIT DEN KOLLEGEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST BEI DER POST UND DER EISENBAHN HERSTELLEN!

Es ist das Interesse der Metallkapitalisten, die Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie möglichst lange hinauszuziehen und erst mal auf einen Abschluß im öffentlichen Dienst zu warten. Das Liebste wäre ihnen, wenn sie mit Hilfe einer geringen Abschlagszahlung die Verhandlungen gleich um ein paar Monate vertagen könnten. (siehe KVZ 1/74)

Die Gewerkschaftsführung macht dieses Spiel mit und läßt sich Zeit. Das aber ist in keinem Fall im Interesse der Metaller.

1. verlieren die Arbeiter mit jedem Tag, den die Lohnerhöhung rausgeschoben wird, Geld;
2. ist es bei der gegenwärtigen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft wichtig, so früh wie möglich zu einem Abschluß zu kommen;
3. ist es im Interesse der Metaller und aller Arbeiter und Angestellten, die Tatsache auszunutzen, daß gegenwärtig im Bereich der beiden größten Einzelgewerkschaften die Tarifauseinandersetzung läuft. Das erleichtert den gemeinsamen Kampf. Das muß ausgenutzt werden.

VON DEN POSTLERN LERNEN!

Die Postler haben nicht gewartet, bis die ganze Serie von Verhandlungen abgelaufen war, sondern sind schon vorher in Streiks getreten und haben Demonstrationen durchgeführt. Damit haben sie die ganze Sache beschleunigt. Auch etwas anderes kann man von den Postlern und den Kollegen im öffentlichen Dienst lernen: Während die Gewerkschaftsführung mit Prozentforderungen herumfuhrwerkt, setzt sich bei den Postlern immer mehr die 185 Mark Mindestforderung für alle gleich durch, auf der eine wirklicheEinheit hergestellt werden kann.

Die IGM-Hauptamtlichen treten jetzt, wenn sie sich überhaupt zeigen, mit ihren je nach Bezirk verschiedenartigen Prozentforderungen auf und gehen teilweise mit ihnen als Mindestforderungen hausieren. Natürlich glauben sie selbst nicht an das, was sie sagen. Prozentforderungen sind auch überhaupt nicht als Mindestforderungen geeignet, weil sie für jeden was anderes bedeuten.

Für die Gewerkschaftsführer sind solche Reden, wenn sie nicht überhaupt gleich auf jede klare Formulierung verzichten und einfach von "zweistelligen" Prozentforderungen sprechen, sowieso nur Wortgeklingel. Aber es ist gut möglich, diesem Wortgeklingel entgegenzutreten und zu sagen: Ihr redet immer von 15 %, das bedeutet für jeden was Verschiedenes. Rechnen wir doch aus, was das auf den Ecklohn ausmacht und fordern wir das für alle gleich. Das ist dann wirklich eine Mindestforderung, unter der sich auch jeder das gleiche vorstellt und für die jeder in der gleichen Weise kämpfen kann.

Es ist klar, daß dann die Gewerkschaftsführer daherkommen und sagen: Das geht nicht, das verstößt gegen den Beschluß der Tarifkommission und so weiter. Aber das ist ja nicht so schlimm. Das Wichtigste ist, daß es den Kollegen einleuchtet, weil es richtig ist, und daß ein Schritt gemacht werden kann zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront. Denn die setzt eine einheitliche Forderung voraus. Warnstreiks sind eine gute Gelegenheit, um diese Frage zu klären.

–J.S.–

VW-Chef verschickt Drohbriefe

ANGST UM ARBEITSPLATZ SOLL BELEGSCHAFT VOM LOHNKAMPF ABHALTEN

Wolfsburg. Als am 23. Januar die Spätschicht ins Werk kam, brachen sofort wilde Diskussionen aus. Die meisten Kollegen waren wütend über einen Brief, den VW-Chef Leiding ihnen ins Haus geschickt hatte.

In diesem Brief rechnete der Vorstandsvorsitzende von VW die von der IGM aufgestellten Forderungen (Lohn- und Manteltarifforderungen) zusammen und kam zu dem Ergebnis: "Diesmal liegen die Forderungen extrem hoch. Es müssen deshalb erheblich mehr Abstriche gemacht werden, als das bisher in Tarifverhandlungen üblich war."

Demagogisch versuchte er, auf die Angst um den Arbeitsplatz zu setzen, um die Belegschaft vom Lohnkampf abzuhalten: "Selbst wenn nur zwei Drittel der gewerkschaftlichen Forderungen beim Volkswagenwerk vereinbart würden, müßten wir unsere Preise um eine zweistellige Prozentzahl heraufsetzen. Wer könnte sich einen Volkswagen leisten, der 1 000 DM mehr kostet als bisher? Ihre Arbeitsplätze wären dann in Gefahr."

Er gibt sich dann als der Interessensprecher der Belegschaft aus: "Jetzt kommt es darauf an, die Arbeitsplätze zu sichern! Dieses Ziel wird der Vorstand bei den Tarifverhandlungen mit Entschiedenheit verfolgen."

Demagogie höchsten Grades – wenn man zur gleichen Zeit vom geplanten Bau eines VW-Werkes in den USA hört, also die US-Produktion aus Westdeutschland verlagert werden soll.

Leiding wollte einen geschickten Schachzug machen, indem er die Briefe in die Wohnungen der Beschäftigten schicken ließ. Die Frauen sollten ihren Männern in den Ohren liegen und sie vom Lohnkampf zurückhalten. Doch die meisten Kolleginnen und Kollegen kamen anstatt eingeschüchtert wutentbrannt – über den frechen Wisch – am andern Tag ins Werk. Die Briefe werden wieder eingesammelt und Leiding zurückgebracht.

Lohnrahmen „Marke Loderer"

KAPITALISTEN WEHREN SICH GEGEN PAUSENREGELUNG

In den Artikeln zum Manteltarifvertrag in Nordwürttemberg/Nordbaden haben wir nach dem Abschluß gesagt, daß es sich zeigen wird, was dieses vielgepriesene "Jahrhundertergebnis" an Verbesserungen für die Kollegen bringen wird. Der Vertrag ist seit dem 1.11.73 in Kraft.

Das ausstehende Geld für die bisher fälligen Pausen wurde nicht bezahlt (§ 13: Geldliche Ansprüche aus diesem Tarifvertrag entstehen in jedem Fall vom 1.11.73 an, siehe dazu Bericht über Bopp & Reuther). Die Kapitalisten wehren sich mit Händen und Füßen gegen die geringen Verbesserungen der Pausenregelung, die zum 1.2.74 für Akkordarbeiter eingerichtet sein muß. Einige gehen so weit, für Akkord einfach einen anderen Namen zu finden. Sie reden von "Zeitlöhnern mit Pensumszulage" und meinen, so um die Pausen herumzukommen.

Hier gilt es für die Arbeiter, hart zu bleiben. Klar ist, daß die Pausenregelung nicht "die Humanisierung des Arbeitslebens" bringt. Das ist im kapitalistischen Profitsystem niemals möglich. Die Kapitalisten werden zwischen den Pausen das Arbeitstempo beschleunigen wollen. Ihre Wissenschaftler haben herausgefunden, daß durch Kurzpausen die Arbeitsleistung zu steigern ist.

Vom Standpunkt der Arbeiter aus gesehen, muß jede Möglichkeit, Pausen zu machen, wahrgenommen werden.

Doch in 5 Minuten kann sich kein Mensch erholen. Sinnvoll ist es, die 40 Minuten auf 10, besser 15 oder 20 Minuten, aufzuteilen (siehe Bericht von Benz).

Wenn man sich erholen soll, muß die ganze Abteilung stillstehen.

Auch für die Zeitlöhner ist die Pause erforderlich. Die Kapitalisten wollen die Pausen nicht gewähren, die Gewerkschaftsführer werden allenfalls ihre Juristen zur Schiedsstelle schicken. Um die Pause zu bekommen, werden die Arbeiter sie sich nehmen müssen, sonst bleibt selbst dieser Paragraph des Manteltarifvertrags Papier.

BBC–KÄFERTAL:

Kein Wegfall der Pausen!

Mannheim-Käfertal. Bei BBC machten die Kapitalisten folgendes "Angebot":

– Alle Akkordarbeiter sollen als Zeitlöhner geführt werden. Das klingt gut. Aber jede gesetzliche Regelung, wie sie für den Akkord besteht, würde wegfallen. Die Kollegen kämen zwar in eine höhere Lohngruppe, das wäre aber eine Betriebsvereinbarung und damit jederzeit kündbar. Und die Akkorderholpausen fielen weg. Vorteile, die sich die Kollegen im Lauf der Jahre erkämpft haben, fielen weg.

Sollten die Kollegen das "großzügige Angebot" der Geschäftsleitung nicht annehmen, sollten die Kapitalisten also gezwungen werden, die Pausen einzuführen, dann drohen sie: Die Akkorde werden überprüft, das heißt, die Vorteile der Pausen wären dahin, man müßte noch mehr arbeiten.

Die Kollegen konnten diese "Vorschläge" nicht hinnehmen. Schon auf der Vertrauensleute-Sitzung am 22.1. kam scharfe Kritik auf, auch am Betriebsrat, der unfähig war, der Geschäftsleitung Gegenpositionen vorzutragen. Die Kollegen richteten sich auf Kampfmaßnahmen ein. Hinzu kam die angespannte Lage im Tarifstreit.

In dieser Situation wurde Franz Steinkühler, der IGM-Bezirksleiter, ins Werk geholt. Am Montag, 28.1., sprach er auf einer außerordentlichen Vertrauensleuteversammlung. Mit scharfen Worten griff er die Geschäftsleitung und den Betriebsrat an. Er schlug den Kollegen vor, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Er warnte vor innerbetrieblichen Vereinbarungen: Man dürfe der Geschäftsleitung nicht trauen. Sie würde diese Vereinbarungen schnell wieder abbauen, wenn erst die erste Unruhe vorbei ist. Er schlug sogar den Zeitlöhnern vor, in der Zeit, in der die Akkordarbeiter Pause hätten, ebenfalls nicht zu arbeiten, um deren Erholung zu ermöglichen. Die Taktik Steinkühlers war klar: Den Unmut der Belegschaft griff er auf, stellte sich an die Spitze, um wenigstens etwas von dem vielgepriesenen Manteltarifvertrag zu retten.

Als danach am Dienstag noch der 8,5 %-Vorschlag der Kapitalisten, an deren Spitze in Nordwürttemberg/Nordbaden ja BBC-Direktor Mariaux steht, bekannt wurde, waren einige Hundert Kollegen nicht mehr zu halten: Für eine Stunde streikten sie im Trafobau, in zwei weiteren Hallen wurde zweimal eine halbe Stunde gestreikt.

Die Lage bei BBC ist günstig für weitere Kämpfe. Niemand glaubt den Drohungen der Geschäftsleitung, daß die Pausenregelung den Ruin für BBC bedeuten würde.

–W.S., Aufbauzelle BBC-Käfertal–

HARVESTER:

Hebel rausgemacht

Am 24. Januar haben rund ein Dutzend Kollegen der Montage am Nachmittag für eine Viertelstunde den Hebel rausgemacht. Sie hatten die Schnauze bzw. die Ohren voll von dem Höllenlärm, der immer entsteht, wenn die großen Pay-Loader geprüft werden. Die Radlader werden zwar in einem isolierten Prüfstand geprüft, aber das nutzt nichts. Als am Donnerstagnachmittag wieder einmal der größte Pay-Loader geprüft wurde, marschierten die Kollegen, die in der Nähe des Prüfstandes arbeiten müssen, aus der Halle in Richtung Betriebsratsbüro. Dort machten sie ihrem Unmut Luft und erklärten klipp und klar: So geht das nicht weiter.

Die Geschäftsleitung war durch diese Aktion vor vollendete Tatsachen gestellt und mußte nachgeben. Der Sicherheitsingenieur nahm dann Messungen vor, aus denen sich ergab, daß im Abstand von 5 Metern von dem isolierten Prüfstand 99 Phon die Ohren zum Flattern bringen. Durch diese Aktion erreichten die Kollegen der Endmontage, daß die großen Monster nur noch nach Arbeitsschluß geprüft werden.

Ebenfalls zu einer spontanen Arbeitsniederlegung kam es am Montag, den 28. Januar, im Hauptlager. Nachdem die Kollegen sich schon seit langer Zeit auf Abteilungsversammlungen und sonstwo immer wieder über den Gestank und die Abgase der laufenden Pay-Loader beklagt haben und nie was dagegen unternommen wurde, platzte ihnen am Montagnachmittag der Kragen. Wieder einmal wehten Abgasschwaden von der Montage ins Hauptlager. Sehr schnell verließen fast alle im Augenblick dort Beschäftigten das Hauptlager und gingen geschlossen an die frische Luft. Der herbeizitierte Betriebsratsvorsitzende erklärte, daß sie die Firma schon 2 Jahre darauf ansprechen, eine Absaugvorrichtung in der Montage einzubauen, aber die Firma dies bisher nicht für nötig gehalten hat. Daß die Firma dies sehr schnell für nötig halten wird, war das Ziel der Aktion.

Es ist abzusehen, daß diesen Aktionen gegen schlechte Arbeitsbedingungen noch weitere in anderen Abteilungen folgen werden. Schon letztes Jahr haben Kollegen durch ähnliche Aktionen versucht, die Firma unter Druck zu setzen, teilweise mit Erfolg. Das besondere an der jetzigen Situation ist das, daß die Firma zur Zeit versucht, die Belegschaft mit aller Schärfe zu disziplinieren und das gewonnene Selbstbewußtsein der Belegschaft durch den Streik im Sommer auszuradieren. Fristlose Entlassungen und Verschärfung der Überwachung sowie Gewerkschaftsausschlußverfahren hatten vorübergehend die Belegschaft etwas eingeschüchtert. In allen Abteilungen gärt es nun wieder wegen der beschissenen Arbeitsbedingungen, hinzu kommt, daß die Firma uns die erstreikte Zulage von monatlich 30 DM ab Januar nicht mehr bezahlen will. Dazu kommen noch die steigenden Lebenshaltungskosten.

Wir haben es letztes Jahr bewiesen, daß wir dies nicht hinnehmen. Dieses Jahr werden wir es erst recht beweisen. Der Kampfeswille in der Belegschaft wächst.

Vertrauen in die eigene Kraft!

– KBW-Zelle Harvester, Heidelberg –

Gewerkschaftsausschlüsse

SOLIDARITÄT MIT DEN 13 KOLLEGEN BEI REICHOLD

Hamburg. Am 16.1. hat der Hauptvorstand dem Ausschlußantrag der Verwaltungsstelle Hamburg gegen 13 Mitglieder bei Reichold entsprochen. Im gleichlautenden Begründungsschreiben wirft er den Kollegen vor: Sie seien die "geistigen Urheber" von Publikationen "gegnerischer" – sprich: kommunistischer – Organisationen, die im und vor dem Betrieb verteilt werden. Sie würden damit "antigewerkschaftliche" und "antidemokratische Bestrebungen" unterstützen.

BOPP&REUTHER:

Anspruch durchsetzen

Mannheim. Von den geldlichen Ansprüchen aus Lohnrahmen II, die seit 1.11.73 bestehen (§ 13 Lohnrahmen II) ist keine Rede. Diese Ansprüche müssen endlich realisiert werden!

– Die 5 Minuten Erholzeit pro Arbeitsstunde sind bei 8 Stunden = 40 Minuten, bei 22 Arbeitstagen: 22 x 40 = 880 Minuten; da aber die Einführungszeit bis 31.1.74 lief, sind das drei Monate: 3 x 880 Minuten = 2 640 Minuten oder 44 Stunden oder 5,5 Tage bezahlten Urlaub, die uns zustehen.

Durch die Überstunden, die wir in diesem Zeitraum geleistet haben, erhöht sich dieser Anspruch noch gewaltig. Das kann sich jeder Kollege leicht anhand seiner Lohntüte selbst ausrechnen.

Rechnet man diese uns zustehende Erholzeit in Geld um, so ergibt sich eine Summe, die weit höher liegt als die Weihnachtsgratifikation, die wir bekommen haben. Das ist fürwahr ein lukrativer Extraprofit, den die Kapitalisten da scheffeln wollen! Wenn sich der Betriebsrat nicht der Bärenhäuterei schuldig machen will, muß er endlich die Karten aufdecken und mit den Kollegen den Kampf für die Durchsetzung der ausgehandelten Verträge aufnehmen.

Auch eine einmalige Abfindung für alle Ansprüche, die für uns seit dem 1.11.73 bestehen, muß ganz genau das dem einzelnen Kollegen bringen, was ihm die Kapitalisten bisher vorenthalten haben.

Unsere Ansprüche dürfen uns nicht länger vorenthalten werden!

(nach: "Kommentar", Betriebszeitung für die Kollegen von B & R Mannheim)

DAIMLER–BENZ:

Erholzeitregelung

Mannheim. Bei Daimler-Benz in Mannheim wurde eine Regelung über die Erholzeiten von 5 Minuten pro Stunde getroffen. Dies wurde dem Vertrauenskörper zwei Tage vor Ablauf der Einführungsfrist für diese Bestimmung des neuen Manteltarifvertrages mitgeteilt. Die Regelung sieht folgendes vor:

Normal- und Frühschicht:

– Das Frühstück wird um 10 Minuten vorverlegt
– dann nochmal 2 x 15 Minuten Erholungspause

Für die Mittel- und Nachtschicht wurde eine 20-minütige und zwei 10-minütige Erholungspausen vereinbart.

Darüberhinaus sind abweichende Regelungen in den Abteilungen möglich, wo dies arbeitstechnisch nötig ist.

In der Vertrauensleutesitzung forderte der Betriebsratsvorsitzende Lucy auf, diese Regelung nicht einfach den Kollegen mitzuteilen, sondern auch auf das große Verhandlungsgeschick des Betriebsrates hinzuweisen, das diesen Erfolg ermöglichte.

Erst lobt sich die Gewerkschaftsführung für das "Jahrhundertergebnis", dann lobt sich der Betriebsrat, wenn tatsächlich der "Loderer-Mantel" eingeführt wird. Dabei ist für Lobhudelei gar kein Anlaß. Denn:

– Infolge der Erholzeiten sollen die Akkorde freigegeben werden, das heißt: Mehr Leistung soll der Arbeiter erbringen.
– Die Bezahlung des arbeitsfreien Nachmittags an Heiligabend und Silvester wurde erst bei der Schiedsstelle geregelt. Allerdings nur für die Früh- und Mittelschicht. Für die Nachtschicht noch nicht. Da steht ein weiterer Gang zur Schiedsstelle bevor. Die Bezahlung der Spätarbeitsstunden von 12 Uhr bis 19 Uhr wurde auf innerbetriebliche Leistungen angerechnet. Die Leute kriegen also keinen Pfennig mehr.
– Außerdem droht die Geschäftsleitung mit der Anrechnung weiterer innerbetrieblicher Vereinbarungen.

Man sieht, der "Loderer-Mantel" ist doch sehr dünn und hat manche Löcher. Dabei ist er noch garnicht gebraucht. Die Arbeiter werden sich wohl bald einen neuen "Mantel" erkämpfen müssen. Aber diesmal keinen von der Marke "Loderer". Die Qualität ist zu schlecht.

Wie die Kapitalisten in der Krise vorgehen

KORRESPONDENZEN AUS DREI BETRIEBEN:

Kurzarbeit und Nebenbeschäftigungen

Für die Kollegen bei Hanomag ist Kurzarbeit schon nichts Neues mehr. Seit September müssen sie in Abständen immer eine Woche zu Hause bleiben, und die Zeit, die zwischen diesen Wochen liegt, wird nicht länger – im Gegenteil. Die Hanomag-Kapitalisten haben angekündigt, daß es noch eine ganze Zeit so weitergehen wird.

Wahrscheinlich wird auch vom 11. bis 19.2. und vom 11. bis 15.3. kurzgearbeitet. Die neuen Maschinen aus Düsseldorf sollen sich um ca. 8 Wochen verzögern, sodaß die Unsicherheit für die Kollegen noch größer geworden ist.

Wer sich beim ersten Mal noch über eine Woche "zusätzlichen Urlaub" freute, fängt jetzt auch an, sich für diese Zeit eine Nebenbeschäftigung zu suchen, weil keiner so viel Geld hat, daß es ihm auf 100 DM mehr oder weniger nicht ankäme.

ABER WIE SIEHT DAS AUS MIT NEBENBESCHÄFTIGUNGEN?

Erstens werden die Angebote immer geringer, da die meisten Kollegen sich auch noch nach ihren Schichten richten müssen, so einen Job also nur unregelmäßig wahrnehmen können, und zweitens wird ihnen von dem Geld, das sie außerhalb der Firma verdienen, auch noch eine Menge abgezogen. Für fast alle Neben-Jobs brauchen die Kollegen eine zweite Lohnsteuerkarte, die sie bei Hanomag beantragen müssen. Vom Nebenverdienst an Werktagen (außer Samstag) werden 50 % auf das Kurzarbeitsgeld angerechnet. Arbeitet ein Kollege mehr als 20 Stunden nebenbei, bekommt er überhaupt kein Kurzarbeitsgeld mehr.

Die Arbeiter werden also doppelt beschissen:
Einmal müssen die den Kopf hinhalten, wenn die Kapitalisten und ihr Staat die Wirtschaft in den Dreck gefahren haben, und zum andern versucht der Staat auch noch, sich ums Zahlen zu drücken, obwohl die Arbeiter es schließlich sind, die mit ihren Steuern und Sozialabgaben alles bezahlen.

Besonders hart sind verheiratete Kollegen mit Kindern betroffen. Hier mußt jetzt vielfach die Frau mitarbeiten, und wenn keine Großmutter da ist, die während der Zeit die Kinder hütet, sieht das Leben dann so aus: Während der Mann arbeitet, versorgt die Frau Haushalt und Kinder, und während die Frau arbeitet, läuft es dann umgekehrt. Wenn der eine kommt, geht der andere. Familienleben gibt es höchstens noch am Wochenende, falls da auch nicht auch einer arbeiten muß.

Viele Kollegen meinen auch, daß es im Augenblick keine Möglichkeit gibt, sich zu wehren, daß die Kapitalisten froh sind über jeden Streik. Das ist aber falsch. Denn die Kapitalisten sind auch in der Krise gezwungen, weiterproduzieren. Es ist ja nicht so, daß gar keine Autos mehr gekauft werden, es werden nur weniger Autos gekauft.

Die Kämpfe werden aber härter sein. Deswegen gilt es, jetzt die Einheit unter den Kollegen herzustellen.

–KBW-Aufbauzelle Hanomag, Hamburg-Harburg–

Berliner Drucker:

WIR BRAUCHEN EINE WIRKLICHE LOHNERHÖHUNG

So sprachen die Kollegen auf 6 gewerkschaftlichen Bezirksversammlungen (Stadtteilversammlungen) in Westberlin und stellten folgende Forderungen einstimmig auf:
- 90 DM Vorweganhebung
- 320 DM mehr für alle bei 9 Monaten Laufzeit.

Seit langem waren die Bezirksversammlungen nicht so stark besucht gewesen. Der Versuch der Gewerkschaftsführung (in Schöneberg zum Beispiel), gleich am Anfang vom anstehenden Thema wegzukommen, über Arbeitsrecht, Gesetze und Mitbestimmung zu reden, scheiterte sofort: "Was wir in Zukunft im Geldbeutel haben und wie wir unsere Forderungen durchsetzen können – das steht heute im Mittelpunkt." "Wir wissen, daß wir keine noch so hohen Prozentforderungen brauchen, daß sie uns spalten, daß wir nur für Forderungen in Mark und Pfennig für alle einheitlich kämpfen werden. Für uns alle sind die Preise in gleichem Maße gestiegen – deshalb sollen auch alle das gleiche mehr haben."

"Zu hohe Lohnforderungen machen die Arbeitsplätze unsicher". "Ein Maschinensetzer wäre damit nicht einverstanden, wenn der kleine Hilfsarbeiter genausoviel Geld mehr bekommen würde wie er, und außerdem, der Vorstand in Stuttgart wird und hat immer Prozentforderungen aufgestellt, und muß es ja wissen."

Mit solchen und ähnlichen Argumentationen versuchte die Gewerkschaftsführung bei den Kollegen durchzukommen. Die Kollegen gingen zu gehen (Versammlung Spandau), doch die Kollegen ließen sich nicht spalten. Wichtig war ihnen der richtige Weg zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Die allgemeine Mitgliederversammlung, der Zusammenschluß aller Bezirke, ist ein wesentliches Mittel, um Forderungen zu vereinheitlichen, um sich gegenseitig über die Lage im Betrieb genauestens zu informieren, um stärker zu werden. Weiterhin, so sagte ein Kollege, müsse sie genauestens über die Taktik und Lage der Tarifkommission informiert werden, und nicht nur das: die Mitglieder der Tarifkommission sollen namentlich ihr Abstimmungsergebnis veröffentlichen und Rechenschaft über ihr Verhalten ablegen. Wie vom Schlag getroffen versuchte die Gewerkschaftsführung, diese Forderung vom Tisch zu fegen: "Stellen Sie sich vor, bei der Tarifverhandlung in Hessen muß ein Mitglied der Tarifkommission immer daran denken, daß er zu Hause vielleicht eins über den Deckel kriegt, wenn er nicht so abstimmt, wie die Kollegen es wollten. Das ist doch unmöglich!" Da lachten die Kollegen über die "Gewissensfreiheit der Gewerkschaftsführung". Als Forderung stellten sie auf: "Die namentliche Abstimmung der Mitglieder der Tarifkommission über die Aufstellung der Forderung und die Abstimmung über das Verhandlungsergebnis ist in den gewerkschaftlichen Publikationen und in den Gremien anzugeben." – "Vor der Aufstellung der Tarifforderung des Landesbezirks und vor Abschluß der Tarifverhandlung soll jeweils eine allgemeine Mitgliederversammlung durchgeführt werden!"

Den meisten Kollegen ist klar geworden, daß man nicht nur einfach Forderungen beschließt, sondern daß man sich gleichzeitig die Rechte und Mittel zu ihrer Durchsetzung nehmen muß. Sie haben aus den Erfahrungen der letzten Tarifrunde gelernt; Kampfmaßnahmen sind nicht nur zur Abwendung der vollständigen Niederlage da, sondern zur Durchsetzung der Forderungen, die wir brauchen – also für den Sieg.

– Aufbauzelle Druck der KG Westberlin –

Rückstufung und 43 Entlassungen

Hannover. Obwohl sich bei Telefunken die Krise noch nicht direkt ausgewirkt hat – es wird noch genausoviel produziert wie vorher –, versucht die Firma, aus der allgemeinen Angst und Unsicherheit ihren Profit zu schlagen.

So werden schon seit Wochen von der Personalabteilung die Personalkarten gesichtet, um den Kollegen, die häufiger krank sind (Telefunken hat einen Krankenstand von 12,9 % 1973) Drohbriefe ins Haus zu schicken.

Seit einem Monat ist man nun dabei, Kollegen hinauszuwerfen. Am laufenden Meter werden Verweise erteilt, die immer in der Drohung mit fristloser Kündigung enden. Während der ganzen Zeit jedoch wurden noch neue Kollegen eingestellt. Der große Hammer kam in der letzten Woche. Es wurden auf einen Schlag 43 Kollegen entlassen, die öfters krank sind oder zu spät gekommen waren. In der Regel waren es Türken.

Was ihnen blüht, ist klar, wenn man weiß, daß das Arbeitsamt keine Ausländer mehr vermittelt, sondern erst einmal auf die arbeitslosen Deutschen zurückgreift. Sie bekommen, wenn sie Glück haben, für zwei, drei Monate Arbeitslosengeld und werden dann abgeschoben.

In der gleichen Woche wurden Kollegen von Lohngruppe 4 auf Lohngruppe 2 heruntergestuft. Eigentlich ist dazu eine Lohnänderungskündigung nötig; doch die Kollegen wurden von ihren Meistern unter Druck gesetzt, und so unterschrieben sie die Rückstufung. Die Begründung für die Zurückstufung war "die Firma hat nicht genug Geld".

Der Betriebsrat steht dem ganzen Treiben tatenlos gegenüber und besaß sogar die Frechheit zu sagen, die Entlassenen waren ja sowieso alles Bummelanten. Währenddessen unterschreibt er brav und bieder die Personalbögen bei Neueinstellungen. Derselbe Betriebsrat setzt sich im Augenblick stark ein für eine Werbeaktion für Mitglieder der IG Metall.

So benutzen die Telefunken-Kapitalisten die Krise, um ihren Laden mit frischen, arbeitswilligen Kräften aufzufüllen, verbreiten Angst über den Arbeitsplatz, indem sie Gerüchte ausstreuen, daß Massenentlassungen anstehen und Kurzarbeit droht. Auf diesem Boden drücken sie dann die Löhne und erhöhen die Akkorde, und ihre Handlanger im Betriebsrat stehen daneben und zerbrechen sich den Kopf, wie sie mehr Mitglieder für die IGM werben können.

–F.B., Hannover–

Fristlos gefeuert

Ich möchte folgenden Vorfall kurz schildern, weil ich glaube, daß man einiges aus ihm lernen kann. Erstens sieht man, wie brutal Kapitalisten mit Arbeitern umspringen, wenn es ihnen in den Kram paßt. Weiter zeigt der Vorfall, wie hilflos ein Arbeiter solchen Methoden ausgesetzt ist, wenn er nicht seine Rechte kennt und keiner Gewerkschaft angehört. Kurz, wenn der Arbeiter nicht fähig ist, sich zusammenzuschließen und den Widerstand gegen die Willkürmaßnahmen der Kapitalisten zu organisieren.

Als am Dienstag, 22.1., die Maurer und Handlanger des Bauunternehmers Kaas & Schwarz, Mettmann Feierabend machten, erlebten sie zu Hause eine tolle Überraschung. In ihren Briefkästen lagen Zettel, mit denen ihnen der Bauunternehmer fristlos kündigt. Er forderte sie auf, sich am nächsten Tag beim Arbeitsamt als arbeitslos zu melden. Begründung: Es lägen keine Aufträge mehr vor. Und das bei Kollegen, die zum Teil schon 20 Jahre bei der Firma sind.

Keiner der Kollegen bei Kaas & Schwarz ist gewerkschaftlich organisiert. Keiner hat sich je über seine Rechte informiert. Deshalb waren alle so ratlos, daß sie sich am nächsten Tag beim Arbeitsamt gemeldet haben.

LOHNFORDERUNGEN DER DRUCKER

Freiburg:
Jugendgruppe der IG Druck und Papier: 1,50 DM mehr für alle in der Stunde, 250 DM mehr für Angestellte und Lehrlinge.

Mannheim:
Ortsmitgliederversammlung der IG Druck und Papier: 1,50 DM mehr für alle.

München:
Die Ortsmitgliederversammlung der IG Druck und Papier beschloß im Dezember DM 80,- mehr für alle in der Woche.

Mannheim:
Vertrauensleutekörper bei der Mannheimer Großdruckerei beschließt DM 1,40 mehr für alle in der Stunde.

Hamburg:
Sülter-Druck: Vorweganhebung DM 1,50; DM 1,50 mehr für alle in der Stunde. Laufzeit 10 Monate und Preisgleitklausel.
Bauer-Druck: Vertrauensleute und Betriebsrat beschließen: 25 % Vorweganhebung, DM 1,50 mehr für alle in der Stunde. Laufzeit 6 Monate.

Hildesheim. Der Bezirkstag der IG Druck und Papier formulierte am 19.1.74 eine Resolution, in der eine Forderung in Mark und Pfennig für alle gleich gefordert wurde.

Grossbrand im Hafen

HAFENARBEITER DES PROFITS WEGEN IN LEBENSGEFAHR

In der Nacht vom 9. auf den 10. Januar brach im Schuppen 16 A der Bremer Lagerhaus Gesellschaft ein Großbrand aus. Entzündet hatten sich Teile einer aus 7 323 Ballen bestehenden Baumwolladung.
Es ging um Millionen, denn ein Ballen kostet allein schon runde 1 000 Mark. Außerdem lagerten im Schuppen noch weitere 600 Tonnen Stückgut, die ebenfalls vom Feuer bedroht waren.

Die Bremer Feuerwehrmänner leisteten ganze Arbeit. Sie waren schnell zur Stelle und hatten in relativ kurzer Zeit den Brand unter Kontrolle.

Damit allein war den Lagerhauskapitalisten aber keineswegs gedient. Ihr Interesse und das der Versicherung besteht darin, noch möglichst viel aus den Ballen rauszuholen, damit die Profite und Prämien auch ja nicht geschmälert werden. Das heißt, die Ballen sollten sofort ins Freie geschafft werden.

Zu diesem Zweck wurden ein Großteil der Heberfahrer nachts aus den Betten geholt. Am Schuppen angelangt, bekamen sie die Anweisung, die noch glimmenden Ballen nach draußen zu fahren. Das war mehr als gefährlich, denn sobald die Ballen Luft bekommen, fangen sie wieder Feuer und brennen lichterloh. Hinzu kommt, daß die Gabelstapler mit Benzin betrieben werden, also Explosionsgefahr bestand!

Aber was kümmert das die 'Lagerhaus' schon? Wenn es um ihre Profite geht, kommt es auf ein Menschenleben mehr oder weniger nicht an. Unfälle sind wegen der enormen Arbeitshetze im Hafen sowieso an der Tagesordnung. Erst letzte Woche fielen beimSchuppen 15wieder von zwei Kränen die kiloschweren Eisenhaken runter. Einen Kollegen traf's genau auf den Kopf. Er wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gefahren.

Auf der Betriebsversammlung am vergangenen Sonntag (13.1.) präsentierte sich BLG-Chef Beier obendrein noch in "Gönner"-Pose: Den Kollegen, die für die Hafenkapitalisten die fetten Kastanien aus dem Feuer geholt und dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt hatten, versprach er 50 % auf den Schichtlohn und eine "Sonderprämie" von 100 (!) Mark.

–R.R., Aufbauzelle Hafen, Bremen–

Seeleute bereiten Streik vor

Hamburg. Am 30.1.74 trafen sich im Schuppen 73 des Hamburger Hafens erneut 250 Seeleute. Sie berieten die neue Lage.

Nach gescheiterten Tarifverhandlungen trifft am 9. Februar die Schlichtungsstelle zusammen. Die Seeleute wollen aber keinen Kompromiß. Sie fordern: Mindestens 180 Mark für ungelernte, 270 Mark für gelernte Seeleute, sowie Bezahlung der Überstunden für Wachgänger. Die Reeder haben demgegenüber angeboten: 8,5 % für Kapitäne, 9 % für Mannschaftsgrade und 12 % für Auszubildende. Die Seeleute wissen, daß sie ihre Forderungen nur im Kampf durchsetzen können. Deshalb haben die Seefahrtschüler – ein fester Stützpunkt an Land – über 100 Schiffe besucht und dort Versammlungen einberufen und Resolutionen verabschiedet. Deshalb wurde auf der Versammlung im Hafen einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der von der Tarifkommission die Vorbereitung des Streiks gefordert wird.

Wetzlar. Gegen eine Mark- und Pfennig Forderung sprach sich am 26.1. IG Druck-Bezirkssekretär Karry auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins aus. In der Tarifkommission hätte sie gegen eine Prozentfor-

Berichtigung

"Seeleute kampfbereit": Der Stundenlohn eines Matrosen liegt nicht bei 6,50 DM, sondern um 4,50 DM, weil für jeden Matrosen bis zu 60 Überstunden im Monat nicht bezahlt werden.



Hamburg. Das Bild zeigt Streikposten der Gewerkschaft Holz und Kunststoff im Streik um einen neuen Manteltarifvertrag für Nordwestdeutschland. Der Streik dauerte vom 22. bis 28. Januar, 8 000 Arbeiter beteiligten sich und führten den Streik mit großer Geschlossenheit durch. Die Kollegen erreichten mit dem Streik die Bezahlung des Heiligabend als Feiertag. Die Arbeitgeber waren nicht bereit, eine entsprechende Bestimmung in den neuen Manteltarifvertrag aufzunehmen. Der neue Manteltarifvertrag, der nach achtzehnmonatigen Verhandlungen jetzt abgeschlossen wurde, brachte außerdem die Verlängerung des Urlaubs um 1 bis 3 Tage, die Erhöhung des Urlaubsgeldes und das Mitspracherecht des Betriebsrates bei Einführung von Kurzarbeit.

Die Forderungen der DKP sollen die Arbeiterklasse und die Volksmassen in die Irre führen

Aus Anlaß der brutalen Preiserhöhungen für Benzin und Heizöl hat die DKP abermals ihre Forderungen zur Energiepolitik vorgetragen. In der "UZ" vom Freitag, dem 25.1.1974, schrieb das DKP-Präsidiumsmitglied Manfred Kapluck:

"Jeder Tag bestätigt aufs Neue die Richtigkeit der Forderung, die die DKP wieder und wieder erhoben hat: Wir brauchen eine Neuorientierung der Energie- und Wirtschaftspolitik, die gegen das Monopolkapital gerichtet ist. Wir haben es wiederholt gesagt und sagen es immer wieder: Die Energiewirtschaft darf nicht dem kapitalistischen Profitstreben unterworfen bleiben.
Jeder Tag bestätigt es aufs Neue: Das Maß ist voll. Darum sagt die DKP: Schluß mit dem Preisterror der Konzerne! Preisstop für alle Mineralölprodukte! Rückführung aller Preise auf den Stand vom 1. Oktober! Verstaatlichung der Erdölkonzerne und der gesamten Energiewirtschaft unter öffentlicher, demokratischer Kontrolle!"

Warum führen diese Forderungen in die Irre? Diese Forderungen führen in die Irre, weil sie vortäuschen, innerhalb des Kapitalismus und unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse könne das Ziel verwirklicht werden: "Die Energiewirtschaft darf nicht dem kapitalistischen Profitstreben unterworfen bleiben."
Das aber ist ausgeschlossen. Solange die kapitalistischen Produktionsverhältnisse fortdauern und solange die Kapitalistenklasse mit Hilfe des bürgerlichen Staates die politische Herrschaft ausübt, bleibt jeder Bereich der gesellschaftlichen Produktion dem 'kapitalistischen Profitstreben' unterworfen. Dabei ist es ganz gleichgültig, ob sich bestimmte Produktionsmittel in der Hand einzelner Kapitalisten und Kapitalgesellschaften befinden oder in der Hand des kapitalistischen Staates. Der kapitalistische Staat ist ja nichts anderes als "kapitalistische Maschine". Was die DKP propagiert ist einfach die Tendenz des Kapitalismus selber, die Tendenz vom Monopol zum Staatsmonopol. Sie **tut** aber so, als propagiere sie Forderungen **gegen** den Kapitalismus.

In seiner Schrift "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" hat Engels sich ausführlich zum Problem der Verstaatlichung durch den kapitalistischen Staat geäußert. Er schreibt dort:
"So oder so, mit oder ohne Trusts, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen. (...) Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften und Trusts noch die in Staatseigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften und Trusts liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung." (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Dietz Verlag Berlin 1966, S.93/94)

Es ist also eine alte Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, daß die Verstaatlichung durch den bürgerlichen Staat nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise ändert. Daran ändert auch die Form dieses bürgerlichen Staates nichts, und mag er noch so demokratisch erscheinen. Deshalb ist auch die Forderung der DKP nach "öffentlicher, demokratischer Kontrolle" der Produktion, worunter sie die Mitbestimmung versteht, eine üble Augenwischerei.

Wenn Engels sagt: Durch die Verstaatlichung wird das Kapitalverhältnis nicht aufgehoben, "es wird vielmehr auf seine Spitze getrieben. Aber auf seiner Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung", dann meint er damit nicht, daß die Arbeiterklasse für die Verstaatlichung der Produktionsmittel durch den bürgerlichen Staat eintreten solle. Er meint: Je mehr Produktionsmittel schon durch den bürgerlichen Staat verstaatlicht worden sind, umso leichter fällt es der Arbeiterklasse **nach** Eroberung der politischen Macht und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, die ökonomische und soziale Umwälzung durchzuführen:
"Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung bei Strafe ihres Untergangs zu vollziehen genötigt ist. Indem sie mehr und mehr auf Verwandlung der großen vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung der Umwälzung. **Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.**" (Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, S.96)

Nicht Forderung nach Verstaatlichung durch den bürgerlichen Staat, sondern Eroberung der politischen Macht und Verstaatlichung ist der Weg der Arbeiterklasse, um das "kapitalistische Profitstreben" als Grundlage der Produktion zu beseitigen. Das ist etwas ganz anderes als das, was die DKP fordert. Was die DKP fordert, ist den Zielen der Arbeiterklasse direkt entgegengesetzt.

Nicht anders verhält es sich mit der Forderung nach Preisstopp. Wie soll der bürgerliche Staat einen Preisstopp durchführen? Der bürgerliche Staat führt höchstens einen Preisstopp für eine einzige Ware durch: für die Ware Arbeitskraft, also einen Lohnstopp. Soweit der bürgerliche Staat einen allgemeinen Preisstopp durchführt, bleibt dieser stets auf dem Papier und dient lediglich dazu, den Lohnstopp schmackhafter zu machen, dient dazu, die Arbeiter zu betrügen.
Dies zeigen die Beispiele aller kapitalistischen Länder, in denen Preisstopps durchgeführt wurden, so in den USA und Großbritannien. Bevor die Arbeiterklasse die politische Macht erobert und die wichtigsten Industriezweige in die Hand ihres Staates genommen hat, hat sie keinerlei Einfluß auf den Gang der Wirtschaft. Dieser bleibt den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen. Er beruht auf Ausbeutung und Profitmacherei, daran kann keinerlei Mitbestimmung und demokratische Kontrolle etwas ändern.

Die ganzen Forderungen der DKP sind in jeder Hinsicht schädlich für die Arbeiterklasse. Denn sie entstellen die wirklichen Aufgaben und lenken von ihnen ab. Wie sieht es im übrigen aus? Hat die Verstaatlichung der Post und der Eisenbahn etwas an der Ausbeutung der Post- und Eisenbahnarbeiter und an der Ausplünderung der Post- und Eisenbahnbenut- rung der Post- und Eisenbahnbenutzer durch Preissteigerungen geändert? Natürlich nicht. Das kann auch nicht sein, wenn der Staat selbst in der Hand der bürgerlichen Klasse ist und die kapitalistische Produktionsweise fortexistiert.

Heißt das nun, daß vor der Eroberung der politischen Macht die Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus einfach hingenommen werden muß? Davon kann gar keine Rede sein. Ausgehend von ihrem Ziel, der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, kann und muß die Arbeiterklasse den Kampf für den Lohn und den Kampf für Arbeitsschutzforderungen wie den 7-Stundentag usw. führen, um Kräfte zu erhalten und zu sammeln für ihre eigentliche Aufgabe: die Umwälzung der Produktionsverhältnisse und die soziale Revolution.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die soziale Revolution nur durchgeführt werden kann, wenn die Arbeiterklasse an der Spitze der unterdrückten Volksmassen die politische Macht erobert und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt, muß sie den Kampf für die Rechte des Volkes führen und die breiten Volksmassen gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat zusammenschließen. Dabei kann es nicht um Mitbestimmung und Kontrolle über die kapitalistische Wirtschaft gehen, sondern ausschließlich um die **politische** Bewegungsfreiheit der Massen und die Bekämpfung der staatlichen Bürokratie mit dem Ziel der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates.
In Bezug auf die staatliche "Energie"-politik bedeutet das, daß die Arbeiterklasse den erbittertsten Kampf gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen führen muß (z.B. Sonntagsfahrverbot) und den Kampf führen muß gegen die Mineralölsteuer als Mittel der staatlichen Ausplünderung der breiten Volksmassen und der Stärkung des bürgerlichen Staatsapparates. Gerade diesen Kampf hat die DKP nicht geführt. Gegen das Sonntagsfahrverbot hat sie zwar ein bißchen gemosert, weil sie es nicht für "sinnvoll" hielt, nicht aber weil es eine **Zwangsmaßnahme des bürgerlichen Staates** gegen die Volksmassen ist. Statt den Kampf um Rechte und gegen die Unterdrückung zu führen, hat sie das ganze als Frage von mehr oder weniger sinnvollen Sparmaßnahmen behandelt. Den Kampf gegen die Mineralölsteuer als politisches Instrument der Ausplünderung der Volksmassen und der Stärkung des bürgerlichen Staatsapparates führt sie bis heute nicht. Stattdessen behandelt sie den bürgerlichen Staat als einen neutralen Faktor, der je nachdem etwas Vernünftiges tun oder auch lassen kann und fordert die Regierung auf, das Vernünftige zu tun und das Unvernünftige zu lassen. Die DKP hat zwar nicht völlig Frieden geschlossen mit den einzelnen Kapitalisten und mit der jeweiligen Regierung des bürgerlichen Staates. Sie hat aber grundsätzlich Frieden geschlossen mit dem bürgerlichen Staat, dessen Tätigkeit sie lediglich eine "antimonopolistische", "arbeiterfreundliche" Richtung geben will. Durchgesetzt werden soll diese Richtung durch **demokratische** Kontrolle der staatsmonopolistischen **Wirtschaft** im Rahmen der herrschenden Verhältnisse und des bürgerlichen Staates. Wer die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht leugnet, der kann auch den "friedlichen Übergang" propagieren: Es handelt sich nämlich nur noch um den Übergang vom Monopolkapitalismus zum vollentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus, genau der Gesellschaftsordnung also, die das große Vorbild der DKP, die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion nach Beseitigung der proletarischen Macht dort errichtet hat.
Wer die soziale Revolution will und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse als Voraussetzung der sozialen Revolution, wird in jeder Frage die DKP auf der Seite der Verteidiger des bürgerlichen Staates antreffen. Der Kampf gegen den bürgerlichen Staat muß deshalb Hand in Hand gehen mit dem Kampf gegen die Politik der DKP und ihren ideologischen und politischen Einfluß in der Arbeiterklasse und im Volk. Dabei geht es insbesondere darum, den Arbeitern und fortschrittlichen Menschen, die sich enttäuscht von der schen, die sich enttäuscht von der SPD abwenden, zu zeigen, daß die DKP keine Alternative ist. Es gilt zu verhindern, daß die DKP jemals einen solchen Einfluß gewinnt wie die revisionistischen Parteien in Frankreich und Italien, die jede revolutionäre Initiative der Arbeiterklasse zu ersticken versuchen. Die Massen, die sich von der SPD abwenden, können und müssen direkt für die Revolution und den Marxismus-Leninismus gewonnen werden. Dies ist möglich, weil die Massen nicht zum entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern zum Sozialismus und zum Kommunismus wollen. –J.S.–

Die Brüsseler Konferenz der Revisionisten

DIE WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN DEN REVIONISTISCHEN PARTEIEN IN WESTEUROPA SPIEGELN DIE WIDERSPRÜCHE ZWISCHEN IMPERIALISMUS UND SOZIALIMPERIALISMUS WIDER

Nach einer Reihe von Vorkonferenzen haben die westeuropäischen revisionistischen Parteien in Brüssel eine Konferenz durchgeführt. Wie schon bei den Vorkonferenzen traten dabei einige Widersprüche zwischen den verschiedenen revisionistischen Parteien auf. Dabei geht es im wesentlichen um die Stellung der revisionistischen Parteien zur Sowjetunion auf der einen Seite und zur Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite.

Im Gefolge der revisionistischen Entartung der KPdSU hat auch in den westeuropäischen Parteien endgültig der Revisionismus gesiegt. Der Sieg des Revisionismus bedeutet sowohl in der Partei als auch im Staat die Machtübernahme durch die Bourgeoisie. In den westeuropäischen Ländern aber waren die kommunistischen Parteien nicht an der Macht und hatten keinen Einfluß auf den Staat, der fest in der Hand der jeweiligen einheimischen Bourgeoisie ist. Nachdem die bürgerliche Ideologie und die bürgerliche politische Linie in den westeuropäischen Parteien den Sieg davongetragen hatten, stellte sich für die Führer dieser Parteien immer wieder die Frage: Sollten sie zum politischen Anhängsel der neuen, sozialimperialistischen Bourgeoisie der Sowjetunion werden oder sollten sie zum Wasserträger der einheimischen Bourgeoisien werden? Zu einer selbständigen Politik waren diese Parteien nach ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus natürlich nicht in der Lage. Auf der Konferenz in Brüssel zeigte sich, daß es innerhalb der revisionistischen Parteien inzwischen deutlich zwei Lager gibt: das eine Lager mit der italienischen Partei an der Spitze schlägt sich immer offener auf die Seite ihrer einheimischen Bourgeoisie und der Europäischen Gemeinschaft. Die italienische Partei hat den italienischen Christdemokraten einen "historischen Kompromiss" angeboten, wohinter nichts anderes steckt als das Angebot, gemeinsam mit den Christdemokraten den bürgerlichen Staat, der in eine immer tiefere politische Krise gerät, zu retten. Die italienische revisionistische Partei will aktiv am Aufbau der Euroäischen Gemeinschaft (EG) mitarbeiten – selbstverständlich "kritisch".

Das andere Lager, worin sich vor allem die DKP hervortut, bekennt sich nach wie vor zur Abhängigkeit von der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion und versteht sich als deren Interessenvertreter in Westeuropa.
Die nach der italienischen Partei zweitgrößte Partei, die Französische Kommunistische Partei, schwankt noch zwischen diesen beiden Lagern hin und her und neigt manchmal mehr der einen Seite zu, manchmal mehr der anderen.

In den Zeitungen der Revisionisten, hier in Westdeutschland in der "UZ", werden die Differenzen zwischen den beiden Lagern entweder verschwiegen oder heruntergespielt, denn nur so kann eine angebliche Einheit der revisionistischen Parteien optisch aufrechterhalten bleiben. Allerdings hat selbst die traditionelle bürgerliche Presse wie die Süddeutsche Zeitung, die Frankfurter Rundschau oder die Frankfurter Allgemeine Zeitung schon lang erkannt, wie die Sache steht. Die UZ kann selbst bürgerliche Journalisten nicht hinters Licht führen.

Für jeden, der nachdenkt, läßt sich die Gesetzmäßigkeit des Zerfallsprozesses des revisionistischen Lagers in Westeuropa ohnehin leicht erkennen: Es ist auf die Dauer unmöglich, gleichzeitig der Bourgeoisie im eigenen Land dienstbar zu sein und der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion. Da muß man sich entscheiden. Die KPI als größte revisionistische Partei hat sich eindeutig entschieden: für die eigene Bourgeoisie. Auch die DKP als kleinste revisionistische Partei hat sich entschieden: Die Interessen der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion stehen ihr höher als die der eigenen Bourgeoisie. Diese erkennt sie nur an, soweit sie mit denen der Sowjetbourgeoisie übereinstimmen (zum Beispiel Erdgasgeschäfte auf Kosten des russischen und des deutschen Proletariats). Das braucht nicht so zu bleiben. Revisionisten schwanken. Vorläufig aber ist die DKP der treueste Kettenhund der heruntergekommenen KPdSU. In einer Pressekonferenz machte deshalb H.Mies, der Vorsitzende der DKP, die deutschen Journalisten zu Recht darauf aufmerksam, daß die Bedeutung der revisionistischen Parteien nicht unbedingt mit ihrer Größe übereinstimmen müsse: Die Bedeutung der DKP unter den revisionistischen Parteien ist auf Grund ihrer Treue zur Sowjetbourgeoisie unvergleichlich größer als ihre zahlenmäßige Stärke. Die Bedeutung in den Arbeiter- und Volkskämpfen in Westdeutschland ist meist unvergleichlich geringer als die Zahl ihrer Mitglieder. Bei vielen Aktivitäten der Partei machen diese nämlich nicht mit, zum Beispiel bleiben viele Veranstaltungen der DKP geringer besucht als es ihrer Mitgliedsstärke entspricht. Im letzten Jahr bei ihrer zentralen Vietnamdemonstration in Dortmund, an der auch die Jusos teilnahmen, waren weniger Menschen da als die DKP eingeschriebene Mitglieder hat. Manche der Mitglieder waren schon eine Woche vorher auf der Vietnamdemonstration in Bonn gewesen.

–J.S.–

„Ohne uns!"

DKP-MITGLIED FRAGT DKP

Ein DKP-Mitglied stellt hier nur einige von vielen Fragen an die DKP, die so manchen Genossen bewegen:
Hat man die alten Kampflieder vergessen – das Büxensteinlied, In Hamburg fiel der erste Schuß, das Lied vom Roten Wedding – Lieder, mit denen Genossen in den 20er und 30er Jahren in den Tod gingen?
Hat man den revolutionären Kampf des Proletariats vergessen?
Werden in den kleinbürgerlich anmutenden Mitgliedsversammlungen Kompromisse mit der SPD und der Gewerkschaftsführung gesucht?
Sieht man nicht, daß die Kapitalisten mit Hilfe der rechten SPD-Führung und ihren Helfern in der Gewerkschaft zum Angriff auf die Arbeiterklasse rüsten?
Will man nicht wissen, wer für die Inflation, für mangelndes Einkommen, Kurzarbeit und steigende Arbeitslosenziffer verantwortlich ist?
Bekämpft man den Privatkapitalismus, um an seine Stelle den staatlichen Imperialismus und Kapitalismus zu setzen?
Will man, daß das arbeitende Volk ebenso skrupellos ausgebeutet wird?
Karten auf den Tisch – Genossen!
Wenn vorstehende Fragen mit Ja beantwortet werden, dann – ohne uns!

Oskar Hinzmann,
Afferde, Lilienstr.9

»Kampf innerhalb der Bundeswehr«

KRITIK EINES LESERS

In der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 1/74 schreibt ein Leser zum "Kampf innerhalb der Bundeswehr": *"Die Leistungen, die die Bundeswehr von einem verlangt, muß man erfüllen, sonst ist es für die Vorgesetzten zu leicht, einen durch Repressionen und durch Abstempeln zum 'ewigen Querulanten' mundtot zu machen oder von den Kameraden zu isolieren."*

Ich habe mir überlegt, welche Leistungen damit gemeint sein könnten. Sind es die 'Leistungen':

- den Haarerlaß zu beachten, wenn die Kameraden immer ausgeklügeltere Methoden erfinden, um langen Haarwuchs zu vertuschen.
- in den freitäglichen Testarbeiten mit "gut" abzuschneiden, wenn viele Kameraden kein Interesse haben, die Militärlehren zu erlernen und dadurch am Samstag Nachtdienst machen müssen.
- bei der Formalausbildung besonders zackig stramm zu stehen, wenn die Kameraden gegen diese besondere Einübung des unbedingten Gehorsams den größten Widerwillen haben.
- die im Soldatengesetz festgelegte "Pflicht zur Kameradschaft" zu pflegen, die einzig und allein dazu dient, die westdeutschen Kapitalherren in ihren Kriegsvorbereitungen moralisch zu unterstützen und die Wehrpflichtigen nicht daran denken, zu Offizieren, Unteroffizieren, Z-Säuen kameradschaftlich zu sein.
- im Sport als 'leuchtendes Beispiel' zu glänzen, wenn der Sport nichts als eine weitere Ergänzung der Formalausbildung ist.

Dies sind nur einige Beispiel der "Leistungen, die die Bundeswehr von einem verlangt". Nur einige Beispiele den einen Kleinkrieg gegen die Entrechtung und Unterdrückung in der Bundeswehr führen. Gegen diese Leistungen müssen wir uns nicht nur genauso wehren wie die Kameraden, wir müssen noch mehr tun. "Nichts tun, was die militärische 'Moral' in Heer und Zivilbevölkerung fördern kann, heißt das erste Gebot für die Bekämpfung des Krieges vor und nach seinem Ausbruch." (Karl Liebknecht). Das zum einen. Zum anderen werden uns die Vorgesetzten nicht zum Querulanten abstempeln, wenn wir immer für die Interessen der Kameraden und gegen jeglichen "Fick" eintreten. Ruhig einmal ein Wochenende riskieren, wenn man dadurch erreichen kann, daß die Kameraden nicht den Kleinkrieg durchtreibener führen, sondern gemeinsam den Kampf zum Beispiel gegen den wöchentlichen Haarappell aufnehmen. Neben der intensiven Einzelagitation können wir so den Kameraden anhand der gemeinsamen Kampferfahrungen klarlegen, daß es nicht reicht, gegen Unterdrückung, politische Entrechtung und kleinliche Despotie anzugehen, sondern es gilt mit der Arbeiterklasse für die Abschaffung des stehenden Heeres, Durchführung der allgemeinen Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere zu kämpfen.

Noch eins: Die Rekruten, deren Einberufung in Kürze ansteht, sollten sich schon vor dem Stichtag mit den Wehrgesetzen, z.B. Soldatengesetz, Wehrdisziplinarordnung (WDO), Wehrbeschwerdeordnung (WBO), Vertrauensmännerwahlgesetz, Vorschriften (ZDV 11/1: "Leisätze für die Erziehung des Soldaten") auseinandersetzen, mit Soldatengenossen zusammensetzen, die euch über den täglichen Dienstablauf und die tagtägliche Unterdrückung berichten. Wenn man sich so vorbereitet, aus schon gemachten Erfahrungen lernt, werden euch die militärischen Ausbilder nicht in den ersten Tagen ins Bockshorn jagen können. Es ist günstig, wenn man den Kameraden über die zu erwartende Unterdrückung berichten kann und mit ihnen gemeinsam schon in der Grundausbildung den antimilitaristischen Kampf aufnimmt.

– R., Wiesbaden –

REUTLINGEN: Empörung gegen Berufsverbote

"Mehr Demokratie wagen", hieß es in der Regierungserklärung der Sozialliberalen Koalition. In der Tat, es ist wieder ein W a g n i s geworden, Demokrat zu sein, seitdem der Ministerpräsidentenbeschluß (der sogenannte Radikalen-Erlaß für den öffentlichen Dienst) in Kraft trat und insbesondere die verschärfte Anwendung in Baden-Württemberg durch den Erlaß des Innenministers Schieß.

Dieser Erlaß vom 2.10.73 sieht eine karteimäßige Überprüfung aller Bewerber des öffentlichen Dienstes vor. Entsprechend wurden von der Landesregierung seit Oktober 1973 bis Ende vergangenen Jahres bereits 1 470 Personen verfassungsmäßig überprüft. Im Zuge dieser Überprüfung hat die 'Stuttgarter Avantgarde' 'Erkenntnisse' über acht baden-württembergische Studienreferendare, unter ihnen das Tübinger DKP-Mitglied Harald Schwaderer und der Reutlinger Dieter Daur, der mit dem SDS sympathisiert habe und im Rahmen der neugegründeten 'Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft e.V.' auch mit maoisitischen Kommunisten zusammenarbeite.

Nachdem sich bereits die Kollegen, Schüler und deren Eltern voll hinter Schwaderer und Daur gestellt hatten, Leserbriefe und Resolutionen an die Presse schickten, haben auch andere Reutlinger Kollegen zum Beispiel des Albert-Einstein-Gymnasiums (bei 52 Anwesenden, 1 Gegenstimme, 4 Enthaltungen) sich ebenfalls per Resolution solidarisch erklärt. Am 22. Januar schließlich verabschiedeten 60 Tübinger Studienreferendare ohne Gegenstimme folgende Protestresolution, in der es unter anderem heißt: "Die Berufsverbote betreffen nicht nur die Schule, sondern der Rausschmiß von 600 aktiven Jugendvertretern und die im zweiten Schieß-Erlaß (vgl. 'Zeit' vom 19.10.73) angeordnete Bespitzelung von streikenden Arbeitern beweist, daß hier nicht nur Jagd auf Vertreter bestimmter politischer Parteien gemacht wird. Mit diesem Vorgehen soll das Recht auf freie politische Betätigung am Arbeitsplatz eingeschränkt werden. Wer aktiv geworden ist gegen die Notstandsgesetze, gegen die Unterdrückung der Völker der Dritten Welt, und wer in Ausbildung und Beruf die Interessen der Kollegen vertreten hat, läuft jetzt Gefahr, seinen Beruf nicht ausüben zu dürfen. Wir verurteilen entschieden die Berufsverbote und ihre Androhung gegenüber unseren Kollegen. Deshalb fordern wir:

- Freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!
- Weg mit dem Schieß-Erlaß und dem Ministerpräsidentenbeschluß!
- Sofortige Einstellung aller vom Berufsverbot betroffenen Kollegen!"

Um die breite Empörung der Kollegen und der Bevölkerung nicht auf die Mühlen der bürgerlichen Parteien zu lenken – so lehnt es der Kreisvorstand Tübingen der FDP bereits ab, "bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst entsprechend dem Beschluß der Landesregierung zu verfahren" (Schwäbisches Tagblatt vom 19.1.74) – müssen die Kommunisten in der Region Tübingen/Reutlingen entschlossen eingreifen und die Komitees gegen die Berufsverbote und die Bürgerinitiativen aus der legalistischen Argumentation herausbringen, so wie es auf der Vollversammlung der Tübinger Referendare bereits gelungen ist. Nur wenn es uns gelingt, die zunehmende Entrechtung und Disziplinierung im öffentlichen Dienst mit der systematischen Verschlechterung und Unterdrückung der Arbeiterklasse in Verbindung zu bringen, wird der Kampf gegen die Berufsverbote erfolgreich sein.

–J.E., Reutlingen–

Gesinnungsparagraph angewendet

ANKLAGE WEGEN VERÄCHTLICHMACHUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dortmund. Am 25.1. begann vor der politischen Sonderkammer des Landgerichts Dortmund der Prozeß gegen Bernd Dewe. Zur Anklage wird ein Flugblatt erhoben, das der ehemalige "Marxistisch-Leninistische Kampfbund Ostwestfalen" (MLKB) herausgegeben hat und für das Bernd Dewe verantwortlich zeichnet.

Der Prozeß steht in einer Reihe ähnlicher Anklagen, die gegen die presserechtlich Verantwortlichen der inzwischen aufgelösten Gruppe KPD/ML 'Rote Fahne' erhoben werden und die ein gemeinsames Ziel haben: Einschränkung der Meinungsfreiheit demokratisch gesinnter Menschen, Kriminalisierung der Kommunisten.

Der Staatsanwalt hält folgende Ausführungen des Flugblatts für strafbar: "Wessen innere Sicherheit gemeint ist, ist klar: die der Kapitalisten, die die Polizei dazu benutzen, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Diese getarnte Bürgerkriegsarmee, die mit brutalsten Mitteln gegen Streikposten und Demonstranten vorgeht, soll noch besser ausgerüstet werden, um uns noch besser zu unterdrücken."

In der Anklage heißt es:

"Bei den Ausführungen des Flugblatts wird der Wahrheit zuwider der Eindruck erweckt, als seien in der BRD nicht an Gesetz und Recht gebundene Staatsorgane – Polizei, Bundeswehr, Verfassungsschutz, BGS, Justiz – tätig und vollziehe sich staatliches Handeln der bezeichneten Institutionen nur im Auftrag der 'Kapitalistenklasse' zur brutalen Niederhaltung und Unterdrückung der 'Arbeiterklasse'. Bereits aus dieser Darstellung ergibt sich, daß die vorstehenden Institutionen verächtlich gemacht werden sollen . . ."

Am ersten Verhandlungstag versuchten Bernd Dewe und sein Anwalt dem Gericht mit mehreren Beweisanträgen klarzumachen, daß das Flugblatt nichts weiter als die wirklichen Zustände in unserem Land schildert. Eine Arbeiterin aus München sollte über den Polizeieinsatz gegen italienische Arbeiter berichten, ein türkischer Kollege von den Knüppeleien der Polizei bei Ford, Demonstranten sollten über ihre Erfahrungen von Polizeisperren auf der Autobahn berichten. Obwohl mehrere Zeugen für diese Beweisanträge anwesend waren, lehnte das Gericht es ab, sie anzuhören.

Damit zeigte das Gericht offen, worauf es hinauswill: Bernd Dewe soll nach dem Gesinnungsparagraphen 90 a wegen Verächtlichmachung der Bundesrepublik verurteilt werden, nur weil er gesagt hat, wie die Dinge bei uns aussehen. Nicht er hat sich über die Bundesrepublik und ihre Institutionen verächtlich gemacht, sondern die wirklichen Verhältnisse, die kapitalistischen Verhältnisse machen sich täglich über die Arbeiter und das breite Volk verächtlich.

Bernd Dewe droht bis zu 5 Jahren Gefängnis.

Solidarität mit Bernd Dewe! Für uneingeschränkte Meinungs- und Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse und des Volkes!

–Ortsaufbaugruppe Dortmund–

Angeklagt wegen Vietnamdiskussion



Wiesbaden. Drei Schüler stehen derzeit vor Gericht wegen Hausfriedensbruch. Sie hatten im März vergangenen Jahres an einer verbotenen Schülerversammlung in der Leibnizschule über den Angriffskrieg der US-Imperialisten in Vietnam teilgenommen und dort diskutiert. Die Versammlung wurde damals auf Veranlassung der Schulleitung von der Polizei brutal zusammengeknüppelt, die Angeklagten wurden festgenommen. Die Klassenjustiz verfolgt jetzt das Ziel, "einige zu schlagen, um alle zu treffen".

Die Schüler sollten in einem kleinen Raum abgeurteilt werden, doch der Protest von über 300 Schülern erreichte die Verlegung

Jetzt beschäftigt sich der hessische Landtag mit dem Prozeß. 60 Schüler, die die Diskussion beobachten wollten, wurden am Betreten des Landtages gehindert. Der Justizminister Hemfler (SPD) kündigte an, die Gewährung des größeren Raumes werde rückgängig gemacht.

Die bürgerlichen Kräfte in Wiesbaden versuchen derzeit, den Prozeß auszuschlachten gegen die Kommunistische Schülergruppe, die den Protest der Schüler tatkräftig unterstützt. So erklärte der Jugendamtsleiter Jörg Bourgett, der Juso-Mitglied ist: die KSG sei ein Produkt "faschistischer Fantasien frustrierter Bürger", und: KSG-Mitglieder wollten Oberbürgermeister Schmitt und Sozialdezernent Reese "aufhängen". Gegen das zynische Zusammenspiel von Klassenjustiz, Landtag und Jugendamt hat am Freitag, 1. Februar, eine Demonstration der Schüler stattgefunden.

–V, Wiesbaden / Red–

ZUM STERBEN FREIGELASSEN!

Die als Mitglied der RAF-Gruppe angeschuldigte Katharina Hammerschmidt wurde ohne ärztliche Behandlung zwei Monate gefangen gehalten, nachdem bei einer ärztlichen Untersuchung ein deutlicher Schatten auf dem Röntgenbild der Lunge festgestellt wurde. Erst als am Hals sich eine Tochtergeschwulst bildete, wurde sie aus der Haft entlassen. Inzwischen steht fest, daß sie ein bösartiges Lungengeschwulst hat, das bei ihrer Entlassung schon kindskopfgroß war. Als sie kurz vor ihrer Entlassung einen Erstickungsanfall hatte, lehnte ein leitender Anstaltsarzt eine Behandlung ab mit der Begründung: "Wir haben Anweisung, bei der Hammerschmidt wird nichts gemacht, bei der können wir nichts machen."

Nur eine frühzeitige Behandlung kann bei bösartigen Geschwüren noch Rettung für den Patienten bringen. Katharina Hammerschmidt kann nicht mehr geheilt werden. Ihr Anwalt hat gegen die verantwortlichen Justizbehörden und Ärzte Strafanzeige wegen versuchter Tötung, unterlassener Hilfeleistung und Freiheitsberaubung im Amt gestellt.

Berufsberatung durch Eltern verboten

Im Hamburg wollten es die Eltern der Schule Osdorfer Weg nicht länger tatenlos hinnehmen, daß ihre Kinder auf der Schule soviel "fürs Leben lernen", daß sie hinterher nicht wissen was sie lernen sollen und einen ungeeigneten Beruf wählen. Deshalb kritisierte der Elternrat der Schule, daß sich das Arbeitsamt bei der Berufsberatung nicht nach den Wünschen und Neigungen der Schüler richtet, sondern die Beratung nach der "Marktlage" durchführt. Darum wollten die Eltern die Beratung selbst organisieren. Alle Eltern sollten ihre Berufe angeben, und dann sollte derjenige, der zum Beispiel Schlosser ist, die Kinder, die Schlosser werden wollen, an seinen Arbeitsplatz mitnehmen und darüber informieren, was es mit diesem Beruf auf sich hat.

Das wurde vom Arbeitsamt unter Berufung auf das Arbeitsförderungsgesetz verboten, nach dem nur das Arbeitsamt Berufsberatungen durchführen darf. Die Vertreter des Arbeitsamtes erklärten, man müsse sich um die "Marktlage" kümmern, sonst wäre das "ein Verbrechen gegenüber dem Jugendlichen". Es würden nämlich sonst alle Jugendlichen Förster oder Büchsenmacher werden, weil das so "romantisch" sei.

Natürlich ist das eine dumme Ausrede. In Wirklichkeit geht es um folgendes: Wenn Eltern ihren Kindern die Wahrheit über einen Beruf zeigen wollen, dann schaltet sich der Staat deswegen ein, weil er auch hier die Aufgabe hat, die Anforderungen der Kapitalisten zu sichern. Die Arbeiter zahlen die Kasse der staatlichen Arbeitsämter, aber sie können in keiner Hinsicht über die Arbeitsämter bestimmen. Das wird erst anders, wenn die Forderung aus dem Programm des KBW durchgesetzt ist: **Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden!**

–H.K., Ortsgruppe Hamburg–

SPITZEL GESUCHT

Emden. Am 21.1.74 verteilten Genossen der Kommunistischen Schüler Gruppe Emden / Aufbaukollektiv vor den Emder Schulen ein Flugblatt, in dem zur Teilnahme an der zentralen Demonstration in Bonn gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen der Schüler und Studenten unter den Forderungen des Studentenverbands der Ingenieurschulen (SVI) aufgerufen wurde.

Einige Tage später fragte die Kriminalpolizei beim Rektor der Fachhochschule Ostfriesland–Emden an, ob er den Namen eines "vertrauenswürdigen" Studenten angeben könnte, der sich als Spitzel in die KSG einschleusen ließe. Der Rektor verneinte dies und teilte den Vorfall den Dozenten und Studenten der Fachhochschule mit.

–KSG Emden / Aufbaukollektiv

SPENDENLISTE VOM 20.1. BIS ZUM 1.2.1974

Sympathisanten des KBW aus Singen, Konstanz, Friedrichshafen	70,– DM
Chr.D., Lauterberg	60,– DM
Verteiler Druckindustrie, Ortsgr. Bremen	185,– DM
Drucker, Ortsgr. Heidelberg	60,– DM
Spendensammlung Polibula, Göttingen	540,– DM
Sympathisanten des KBW, Frankenthal	400,– DM
KSB Paderborn	100,– DM
Spendensammlung Buchladen Rupp-Grunow Heidelberg	85,– DM
KHG Zelle Soz/Jur Mannheim	240,– DM
C.St., Dortmund	70,– DM
H.B., Freiburg	100,– DM
H.O., Kiel	100,– DM
Verlag J. Sendler (Gen. aus) Heidelberg	150,– DM
Spendensammlung Buch Braunschweig	576,51 DM
H.-M. B., Siegen	100,– DM
Si.H., Bremen	50,– DM
Genossen aus Göttingen	100,– DM
M.Kö., Bielefeld	100,– DM
Spende von Genossin aus Bremen im Wert von	3 000,– DM

Wohnungselend im Kapitalismus

SPEKULATION UND MIETWUCHER AN DER TAGESORDNUNG/DER AUFRUHR IST GERECHT

Vor einigen Wochen konnte man in den Zeitungen lesen, daß in diesem Jahr der Bestand an Wohnungen die Anzahl der privaten Haushalte, also der Alleinstehenden und Familien, erreichen könnte, wenn die Bautätigkeit so weiter ginge. Doch schon geht die Bautätigkeit nicht so weiter, bevor erreicht ist, was eigentlich selbstverständlich erscheint: daß jeder Mensch anständig wohnen kann. Und obwohl also noch weniger Wohnungen als Haushalte existieren, geschweige denn alles menschenwürdige Wohnungen, konnte man weiter in den Zeitungen lesen, daß gegenwärtig ungefähr 90 000 Wohnungen in der Bundesrepublik leerstehen. Sie stehen leer, weil sich kein Käufer findet, der den Preis, kein Mieter, der die Miete bezahlen könnte

Nach der Statistik kommen im Durchschnitt auf zwei Personen fast drei Räume und jede Person verfügt im Durchschnitt über 24 Quadratmeter Wohnfläche. Liest man jedoch weiter in der Statistik, so stellt man fest, daß da die Küchen mitgezählt sind. Und überlegt man, welch verschiedene Wohnverhältnisse in diesen Durchschnittszahlen zusammengefaßt sind, so bekommt man erst das richtige Bild; denn in diesen Durchschnittszahlen steckt der alleinstehende Rentner, der nur in einer Küche wohnt, die Arbeiterfamilie mit drei Kindern in der engen Dreizimmerwohnung und auf der anderen Seite der Kapitalist mit der Zimmerflucht seiner Vorortvilla und seinen die meiste Zeit leerstehenden Zweit- und Ferienhäusern.

SPEKULATION UND MIETWUCHER

Zwei Drittel der westdeutschen Bevölkerung lebt in Mietwohnungen, also die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen; und die wenigen, die sich ein Häuschen bauen konnten, haben dies nur unter oft unmenschlichen Opfern und Überstundenschinderei geschafft und müssen sich ein Leben lang strecken, um die Hypothekenschulden an die Hyänen und Geier des Bankkapitals zu zahlen. Die überwiegende Mehrheit, die in Mietwohnungen wohnt, muß dafür zwischen 10 und 40 % des Lohnes monatlich an den Hausbesitzer abführen. Im Normalfall muß der Lohnabhängige in der kapitalistischen Gesellschaft dafür, daß er eine Wohnung braucht, teuer bezahlen; Spekulation und Wucher bestimmen diesen Normalfall.

Vor allem in den großen Industriestädten entfaltet sich die kapitalistische Sumpfblüte der Bodenspekulation, fallen ganze Wohngebiete in den Besitz von Spekulanten, werden abgerissen, um riesigen profitableren Bürohochhäusern zu weichen. Auf dem Boden der großen Spekulation wächst der kleine und der große Mietwucher, der aus der Knappheit an Wohnraum sein Geschäft macht. In Frankfurt, und das ist ein Beispiel für viele Städte, fällt nach dem Westend, das fast gänzlich im Besitz von Spekulanten ist, nun das Nordend der gleichen Spekulation zum Opfer. In dem kleinbürgerlich-proletarischen Althausviertel steigen die Mieten von 2,30 DM je Quadratmeter auf bis zu 15 DM in Häusern, die kaum mit der notdürftigsten Installation versehen sind. Vor allem ausländische Arbeiter sind die ersten Opfer des Wuchers.

DER STAAT SCHÜTZT UND FÖRDERT DIE SPEKULANTEN

Wo sich Mietervereinigungen demokratisch zusammenschließen, um sich gegen den Wucher gemeinsam zu verteidigen, wo Gruppen von Wohnungslosen leerstehende, guterhaltene aber zum Abriß bestimmte Häuser besetzen, erscheint die Staatsmacht als Schützer der Spekulanten und Mietwucherer. Sie verteidigt das Recht auf Eigentum und vor allem das Recht der Kapitalisten, mit ihrem Eigentum zu machen, was sie für profitabel befinden. Polizisten überfallen schlafende Bewohner von besetzten leerstehenden Häusern, vertreiben sie und bewachen die Söldnerarbeit von Abreißtrupps, die Treppenhäuser einreißen und Fenster- und Türöffnungen zunageln, um das guterhaltene Spekulationsgebäude unbewohnbar zu machen. Stadtbürokratie und Landesregierung sind selbst an der Spekulation in den Städten beteiligt. Als die KUHN-Baugesellschaft Pleite ging und in ihrem Gefolge eine Bank Konkurs machte, kam zugleich heraus, daß das Land Nordrhein-Westfalen mit riesigen Beträgen die Spekulationsgeschäfte genährt hatte. In Heidelberg ließ die Landesregierung ein Wohnhaus im Stadtinnern von einem Abreißtrupp unbewohnbar machen, weil dort ein Parkhaus entstehen soll. Das Haus gehört dem Land Baden-Württemberg.

Das sind nur Beispiele, denn in allen städtischen Großprojekten, bei denen große Wohnviertel noch größeren Geschäftszentren weichen müssen, haben Stadt- und Länderbürokratie ihre Finger und Millionenbeträge an Steuergeldern mit im Geschäft. Korruption und Bestechung mit Steuergeldern sind nur die Nebenseiten dieses Sumpfes, wie jüngst beim Konkurs des Westberliner Steglitzer Kreisels zum Vorschein kam. Hier finanzierte die Stadtbürokratie das Millionengeschäft einer betrügerischen Architektin und den Konkurs dazu.

Über den übelsten Auswüchsen der Spekulation und des Wuchers darf die legale staatliche Förderung des Geschäfts mit der Wohnungsnot nicht aus dem Blick geraten: Besonders Steuerabschreibungsmöglichkeiten, die es Großkapitalisten bei Bauvorhaben in Berlin ermöglichen, bis zum dreifachen des Betrags Steuern zu sparen für eine Baubeteiligung, die ebenfalls nochmal Profit abwirft. Und vor allem der sogenannte Soziale Wohnungsbau, der vor allem großen Baugesellschaften gewaltige Steuermittel zur Verfügung stellt zum Bau von "Sozialwohnungen", die ihrem Eigentümer garantierte Profite bringen. Die sogenannten "Sozialmieten" reichen inzwischen an die hohen Durchschnittsmieten des freien Marktes. Gewaltige Mieterhöhungen in Sozialwohnungen sind an der Tagesordnung. Die sogenannten Nebenkosten machen in vielen Fällen fast soviel aus wie die "soziale" Grundmiete.

Durch den staatlich geförderten "sozialen Wohnungsbau" sind Baugesellschaften wie die gewerkschaftseigene "Neue Heimat" hochgekommen. Sie ist inzwischen die größte Baugesellschaft der Welt und investiert längst nicht mehr nur in den Bau von Sozialwohnungen, sondern auch in Brasilien oder Israel. In Düsseldorf baute sie das Hilton Hotel, ein Kongreßzentrum in Monte Carlo, Luxus-Eigentumswohnungen an der Cote d'azur, um nur Beispiele zu nennen.

DER AUFRUHR IST GERECHT

Die Krise des Kapitalismus fördert Wucher und Spekulation auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt. Wo das Geschäft mit der Ausbeutung in die Krise kommt durch die Verschärfung der internationalen Konkurrenz und die Überproduktion, da flieht das Kapital in die "Sachwerte", wie es so schön heißt, in Boden- und Wohnungseigentum, das auch in schlechten Zeiten das Geschäft mit der Wohnungsnot erlaubt. Bei sinkendem Reallohn wächst zugleich die Ausplünderung durch die Wohnungskapitalisten. In vielen Städten haben sich Mieterinitiativen zusammngeschlossen, um sich gegen den Wucher zu wehren.

Gruppen von Wohnungslosen haben seit Jahren leerstehendeHäuser besetzt, um sich die Wohnung zu nehmen, die ihnen die kapitalistische Gesellschaft versagt. Jugendliche haben leerstehende Häuser besetzt, um sich einen Raum zu erkämpfen, in dem sie, ohne Opfer des Freizeitnepps werden zu müssen, ihr Jugendzentrum aufbauen können. Eine Lösung der Wohnungsfrage, eine Garantie menschenwürdiger Wohnungen zu erschwinglichen Preisen, kann es im Kapitalismus jedoch nicht geben. Der kapitalistische Staat verteidigt das Privatkapital, und wo er selbst Wohnungen besitzt, betreibt er das Wohnungsgeschäft wie alle Kapitalisten. Die Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden und allen kapitalistisch betriebenen Wohnungseigentums ist nur möglich, wenn der kapitalistische Staat, der dieses Eigentum schützt, zerschlagen ist und durch die Errichtung der proletarischen Staatsmacht das Volk von den kapitalistischen Blutsaugern befreit werden kann. Die Kommunisten unterstützen jede Revolte gegen das Kapital und seine Staatsmacht und zeigen in jedem Kampf, in dem Teile des Volkes um ihre Lebensrechte kämpfen, den einzigen Weg für diesen Kampf - den Kampf für den Sieg des Sozialismus.

–bb–



1 000 Menschen demonstrierten in Heidelberg gegen den Terrorüberfall und die Wohnraumzerstörung.

Wohnraumzerstörung

RENOVIERTES HAUS VON 200 POLIZISTEN WIEDER UNBEWOHNBAR GEMACHT

Heidelberg. Am 23. Januar, morgens um 5 Uhr, drang Polizei in ein Haus in der Heidelberger Altstadt ein, um es unbewohnbar zu machen. Zwei Hundertschaften Bereitschaftspolizei riegelten die umliegenden Straßen ab, ein Polizeitrupp schlug mit Äxten die Tür ein und zertrümmerte die Heizkörper, eine Baufirma riß das Treppenhaus ein, hängte Türen und Fenster aus und vernagelte die Läden. Eine Frauengruppe hatte das Haus kurz vorher besetzt, nachdem es ein Jahr zuvor erst für 12 000 DM renoviert worden war und seitdem leerstand.

Den Zweck des von der Landesregierung angeordneten Polizeieinsatzes nannte Regierungschef Filbinger: "Wir werden es nicht zulassen, daß es in irgendeiner Stadt in Baden-Württemberg zu Frankfurter Verhältnissen kommt." (Stuttgarter Zeitung, 24.1.74)

Frankfurter Verhältnisse, das ist der berechtigte Kampf vieler Menschen gegen die planmäßige Zerstörung von Wohnraum durch Häuserspekulanten und kapitalistische Stadtsanierung auf dem Rücken der Bevölkerung. Auch das jetzt zerstörte Haus in Heidelberg soll einem Parkhaus weichen, so will es die von SPD-Oberbürgermeister Zundel und dem Stadtrat betriebene Umwandlung der Altstadt in ein Einkaufs-, Geschäfts- und Vergnügungszentrum. Der brutale Polizeieinsatz hat diese Politik noch deutlicher gemacht und den Widerstand dagegen in der Bevölkerung verbreitert und gestärkt. Am Nachmittag demonstrierten über 1 000 Menschen in der Stadt unter Losungen wie "Raus mit der Polizeitruppe!", "Schluß mit dem Umbau der Altstadt auf dem Rücken der Bevölkerung!" und "Weg mit Zundel und den ganzen bürgerlichen Handlangern der Kapitalistenklasse im Rathaus!". Im Lauf der Demonstration wurde kurz ein anderes lange leerstehendes Haus besetzt und die vorbeiführende Straße blockiert, um auf ein weiteres Beispiel der volksfeindlichen Stadtpolitik hinzuweisen. Sofort trat ein großes Polizeiaufgebot auf den Plan und knüppelte wild auf die Demonstrierenden ein. Viele Menschen empörten sich über dieses brutale Vorgehen, weil sie sehr gut die Ziele der Demonstration verstanden. Auch bei der abschließenden Kundgebung auf dem Rathausplatz umstellte Polizei das Rathaus, um die "Volksvertreter" vor der Bevölkerung zu schützen. So wenig vertrauen die Machthaber im Rathaus darauf, ihre Politik gegen das Volk auch ohne die Waffen der Polizei durchsetzen zu können.

– G.D., Heidelberg –



Die Polizei schlägt mit der Axt die Tür ein.

Luftverpester Dow Chemical

STADE: STADT HÄLT DOWE–ANLAGEN FÜR DIE SICHERSTEN DER WELT

In Bützfleeth bei Stade, einer Kleinstadt an der Elbe, verseucht die Dow Chemical, die Napalm und Chlor herstellt, seit einem Jahr mit hochgiftigen Gasen die Luft. Häufig mußte bereits der Schiffsverkehr auf der Elbe eingestellt werden. Der zuständige Sicherheitsingenieur Wietfeld gab offen zu, daß "niemand ... abschätzen (kann), was da in den nächsten Jahren passiert".

Zu verhindern, daß etwas passiert, daran haben die Dow-Chemical Kapitalisten nicht das geringste Interesse. Ihr Geschäftsführer erklärte: "Wir haben den Fortschritt gebracht und wollen in aller Ruhe Geld verdienen. Das alles sind doch nur Anfangsschwierigkeiten."

Für die Bevölkerung von Bützfleeth, deren Häuser bis zu 200 m an das Werk heranreichen, aber bringt dieser "Fortschritt" unerträgliche Lebensbedingungen: Die ausströmenden Chlorgase verursachen Augenbrennen, Halsschmerzen und Brechreiz. Selbst der niedersächsische Minister für Industrie und Siedlungen, Hardegen, stellte fest: "Ein sicheres und gesundes Wohnen ist für die Zukunft nicht gewährleistet." Bei dieser Feststellung blieb es. Mehr hörte die Bevölkerung von "ihrer" Landesregierung, die den Dow-Kapitalisten das ganze Grundstück kostenlos in den Rachen geschoben hatte. Dow Chemical kann ungehindert weiter produzieren und Chlorgas in großen Mengen freisetzen.

Die Stader Stadtverwaltung verteilte jetzt Merkblätter mit Schutzbestimmungen an die Bevölkerung. Darin heißt es, daß künftig bei größeren Gasausbrüchen mit Luftschutzsirenen Alarm gegeben werden soll. Bei einem solchen "Ernstfall" sollen sich dann die Menschen mit einem feuchten Tuch vor dem Mund "quer zur Windrichtung vom Gasausbruch entfernen". Weiter teilte die Stadtverwaltung mit: "Wir hielten nach den uns gegebenen Informationen die Dow-Anlagen für die sichersten der Welt." Daß dies bloß eine Lüge ist, um die unruhige Bevölkerung zu besänftigen, beweist ein geheimer Alarmplan, den die Stadt mit der Konzernverwaltung vereinbarte: Danach soll im Katastrophenfall sofort über ein "rotes Telefon" die Verbindung aufgenommen werden und Feuerwehr, Polizei, technisches Hilfswerk und Krankenhäuser mobilisiert werden. Es ist also klar, daß die Stadtverwaltung mit schweren Unglücken rechnet.

–H.K., Ortsgruppe Hamburg–

Leere Wohnung einfach zugemauert

WESTFÄLISCHE WOHNSTÄTTEN AG LÄSST ALTE ZECHENKOLONIE VERFALLEN

Dortmund. Die Bewohner der "Alten Zechenkolonie" in Eving (Dortmund) sind empört: Handwerker haben im Auftrag der Westfälischen Wohnstätten AG (WWAG) einfach die Erdgeschoßwohnung an der Schenkendorfstraße 8 zugemauert. Die Bewohnerin Witwe' Spittau war in ein Altenheim umgezogen und ihre Söhne hatten bis zum Monatsende gekündigt. Die Möbel blieben noch in dem Haus. Nur mit Mühe konnten die Brüder Spittau die Handwerker davon überzeugen, nicht auch die Tür zuzumauern. Die Handwerker erklärten, sie hätten den Auftrag, in der Schenkenhofstraße ohne Angabe von Hausnummern **alle leeren Wohnungen zuzumauern.**

Schon seit mehreren Monaten fragen sich die Bewohner der "Alten Zechenkolonie", was die WWAG und die Stadt mit ihrer Siedlung eigentlich vorhaben. Viele wohnen hier schon in der dritten Generation. Und nun wird vor ihren Augen die Siedlung zerstört: Bäume werden gefällt, Hecken abgerissen und leerwerdende Häuser sofort zugemauert.

Es wird von Sanierungsplänen gemunkelt, die bereits vorliegen sollen. Die meisten wissen, was "Sanierung" für sie bedeutet: Umzug in teuere Wohnungen, Wohnen in einer Beton- und Steinwüste, wo kaum ein Baum steht, weg von den Bekannten und Arbeiteskollegen, mit denen man seit Jahrzehnten zusammengelebt hat. Längere Anfahrtswege zum Arbeitsplatz, die keiner bezahlt.

Die Bewohner der "Alten Zechenkolonie" müssen sich gegen diese kapitalistischen Sanierungspläne zur Wehr setzen und Rechenschaft für die Maßnahmen der Stadt und der WWAG fordern!

Für den 7. Februar ist im Vereinshaus St. Barbara eine Versammlung angesetzt.

Der "Arbeitskreis Alte Kolonie" hat dazu den Betriebsrat von 'Minister Stein', Vertreter der Stadt, der WWAG, der bürgerlichen Parteien und den Bürgermeister eingeladen.

Wir fordern dazu:

Offenlegung aller Sanierungspläne!
Erhaltung und Renovierung der Alten Zechenkolonie!
Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter.

–Bergbauzelle Dortmund–

Trabantenstadt für 70 000

HAMBURGER BÜRGERSCHAFTSWAHLKAMPF UND DIE SPEKULATION / GROSSZÜGIGES GESCHENK DES SPD – SENATS AN DIE NEUE HEIMAT

Hamburg. Bis 1985 soll außerhalb Hamburgs bei den Dörfern Billwerder und Allermöhe eine Trabantenstadt für ca. 70 000 Einwohner am Stadtrand gebaut werden.

In der Innenstadt sind die Bodenspekulationsgeschäfte ungeheuer groß. Vor kurzem wurde ein ganzer Straßenzug für ca. 5 000 DM pro Quadratmeter aufgekauft. Die Wohngebiete werden an den Stadtrand gedrängt. Jetzt soll in Hamburg mit dieser neuen Trabantenstadt das große Spekulations- und Baugeschäft anlaufen.

Zu diesen Spekulationsgeschäften gehört eine detaillierte Kenntnis interner Planungsvorhaben der Gemeinden, "deren Kenntnis sich nicht selten am Rande der Legalität bewegt" (Handelsblatt vom 13.10.69). Die Schreiberlinge des Kapitalistenblatts drücken vornehm aus, was offenes Geheimnis ist: Spekulation und Korruption gehören zusammen.

Völlig "legal" im Sinne des bürgerlichen Rechts ist dagegen das gemeinsame Geschäft von SPD-Senat und Neue Heimat mit Billwerder–Allermöhe. Die Stadt Hamburg verkauft das ihr gehörende Gebiet von weit über 1 000 Hektar zum "landwirtschaftlichen Nutzwert" an die Neue Heimat. Dieser Nutzwert wird äußerst gering veranschlagt, da die Gegend von Billwerder–Allermöhe feucht und sumpfig ist. Um diesen Nachteil für die Neue Heimat auszugleichen, legt der Hamburger Senat noch zwei Milliarden Mark aus dem allgemeinen Steueraufkommen für Erschließungskosten drauf. Aus den Spekulationsgewinnen mit erschlossenen Gebieten soll der Bau von Wohnungen finanziert werden. Die Neue Heimat streicht dann die Mieten ein, von denen jetzt schon feststeht, daß sie gesalzen sein werden.

Das großzügige Geschenk des SPD-Senats an die Neue Heimat auf Kosten der Steuerzahler verwundert dann nicht, wenn man die enge Verfilzung von SPD-Führung und Neue Heimat kennt. Owald Paulig, Chef der SPD-Bürgerschaftsfraktion, und sein Parteifreund Exbürgermeister Weichmann sitzen im Beirat der Neuen Heimat. Adalbert Höhne, Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist Geschäftsführer der "Neuen Heimat Nord". Der ehemalige Innensenator Ruhnau, den Hamburgern noch gut bekannt durch die Prügelaktionen seiner Polizei gegen Hausbesetzer und Mieter in Hamburg–Hohenfelde, die den Abbruch guterhaltener Häuser durch die Neue Heimat verhindern wollten, ist Aufsichtsratsmitglied der Neuen Heimat. Ihre fetten Bezüge werden ihnen das Geschäft Billwerder-Allermöhe schmackhaft gemacht haben.

So groß die Spekulationsgewinne sind, so sehr wird man sparen, wo man kann. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Neue Heimat und der Senat bei Billwerder–Allermöhe allenthalben sparen. Architekten kritisieren, daß die Neue Heimat in internen Überlegungen aus den geplanten Grachten, die die Stadt durchziehen sollen, bereits Entwässerungsgräben macht, und sie weisen auf die bekannte Praxis der Neuen Heimat hin, Sozialeinrichtungen in ihren Projekten rigoros zu streichen. Das nicht zu übersehende Anzeichen dafür, daß bei Billwerder–Allermöhe trotz aller Beteuerungen nichts anderes herauskommen wird als ein neues Märkisches Viertel, ist der Plan des Neue-Heimat-Vorstandsmitgliedes Wolfgang Vormbrock. Führend an der Planung von Billwerder–Allermöhe beteiligt, schlägt er vor, dort "eine Art Bürgerpolizei" einzurichten, die "über Walkie-Talkies Verbindung mit der örtlichen Polizeistation" zu halten habe (Frankfurter Rundschau, 2.1.74). Diese Profithyänen erwarten den Widerstand der Bevölkerung gegen die Einpferchung in Arbeitskräfte-Aufbewahrsilos und rüsten sich dementsprechend.

Jetzt im Bürgerschaftswahlkampf versuchen die SPD-Führer die Flucht nach vorne anzutreten. Billwerder–Allermöhe wird als Wahlschlager verkauft. Aber auch wenn die Werbestrategen angewiesen sind, "vorrangig" die "Sicherstellung eines positiven Erstimages" für Billwerder–Allermöhe zu betreiben, gelingt es ihnen schwer, ihre Geschäftemacherei als Vertretung der Volksinteressen auszugeben. Gerade die nicht zu verbergende Verfilzung von SPD und Neue Heimat und die Erfahrungen mit ihren Wohnungsgeschäften werden in diesem Bürgerschaftswahlkampf dazu beitragen, den Forderungen des Programms der Kommunisten Durchschlagskraft zu verleihen:

Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter! Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt.

–TOM, Hamburg–

Nachweise gefordert

MIETERINITIATIVE IN BREMEN BESCHLIESST KAMPFMASSNAHMEN

Die Wohnungsmieter eines Wohn- und Geschäftshauses in Bremen haben sich zu einer Mieterinitiative zusammengeschlossen. Dies wurde notwendig, um für die gemeinsamen Forderungen gegen die Vermieterin und den Hauseigentümer den Kampf aufzunehmen.

Die Forderungen der sieben Mietparteien sind im wesentlichen:

- Vorlage der Belege über die von den Mietern zu zahlenden Nebenkosten (Wasser, Treppenhausbeleuchtung usw.) und Bezahlung nur der tatsächlichen Kosten.
- Auswahl der jeweils preisgünstigsten Dienstleistung (Öllieferungen, Brennerwartung etc.) durch Kostenvoranschläge, da die Mieter "nicht länger bereit sind, den Preis für irgendwelche Dienste oder Lieferungen irgendwelcher profithungriger Kapitalisten zu bezahlen."
- Beseitigung der in den Wohnungen vorhandenen Mängel, um ein einigermaßen erträgliches Wohnen herzustellen. Manche Mieter versuchen schon seit Jahren, die Beseitigung der Mängel durch die Hausbesitzer zu erreichen.

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen haben die Mieter verschiedene Kampfmaßnahmen beschlossen. So die Einbehaltung der Nebenkosten bis zu einer Klärung dieser Frage in ihrem Sinne. Ferner wurde ein Sprecher gewählt, der auf Basis der Beschlüsse der Mieterinitiative die Verhandlungen mit den Hausbesitzern führen soll. Allgemein stellt die Initiative in ihrem Schreiben an die Vermieter fest:

"Überhaupt sind wir der Meinung, daß es nicht Ihr Hauptinteresse ist, daß wir in guten und billigen Wohnungen wohnen, sondern daß Sie bestrebt sind, jeden nur möglichen Profit durch die Vermietung der Wohnungen an uns zu erzielen, wozu Ihnen offenbar jedes Mittel recht ist."

Es kommt nun darauf an, entgegen allen Spaltungs- und Einschüchterungsversuchen durch die Hausbesitzer den Kampf bis zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen beharrlich fortzuführen!

–B.K., Bremen–

Besetzer vertrieben

Darmstadt. Ende 1971 besetzten Studenten und Lehrlinge das seit Jahren leerstehende Hotel Traube. Daraufhin wurden den Besetzern im zweiten und vierten Stock des Hauses Räume vermietet. Der Rest wurde geräumt. Im Dezember 1973 kündigte die Stadt die 6 Zimmer im zweiten Stock, mit der fadenscheinigen Begründung, daß diese Räume von der Stadt benötigt würden.

Am 18. Januar 1974 besetzten daraufhin Lehrlinge, Schüler und Studenten die noch leerstehenden Räume im Seitentrakt des ehemaligen Hotel Traube am Luisenplatz. Die Aktion richtete sich gegen die katastrophale Wohnraumnot in Darmstadt. Einige Tage später (am 21. Januar) ließ der Magistrat mit einem massiven Aufgebot von ca. 200 Polizisten das Haus räumen.

Fragen des Gesundheitswesens

FORDERUNGEN VOM STANDPUNKT DER ARBEITERKLASSE AUS ENTWICKELN/ ZUM KONGRESS DER GRUPPE ROTE FAHNE (KPD) IN WESTBERLIN

Unter dem Motto "Für eine ausreichende medizinische Versorgung" wurde am 19./20. Januar in Westberlin ein Kongreß veranstaltet – initiiert von der Gruppe Rote Fahne / KPD. Tausend bis tausendzweihundert Menschen nahmen an dem Kongreß teil. Die meisten kamen aus Westberlin. Die Teilnehmer waren etwa zu einer Hälfte Studenten und zur anderen Ärzte, Schwestern und andere Werktätige des Gesundheitswesens. Etwa 50 Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und befreundeter Organisationen beteiligten sich an dem Kongreß. Während dieser zwei Tage wurde eine scharfe Auseinandersetzung geführt über die richtige Linie im Kampf um die Verbesserung der miserablen gesundheitlichen Lage der Arbeiterklasse und des Volkes; es war eine Auseinandersetzung über die richtige Linie des Kampfes um Reformen im Kapitalismus. Bei diesen Debatten zeigte sich, die Gruppe Rote Fahne / KPD hat keine Klarheit über Charakter, Ziel und Stoßrichtung der Fragen des Gesundheitswesens. Sie bleibt ganz an der Oberfläche der Erscheinungen kleben, bleibt bei der moralischen Empörung stehen und speist daraus ihre ganze Politik.

– Bei der Hauptlosung "Für eine *ausreichende* medizinische Versorgung der Werktätigen" wird sich jeder etwas anderes vorstellen. Der Kapitalist wird das äußerste Minimum für "ausreichend" halten, die Arbeiterklasse und das Volk aber werden an eine umfassende Versorgung denken. So wirft diese Losung alles in einen Topf, vereint Ausbeuter und Ausgebeutete. Sie verschweigt, daß es eine ausreichende medizinische Versorgung im Kapitalismus für die Arbeiterklasse und das Volk nicht geben kann. Diese Losung ist gänzlich ungeeignet zur Herstellung der Einheit der Massen im Kampf und schädlich.

Worum geht es bei den Fragen des Gesundheitswesens im Kapitalismus? Wenn die Arbeiter und die übrigen Lohnabhängigen krank werden und keinen Lohn mehr erhalten, müssen sie die Möglichkeit haben, weiter zu leben und ihre Gesundheit soweit wieder herstellen zu lassen, daß sie ihre Arbeitskraft aufs neue wieder verkaufen können. Im Kapitalismus muß es darum gehen, die Ware Arbeitskraft, die die einzige Ware ist, die der Arbeiter zu Markte tragen kann, dem Arbeiter zu erhalten. Bevor die Arbeitskraft aufgehört hat, eine Ware zu sein, kann es für die Arbeiter auch nicht um mehr gehen. Die Kernfrage des Gesundheitswesens ist daher die Versicherungsfrage, der Kampf für eine Versicherung, die dem Arbeiter gewährleistet, daß seine Ware Arbeitskraft im Falle von Krankheit wieder hergestellt wird. So ist das eben im Kapitalismus und wir haben keinen Grund, das zu beschönigen. Der Arbeiter und die übrigen Lohnabhängigen müssen versichert sein, weil sie nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, sie aber im Falle von Krankheit gar nichts verkaufen können.

Wenn das so ist, dann ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Versicherung nicht in der Hand der Kapitalisten ist, damit die Kapitalisten nicht schon, bevor der Arbeiter krank ist, ihn mit Hilfe der Furcht vor Krankheit erpressen können. Damit die Krankenkasse nicht in der Hand der Kapitalisten ist, muß sie von der Arbeiterklasse und den übrigen Lohnabhängigen selbst verwaltet werden, müssen proletarische und nicht bürgerliche Vertreter der Arbeiterklasse sie verwalten und muß sie über das Gesundheitswesen verfügen können. Dies müssen die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen erkämpfen und der Bourgeoisie als staatliche Zwangsgesetze abtrotzen. Daher hat der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm die Forderung

- "Einheitliche Versicherung für alle Lohnabhängigen!
- Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird!"

Das alles wird am Klassencharakter des Gesundheitswesens nichts ändern: dem kranken Arbeiter wird seine Arbeitskraft wieder hergestellt werden, und der Kapitalist wird behandelt, um, wieder als Kapitalist zu fungieren.

Bei den Fragen des Gesundheitswesens handelt es sich um schlichte Arbeiterschutzforderungen, die die Arbeiterklasse für *sich* stellt (und nicht für *alle*), um den einzelnen Arbeiter im Rahmen einer Versicherung wieder herstellen zu lassen für die Lohnarbeit und um diese Versicherung nicht zu einer Waffe der Bourgeoisie werden zu lassen im Klassenkampf.

Bei allen Arbeiterschutzforderungen geht es nicht darum, innerhalb des Kapitalismus "erträgliche" Zustände herzustellen, sondern darum, die Kampfstärke der Arbeiterklasse zu heben, um die unerträglichen Zustände abzuschaffen, die soziale Revolution durchführen zu können und zu diesem Zweck die politische Macht zu erobern. Daher wird im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland festgestellt: "Die westdeutschen Kommunisten, die den Kampf um die soziale Revolution führen, lehnen den Kampf um Reformen nicht ab und unterstützen alle Bewegungen, die diesen Kampf aufnehmen. Sie kämpfen aber nur für eine solche Besserung der Lage der Arbeiterklasse, die ihre Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöht. Sie lehnen daher entschieden alle jenen Reformpläne ab, die auf Förderung der Zusammenarbeit mit den Ausbeutern oder auf eine Erweiterung der polizeilich-bürokratischen Bevormundung der werktätigen Klasse hinauslaufen."

Deshalb muß jede Arbeiterschutzforderung als Klassenforderung behandelt werden, in der sich grundsätzlich zwei Linien schroff gegenüberstehen. Die Linie, die jede Reform in eine neue Kette der Arbeiterklasse verwandelt, und die Linie, die jede Reform zur Eroberung der politischen Macht benutzt.

Eben darin besteht die Schädlichkeit der reformistische Pferdefuß der Gruppe Rote Fahne / KPD: Mit der Forderung nach staatlichen Polikliniken als Alternative zur Monopolstellung der niedergelassenen Ärzte verkommt **die Gruppe Rote Fahne / KPD zum Wasserträger der Bourgeoisie.** Versucht der bürgerliche Staat doch gerade in letzter Zeit verstärkt, sich einen zentralen Zugriff auf das Gesundheitswesen zu verschaffen zur Durchsetzung seiner Sparpolitik auf Kosten der Gesundheitsversorgung der Lohnabhängigen und aufdem Rücken der Werktätigen im Gesundheitswesen. Die Verstaatlichungsforderung macht die Massen zum Objekt des bürgerlichen Staates, anstatt ihre Selbständigkeit kühn zu fördern.

In der Stoßrichtung des Kampfes um das Gesundheitswesen verfällt die Gruppe Rote Fahne / KPD ganz der oberflächlichen Erscheinung: den Hauptgegner sieht sie in den niedergelassenen Ärzten. Angeblich ergibt sich das daraus, daß diese aus der Krankheit der Massen ein Geschäft machen. Zweifellos stellen die Niedergelassenen und ihre archaische Arbeitsorganisation einen Hemmschuh dar für die Entwicklung des Gesundheitswesens. Sie vertreten aber keine selbständigen Interessen, sondern fungieren als Agenten der Bourgeoisie, der bürgerlichen Klassenmedizin. Und das heißt, der ärgste Feind der Arbeiterklasse ist auch hier die Bourgeoisie selbst: der Hauptstoß muß gegen ihren geschäftsführenden Ausschuß, den bürgerlichen Staat, gerichtet werden.

Die grundverschiedene Herangehensweise an die Fragen des Klassenkampfes von uns und der Gruppe Rote Fahne / KPD zeigte sich auch an dem Beispiel des "Bethanienkampfes" und der daran entwickelten Linie und Politik. Die Gruppe Rote Fahne / KPD hatte angesichts eines für Zwecke des Gesundheitswesens geeigneten und seit Jahren leerstehenden Gebäudes im Berliner Arbeiterviertel Kreuzberg die Forderung nach einer Kinderpoliklinik aufgestellt, dazu ein "Kampfkomitee" gebildet und eine größere Kampagne geführt. Inzwischen hat ihre reformistische Linie und das Sektierertum ihrer Politik zu einer Stagnation dieser Bewegung geführt. Durch den Kongreß versprach sie sich eine Neubelebung. Der Kongreß sollte ihr als Plattform dienen und die soziale Basis verschaffen zur massenhaften Bildung von analogen Komitees in der ganzen BRD auf eben der Linie und mit eben der Politik, die in Bethanien Schiffbruch erlitten hat. Der hauptsächliche Fehler besteht dabei darin: Einen **besonderen** Kampf in einer speziellen Situation zur generellen Linie zu verallgemeinern. So werden immer nur Kleinbürger mit ihrem beschränkten Horizont vorgehen. Die Arbeiterklasse aber muß ihr Eingreifen in die besonderen Kämpfe immer von ihrer **allgemeinen** Linie, von ihrem Kampfprogramm für den Sturz der Ausbeuterordnung her bestimmen. Sie wird die besonderen Kämpfe unterstützen und dabei von der proletarischen Linie ausgehen, auf der die ganze Klasse im Kampf zusammengeschlossen werden kann. In der Bewegung um dieKinderpoliklinik in Bethanien müssen die Forderungen der Klasse hineingetragen, und, solange die Eingliederung des Gesundheitswesens unter die Kontrolle der Kassen nicht gegeben ist, die Kontrolle durch die Bevölkerung des Stadtviertel propagiert und der Kampf darum durch das Komitee organisiert werden. Das Komitee kann dabei nur ein Hebel zur Herstellung der einheitlichen Kampffront der Massen sein. Da es sich hier um eine Arbeiterschutzforderung handelt, die darauf hinzielt, im Kampf Klasse gegen Klasse dem bürgerlichen Staat abgetrotzt zu werden, ist die Verankerung der Forderungen in der Gewerkschaft die entscheidende Voraussetzung, um diesem Kampf Schlagkraft zu verleihen und erfolgreich führen zu können.

Es ist uns auf dem Kongreß nicht gelungen, diese Linie überzeugend umzusetzen und die Teilnehmer für unsere Auffassung zu gewinnen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen ist der Kampf um diese Fragen noch kaum entwickelt und die Arbeiterklasse hat noch nicht entscheidend eingegriffen. Zum anderen ist darüber bisher keine breite öffentliche Debatte geführt worden und selbst in unserer Organisation ist sie erst wenig entfaltet.

Das alles bewirkt, daß wir selber noch zahlreiche Unklarheiten haben.

Das ist die Grundlage unserer Niederlage bei der Abstimmung über die Abschlußresolution des Kongresses. Um die Diskussion um und das Verständnis für die Fragen des Gesundheitswesens zu fördern, werden wir in weiteren Beiträgen darauf zurückkommen und auch im theoretischen Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (Kommunismus und Klassenkampf) behandeln. J.H.

Die englischen Bergarbeiter wollen den Sieg

"WENN DIE REGIERUNG DIE BERGLEUTE NICHT BEZAHLEN WILL, DANN SOLL SIE DOCH DIE ZECHEN SCHLIESSEN ."

Die englischen Bergarbeiter haben jetzt den Streik zur Durchsetzung ihrer Lohnforderung bei der staatlichen Kohlebehörde und damit der britischen Regierung beschlossen. Vom 10. Februar an soll kein Bergmann mehr in die Zechen einfahren. Die Lokomotivführer setzen ihre Aktion "Dienst nach Vorschrift" fort und unterstreichen ihre Forderungen mit einer Serie von Streiks, die sie für Februar geplant haben. Diese Streiks sollen jeweils einen Tag lang dauern.

Das übrige Eisenbahnpersonal hat am Montag und Dienstag vergangener Woche die Arbeit niedergelegt. Die Eisenbahner haben damit protestiert gegen die Streichung der Bezahlung für Sonntagsarbeit. Sonntags müssen normalerweise regelmäßig 50 000 Eisenbahner Dienst tun. Nur wurde seit Mitte Januar der Zugverkehr sonntags von der Eisenbahnbehörde eingestellt als Maßnahme gegen die "Aktion Dienst nach Vorschrift" der Lokführer. Wenn es jetzt gelingt, den einheitlichen Kampf von Lokführern und Eisenbahnern zu führen, werden die Eisenbahnbehörde und die Regierung an diesem Abschnitt der Front geschlagen werden können.

DIE BERGLEUTE WOLLEN KÄMPFEN, UM ZU SIEGEN

Die Bergleute sind heute genauso entschlossen, den Kampf zu führen, wie vor 2 Jahren. Damals gelang ihnen das Durchbrechen der Lohnpolitik der Regierung Heath. Heute geht es wieder um das Zerreißen der Fessel der Lohnpolitik, der staatlich festgelegten Lohnleitlinien. In einer Reportage, die die liberale bürgerliche Zeitung "The Guardian" am 30. Januar, also kurz vor der Urabstimmung, machte, kommt das gut zum Ausdruck. "Was haben wir zu verlieren", fragte ein Kumpel in Midlothian im schottischen Kohlerevier. "Wenn die Regierung die Bergleute nicht bezahlen will, dann soll sie doch die Zechen schließen und sehen, wie sie ohne Kohle zurecht kommt."

Im Yorkshire-Kohlerevier in Mittelengland erklärte ein Bergarbeiter: "Länger als das letzte Mal wird der Streik dauern. Aber wir können gewinnen. Wir müssen siegen. Tun wir das nicht, dann ist es vorbei, für immer." Die Kumpel nannten klar die Bedingungen für den Sieg: "Wenn es gelingt, daß sich der Notdienst, der das Funktionieren der Zechen aufrechterhält, solidarisiert, dann wird der Streik in weniger als einem Monat vorüber sein." Kohlelieferungen aus Polen und den USA sehen die Kumpel nicht als eine Gefahr für den Erfolg des Streiks an. Sie sind sicher, daß die Docker und die Transportarbeiter es nicht so weit kommen lassen werden.

Auch die Tatsache, daß die Regierung mit dem Einsatz der Armee in den Zechen gedroht hat, läßt die Kumpel kalt. "Die Soldaten haben große Sympathien gegenüber den Bergleuten, weil 70 % von ihnen aus Bergarbeiterdörfern und -städten kommen. Sie sahen das Tageslicht und zogen vor, in die Armee zu gehen statt in die Gruben. Unseren eigenen Söhnen müßten wir entgegentreten. Sie werden uns in ihrer Gesinnung unterstützen, aber sie stehen unter Befehl." In diesen wenigen Sätzen drückt sich die Volksfeindlichkeit der Armeen im bürgerlichen Staat vollkommen aus!

DIE LABOUR PARTY STELLT SICH MIT IHRER HETZE GEGEN DIE KOMMUNISTEN HINTER DIE REGIERUNG, GEGEN DIE BERGARBEITER

Ebenso vollkommen klar wird an der Frage des Truppeneinsatzes, den die Regierung seit November vorbereitet hat, wo die Labour Party, also die sozialdemokratische Partei Großbritanniens, heute steht. Am 29. Januar erklärte der Parteivorstand: "Wir weisen aufs schärfste jeden Versuch der Kommunisten oder anderer zurück, die Bergarbeiter als politischen Rammbock mit der Absicht zu benutzen, einen Generalstreik vom Zaun zu brechen oder die bewaffnete Macht zur Gehorsamsverweigerung im Falle eines Streiks aufzufordern. Das ist törichter und gefährlicher Unsinn." Diese Erklärung gibt der Armeeführung und der Regierung jede Freiheit, ihre bereitgestellten und bereits in den Kohlerevieren zusammengezogenen Einheiten nach Belieben einzusetzen. Die Labour Party wird dafür sorgen, daß der Einsatz der Truppen nicht in Frage gestellt wird. Sie wird dazu ihren ganzen Einfluß in den Gewerkschaften geltend machen. In der Erklärung heißt es weiter: "Die Bergarbeiter sind der Labour Party seit langem politisch angeschlossen, und wir sprechen daher kommunistischen oder extremistischen Mitgliedern der Exekutive der Bergarbeitergewerkschaft das Recht zu politischen Äußerungen im Namen der Bergarbeiter ab... Mögen die Extremisten sich daran erinnern, daß, was immer in anderen Ländern geschehen mag, in diesem Land Regierungswechsel allein mit Hilfe der Wahlurne und auf keine andere Weise bewerkstelligt werden." (Süddeutsche Zeitung, 31. Januar) Mit dieser Erklärung hat sich die Labour Party hinter die Regierung gestellt. Unmittelbar veranlaßt sah sich die Labour-Führung zu dieser Erklärung durch Interviews, die der Vizepräsident der Bergarbeiterschaft, McGahey, gemacht hatte. McGahey gehört der britischen Kommunistischen Partei (CPB) an, die fest im Lager des Revisionismus steht. Er hatte vor kurzem selbstbewußt erklärt, durch den Streik werde man die Regierung zum Rücktritt zwingen und Neuwahlen würden dann zu radikalen Veränderungen in Großbritannien führen. Er meinte damit lediglich, daß die Labour Party die Wahlen gewinnen und dann ihr Programm der Verstaatlichung durchziehen würde. Schließlich hatte die Labour Party noch vor kurzem selber mit der Neuwahl-Agitation kräftig Dampf gemacht. Neuerdings rückt sie davon ab, läßt durch ein Mitglied ihrer Schattenregierung erklären, daß die Bevölkerung Großbritanniens noch während der nächsten 5 Jahre den Gürtel enger schnallen und Entbehrungen auf sich nehmen müßte und hält ihre Mitglieder in den Gewerkschaftsführungen an, auf Verhandlungen einzugehen und abzuwiegeln. Die Kommunistische Partei Großbritanniens und ihr Sprecher McGahey hatten das radikale Geklapper der Labour Party, mit dem sie sich als linke Opposition erneut bei den Volksmassen zu verankern sucht, für die Wirklichkeit genommen. Wir kennen ja hier in Westdeutschland diese Politik von der DKP, die sich besonders in den Gewerkschaften auch immer an die linken Phrasen der SPD anhängt und tatsächlich dann, wenn Entscheidungen gefällt werden, die "realistische" Politik der sozialdemokratischen Machthaber unterstützt, ja sich sogar zum Büttel dieser Politik macht. Mit den britischen Revisionisten ist das nicht anders. Und so nimmt es auch nicht wunder, daß der Vizepräsident der Bergarbeitergewerkschaft jetzt eilig versicherte, man habe ihn mißverstanden. Er bekenne sich selbstverständlich zur parlamentarischen Demokratie und der Wahlurne als einzigem Mittel für die Ablösung von Regierungen. Einmal zur Umkehr bewegt, hat er auch gleich seine Äußerungen über die Armee widerrufen. Er stimmt jetzt den bürgerlichen Parteien zu, daß die Soldaten unbedingten Gehorsam zu leisten hätten und die Befehle absolut ausführen müßten. Vorher war er der Meinung, man könnte die Soldaten, die gegen die Bergleute eingesetzt werden, zum Stillhalten bewegen.

DIE REGIERUNG WILL DAS LOHNDIKTAT DURCHSETZEN

Mit der öffentlichen Ankündigung des Armee-Einsatzes in und auf den Zechen, mit der Überlegung, den Familien der Streikenden die soziale Unterstützung zu entziehen, versucht die Regierung derzeit den Kampf um die öffentliche Meinung in Großbritannien zu führen. Gleichzeitig wird verbreitet, ein neues Verhandlungsangebot sei an die Gewerkschaften ergangen. Das sagte Premierminister Heath in seiner Fernsehrede am Montag vergangener Woche. Der Energieminister seinerseits erklärte, man sehe keine Veranlassung, vor den Gewerkschaften und den Bergleuten zurückzuweichen. Notfalls werde man zur 2-Tage-Woche oder zur 1-Tage-Woche übergehen. Das Konzept der Regierung ist Einschüchtern und Unruhe stiften in der Bevölkerung. Unter diesen Bedingungen will sie die Gewerkschaften erneut zu Verhandlungen bewegen. Eine Einladung an den Dachverband TUC, in dem die meisten und bedeutendsten Gewerkschaften zusammengefaßt sind, ist bereits ergangen. Der TUC, die Regierung und der Kapitalistenverband CBI sollen in einem Spitzengespräch die gesamte Lohnsituation in England "bereinigen". Die Gewerkschaften sollen so zur Anerkennung der Lohnleitlinienpolitik bewegt werden.

Der TUC (Dachverband der Gewerkschaften) und die 10 wichtigsten Einzelgewerkschaften sind auf diesem Weg bereits weit gegangen. Sie haben zugesichert, daß sie die Regelung für die Bergleute, falls sie höher ausfällt als die vorgegebenen Lohnleitlinien, nicht als maßgebend für andere Branchen ansehen. Für 5 Millionen Arbeiter und Angestellte sind Lohnabschlüsse in den letzten Wochen und Monaten getätigt worden, die den Lohnleitlinien entsprechen oder noch darunter liegen.

Die Gewerkschaftsführer scheinen heute bereit, sich einem Diktat der Regierung und des Kapitalistenverbandes zu beugen, wenn sie es den Arbeiter nur als "ehrbaren Kompromiß" verkaufen können. Um zu siegen, werden die Bergarbeiter also zugleich den Kampf entwickeln müssen gegen alle Tendenzen der Abwiegelei und der Spaltung von Seiten der Gewerkschaftsspitze. Ebenso bewußt, wie sie 1972 den selbständigen Kampf entwickelt haben, werden sie auch dieses Mal den Streik führen müssen.

– D.T. –



"Für Streik"–"Länger als das letzte Mal wird der Streik dauern. Aber wir können gewinnen."

SCHAH VON PERSIEN ÜBER DIE ENGLISCHEN ARBEITER

„Sie arbeiten nicht genug"

London. Anläßlich der Ölverhandlungen zwischen der britischen Regierung und dem Iran erklärte der Schah in einer Sendung des britischen Fernsehens BBC: Wenn Großbritannien und andere westeuropäische Länder ihren Weg nicht ändern würden, gingen sie bankrott. Wörtlich "Sie arbeiten hier nicht genug. Sie versuchen für wenig Arbeit zuviel Geld zu bekommen. Das kann nicht so weitergehen – es mag zwar noch für wenige Monate, ein, zwei Jahre so gehen, aber nicht länger."

Damit hat der Schah sich direkt auf der Seite der Regierung in die Auseinandersetzung mit den Bergarbeitern eingemischt. Er bezieht Stellung gegen die Arbeiter und die übrige werktätige Bevölkerung und zeigt, daß er auf der Seite der Unterdrücker und Ausbeuter in der Welt steht. Die iranischen Studenten in Großbritannien haben dagegen protestiert. Sie erklärten: "Der Schah schlägt vor, daß seine faschistischen Methoden in England eingeführt werden, um damit jene Art des wirtschaftlichen Erfolgs sicherzustellen, den sie seiner Meinung nach für den Iran gebracht haben. (...) Sein Erfolgskonzept hat er von Hitler, es stützt sich auf einen Berg Waffen und die Zahl der Phantom-Jäger, die er für unser Land kauft." Hingewiesen wurde auch auf die Lage der politischen Gefangenen und die kürzlich ausgesprochenen Todesurteile.

(The Guardian, 29. und 30. Januar)

Kohle aus Polen

LIEFERVERTRAG NACH STREIKBEGINN GESCHLOSSEN

London. Die Kommunistische Partei Großbritanniens, CPB, hat ihre polnische "Bruderpartei" aufgefordert, während der Dauer der Streiks der englischen Bergarbeiter die Kohlelieferungen an England einzustellen. Die polnischen Revisionisten haben jetzt der Bitte ihrer britischen Freunde einen negativen Bescheid erteilt. Die polnische Botschaft in London erklärte, wenn ein Vertrag unterzeichnet ist, "dann erfüllen wir ihn normalerweise auch".

Das Kohlegeschäft zwischen Großbritannien und Polen war jedoch gerade im November zustande gekommen, nachdem die englischen Bergarbeiter die Verweigerung der Überstunden zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen beschlossen hatten. Es sieht die Lieferung von 500 000 Tonnen Kohle vor, die ersten 27 000 Tonnen sind inzwischen in England eingetroffen (The Guardian, 26. Januar).

Polen hat als Kohle-Exportland schon häufig Verträge abgeschlossen über Lieferungen, die direkt benutzt wurden, um Streiks zu zerschlagen. Besonders schädlich hat sich das für die spanischen Bergleute 1971 ausgewirkt. Damals konnte dank der polnischen Lieferungen der Streik zerschlagen werden. Da sieht man, was die Freundschaft und Solidarität und das Gerede der Revisionisten vom Internationalismus tatsächlich wert sind!

Die Lage der englischen Arbeiter

AUSZÜGE AUS EINER KORRESPONDENZ AUS GROSSBRITANNIEN

Für große Teile der Arbeiterklasse war durch die Dreitagewoche schon ein Lohnrückgang von etwa 40 bis 50 % zu verzeichnen, die auf die Dauer untragbar sind. Dies hat sich schon im Rückgang des Verkaufs von Lebensmitteln und anderen für die Arbeiterklasse lebenswichtigen Gütern niedergeschlagen. (...)

Während des Lohnstops haben die Konzerne, wie man ihren Berichten fast ausnahmslos entnehmen kann, ungeheure Profite gemacht. Dazu ist inzwischen klar, daß die Schmiedw einer Notgemeinschaft der britischen Arbeiterklasse mit ihren Kapitalisten so gut geklappt hat, daß trotz der durch dieDreitagewoche entstandenen Beschränkung der Produktionszeit in den Betrieben auf ca. 60 % des vorherigen Standes immer noch in den meisten Betrieben ca. 80 % des normalen (vorherigen) Güterausstoßes produziert wird. Dies ist besonders bei der British Steel Corporation der Fall, von der erst angenommen wurde, daß ihre Produktion auf ca. 30 % der vorherigen Produktion hätte sinken können. Einige der kleineren Betriebe produzieren in der Dreitagewoche gar genauso viel wie vorher. Dies deutet auf eine ungeheure Steigerung der Produktivität hin, die jedoch nicht durch Rationalisierung, sondern durch eine bis zum äußersten gesteigerte Arbeitshetze erreicht wird. Wenn man sich darüber klar wird, daß die Arbeiter trotzdem nur 60 % ihres üblichen Lohnes bezahlt bekommen, kann man verste-

Fortsetzung nächste Seite oben

Lage der englischen Arbeiter

hen, daß sich die Anzeichen der Unzufriedenheit und der aktiven Gegenwehr häufen. (...)

Um die Jahreswende herum wurde auf dem Londoner Flughafen ein großes Potential von Polizei, zum Teil mit schweren Waffen ausgerüstet, und Armee zur "Abschreckung von Terroristen" zusammengezogen. In einer kürzlich stattgefundenen Fragestunde wurde der Innenminister Carr gefragt, ob er garantieren könne, daß Truppen und Polizei zusammen nicht in industriellen Auseinandersetzungen eingesetzt würden. Der Innenminister antwortete, solche Garantien könne er nicht geben. (...)

Auch das Recht auf Streikposten und der Streikposten selbst wird immer weiter beschnitten. Dieses Recht, welches gerade bei der ökonomischen Zersplitterung der britischen Arbeiterklasse besonders wichtig ist, um die Spaltungs- und Bestechungsversuche der britischen Kapitalisten zu bekämpfen, wird stückweise abgebaut: Scotland Yard hat inzwischen ein Streikpostenzentrum aufgebaut, das dem Innenminister zufolge Nachrichten und Informationen über Streikposten sammeln soll. Was mit diesem Material geschieht, ist nicht schwer zu erraten, wenn man sich das Schicksal der Streikposten von Shrewsbury ansieht, die zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Die sogenannten fliegenden Streikposten, die die Aufgabe haben, den Streik auch auf andere Zweige der Industrie zu übertragen und so die Isolation einzelner Streiks zu durchbrechen, sind inzwischen völlig als "gesetzwidrige Versammlung", "Nötigung" und "Verängstigung" nicht nur illegalisiert, sondern direkt kriminalisiert worden. (...)

Und all das findet vor einem Hintergrund statt, wo der freie gewerkschaftliche Kampf durch die Lohnpolitik der Regierung nicht nur eingeschränkt, sondern gesetzlich verboten ist. Doch auch hier wird der Widerstand der Arbeiterklasse immer stärker. Das läßt sich feststellen an der immer weiter sich verbreiternden Solidarität der britischen Arbeiterklasse mit den Streikposten von Shrewsbury. (...)

Hand in Hand mit den drastischen Kürzungen der Reallöhne geht eine scharfe Kürzung der Sozialausgaben. So hat die Regierung zu Beginn der Krise kurzerhand eine Kürzung der Staatsausgaben von umgerechnet 7,5 Milliarden DM Haushaltsausgaben angekündigt. Diese Kürzungen machen sich bereits überall bemerkbar, da sie natürlich nicht an den Subventionen und Steuervergünstigungen der von der Krise so stark mitgenommenen Industrie abgezweigt werden dürfen, sondern aus dem Sektor der Sozialleistungen. So geht es zum Beispiel besonders dem Gesundheitswesen an den Kragen. Etwa ein Zehntel der Kürzung des Haushalts, 111 Millionen Pfund an bereits bestehenden Diensten und Gegenständen in Krankenhäusern. Das ganze läuft auf eine zwanzigprozentige Kürzung des Etats für das Gesundheitswesen hinaus. (...)

Bei all dem verfolgt die Regierung die Taktik der Gesetzesnovellierung, bei der sie Verpflichtungen des Staates gegenüber der Bevölkerung einfach wegfallen läßt. Das ist am besten an der Verpflichtung des Staates, bei Wohnungslosigkeit für eine Notunterkunft sorgen zu müssen, zu sehen. Zum ersten Mal seit 1963 fiel die Zahl der neuerstellten privaten Wohnungen unter 300 000 im Jahr. Dazu könnte dieses Jahr die Zahl der vom Staat erstellten Sozialwohnungen auf 108 000 fallen. (The Guardian, 21. Januar) Dies sagt noch nicht viel, wenn man es nicht vor folgendem Hintergrund sieht: Schon jetzt ist die Zahl der Häuser so knapp, daß der Staat, der die Verpflichtung hat, für Notunterkünfte zu sorgen, allein in London ca. 3 500 Menschen in Untermiete (Bett und Frühstück) bei anderen Personen unterbringen muß. In ganz Großbritannien sollen es mehr als Zehntausend sein. Diesen lästigen Ausgaben, die ja mit dem Fallen der Produktion von neuen Wohnungen noch wesentlich stärker werden, entzieht sich nun der Staat, indem er das 1948 erlassene Nationale Hilfsgesetz (National Assistance Act) novelliert und dabei die Verpflichtung, Notunterkünfte zu beschaffen, auf die Fälle beschränkt, wo Feuer und Wasser für den Verlust einer Wohnung verantwortlich sind. Damit sitzen ab 1. April diesen Jahres über zehntausend Menschen einfach auf der Straße und keiner ist für sie verantwortlich. (The Guardian, 23. Januar) (...)

Am 27. Januar fand in Edinbourgh eine Demonstration mit anschließender Kundgebung statt, an der ca. 5 000 Personen teilnahmen. Auf der Kundgebung sprachen Vertreter von ca. 20 Gewerkschaften durch ihre Anwesenheit und Geldspenden (es wurden etwa 987 Pfund gesammelt) ihre Solidarität aus. Während der Veranstaltung wurde klar, daß die meisten der anderen Gewerkschaften in den Bergleuten eine Führung im Kampf gegen die Lohnpolitik der Regierung sehen, die sie in Zukunft mehr und mehr gegen diese Lohnpolitik und gegen die Tory-Regierung selbst unterstützen wollen. (...)*

Die Parolen auf der Veranstaltung waren:

Zerschlagt die dritte Phase der Lohnpolitik Heaths!
Heath raus!
Für das Recht auf Streikposten!
Für eine freie Gewerkschaftsbewegung!
Kämpft gegen das Anti-Streik Gesetz!
Für echte Solidarität in der Arbeiterklasse!
Für Neuwahlen!

– J., Glasgow –

ITALIEN: Armee übt den Staatsstreich

DIE LAGE DES VOLKES VERSCHLECHTERT SICH VON TAG ZU TAG

In Italien rechnet man in diesem Jahr mit 3 Millionen Arbeitslosen. Kleinbetriebe mußten in letzter Zeit zu Hunderten schließen. Kurzarbeit. Bei FIAT wurde für 7 000 Kollegen die Dreitage-Woche eingeführt.

Die Teuerungswelle rollt. Mehl ist so teuer geworden, daß die Bäcker den staatlichen Brot-Festpreis nicht halten können, die Läden schließen und in Streik treten. Damit nicht genug. Nach einem Beschluß der Regierung sollen jetzt Grundnahrungsmittel (Spaghetti, Olivenöl, Wein usw.) um 10–30 % teurer werden. Kleidung ist schon zu Beginn des Jahres um 30–40 % gestiegen.

Das kommt also zur Inflationsrate von 12 % im Jahr 1973 dazu. Die Unruhe wächst im Volk. Am 24. und 25. Januar haben 350 Arbeiterfamilien, die keine Bleibe hatten, 1 500 leerstehende Appartements in Rom besetzt.

Die Faschisten treten immer frecher hervor. Ein Faschistenkommando schoß am hellichten Tag mitten auf dem Domplatz von Mailand einem linken Zeitungsverkäufer von 'Lotta continua' eine Kugel in die Brust. In Neapel tauchten am Wochenende des 26. und 27. Januar faschistische Kommandos aus Calabrien auf, um die von Cholera und Arbeitslosigkeit geschüttelte Stadt lahmzulegen; sie zerstörten Schaufenster, griffen Linke auf der Straße an und legten den gesamten Verkehr lahm.

Durch solche Terroranschläge versuchen die Faschisten gezielt die Bedingungen für einen Putsch herzustellen. Wie wir in der letzten Ausgabe unserer Zeitung berichteten, werden die Aktionen der Faschisten von größeren Teilen der Armeeführung unterstützt. Die vorübergehende Festnahme von einigen Generälen und anderen hohen Offizieren zur Untersuchung der Beteiligung der Armee an dem Putschversuch der Faschisten in der Provinz Venetien hat die Gefahr eines Putsches von Seiten der Armee eher noch beschleunigt. So hat ähnlich wie in Großbritannien die Führung der italienischen Armee den Vorwand benutzt, es drohe ein Überfall von arabischen Terroristen, um landesweit den Staatsstreich zu proben. Wie am Sonntag, 27. Januar, die Zeitung der Kommunistischen Partei Italiens, Unita, und am Montag der liberale Corriere della Sera berichteten, wurden große Teile der Armee in der Nacht vom 26. auf den 27.1. in Alarmzustand versetzt. In Rom wurde der Ausnahmezustand verhängt. Vor allen öffentlichen Gebäuden, vor Banken und anderen Zwingburgen des Kapitals bezogen starke militärische Wachen ihre Posten.

Besonders die Wohnungen der italienischen Abgeordneten, deren liberale und nach links orientierte Haltung bekannt ist, wurden unter Militär- und Polizeibewachung gestellt. Starke Einheiten patroullierten in den Straßen der größeren italienischen Städte. Zur gleichen Zeit haben sich die Offiziere der Armee versammelt, um, wie die Zeitungen berichteten, über die politische Lage des Landes zu beraten.

Der neue italienische Präsident Leone, der am Montag, 28.1., in sein Amt eingeführt wurde, hat in seiner Einführungsrede einen scharfen Angriff auf die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes gestartet. Sie hätten kein Recht zum Streik, erklärte er. Die Stoßrichtung der Aktion der Streitkräfte hat der italienische Präsident damit klar zum Ausdruck gebracht: Es geht der italienischen Bourgeoisie jetzt darum, die Ruhe, die sie für ihre Profitproduktion braucht, ein für allemal wiederherzustellen. Die wachsende Empörung und Unruhe unter den Arbeitern über ihre sich rapide verschlechternde wirtschaftliche Lage und die Unruhe unter der anderen werktätigen Bevölkerung will sie unterdrücken. Dafür ist ihr jedes Mittel recht. Die Arbeiter, vor allem in den großen Fabriken des Nordens, haben sich bisher nicht von den Manövern der italienischen Bourgeoisie beeindrucken lassen. Sie sind gerade angetreten, um erneut mit breiten Streikaktionen ihren wirtschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen. kkw, Freiburg/Red.

Wie die Ölkonzerne die derzeitige weltweite Krise ausnutzen, um noch größere Profite zu machen, zeigt folgende Meldung im Fernsehen am Samstag, 2.2.:

Laut Berichten italienischer Zeitungen haben in Italien die Ölkonzerne Regierungsbeamte mit umgerechnet 80 000 DM zum Schweigen gebracht. Die Beamten sollten schweigen über die falschen Angaben, die die Ölkonzerne über ihre Preiskalkulation und über ihre Vorräte sowie Belieferung gemacht hatten. Nachdem die Sache aufgedeckt war, hat die italienische Regierung eine Verordnung, die eine Preiserhöhung für Benzin verbunden mit Rationierung vorsah, vorläufig ausgesetzt.

Ende des Streiks bei Lip

HÖCHSTENS DIE HÄLFTE DER FRÜHEREN BELEGSCHAFT WIRD WEITERBESCHÄFTIGT

Besancon/Frankreich. Nach 9 Monaten und 12 Tagen Streik beendeten die Kollegen von Lip ihre Aktion. Auf einer Rest-Belegschaftsversammlung wurde am 25.1. mit 665 gegen 3 Stimmen bei 10 Enthaltungen das zwischen Vertretern der Belegschaft, der Gewerkschaften und dem Verhandlungsbeauftragten des Staates erzielte Ergebnis angenommen. Es sichert die Weiterführung der Produktion bei Lip; allerdings wird höchstens die Hälfte der ehemals 1 300 Arbeiter und Angestellten weiterbeschäftigt. Dies entspricht etwa der Zahl der Kollegen, die bisher keine neue Arbeit angenommen haben.

Die Wiedereinstellung erfolgt etwa zu den Bedingungen, die vor dem Streik gegolten haben. Über eine Lohnerhöhung soll verhandelt werden. Diejenigen, die inzwischen anderweitig Arbeit gefunden haben, erhalten eine Abfindung, sofern sie weniger verdienen. Etwa 300 Kollegen sollen bis Ende März die Arbeit aufnehmen, bis zum 1. September sollen es 500 sein, wenn die Geschäftslage das erlaubt. Diejenigen, die nicht bis zum 1.März eingestellt werden können, sollen Umschulungskurse besuchen. Am 1. Januar 1975 soll die Phase der Wiedereröffnung der Firma abgeschlossen sein. Bis dahin wacht eine paritätisch aus Vertretern der Aktionäre, der Gewerkschaften und der Belegschaft zusammengesetzte Kommission über die Ausführung des Vertrages. Die restlichen Uhren und die Produktionsmittel, die die Belegschaft als Streikfonds sichergestellt hatte, wurden inzwischen zurückgegeben. Die Kapitalisten und die französische Regierung haben mit diesem Ergebnis nach 9 Monaten die "Schrumpfung" des Lip-Konzerns auf ein Niveau erreicht, wo die Profitproduktion wieder lohnend wird. Die Belegschaft hat einen Teil der Arbeitsplätze mit den alten Bedingungen verteidigen können. Sie hat ihr Ziel, alle Arbeitsplätze zu verteidigen, nicht erreicht.

Im Januar und Februar hat Citroen an fünf Tagen die Produktion stillgelegt; die Arbeiter erhalten 60 % des normalen Lohns. Ford/USA hat die Entlassung von 13 000 Arbeitern angekündigt, davon 4 000 fristlos. General Motors / USA hat die Entlassung von 75 000 Arbeitern in den kommenden zwei Monaten angekündigt. General Motors / Belgien schließt vom 11. bis zum 15. Februar.

3. Front der Frelimo

In der portugiesischen Kolonie Mozambique begann am 25. Spetember 1964 der bewaffnete Befreiungskampf unter Führung der Front zur Befreiung Mozambiques (FRELIMO). In dem nun fast 10 Jahre dauernden Kampf gegen die kolonialistischen Unterdrücker konnten besonders im Norden des Landes große Gebiete befreit werden und vom Volk mit dem Aufbau neuer gesellschaftlicher Verhältnisse begonnen werden.

Der Kampf um die noch nicht befreiten Gebiete fand bisher an zwei Fronten statt: Im Nordwesten des Landes und in der Provinz Tete über den Fluß Sambesi nach Süden. Am 1. Januar 1974 konnte nach umfangreicher politischer Mobilisierung des Volkes durch sogenannte 'Mantalizacaos', die dem Volk die Ziele des Kampfes erklärten, eine dritte Front im Süden des Landes eröffnet werden. (Mozambique hat eine Nord--Süd-Entfernung von mehr als 2 000 km.)

Im Hauptquartier der portugiesischen Kolonialisten in Nampula wurde bekannt, daß ein etwa 100 km langer Gebirgskamm entlang der Grenze zwischen Mozambique und Rhodesien weitgehend in der Hand der FRELIMO ist. Hier operiert die FRELIMO zusammen mit der Befreiungsfront von Zimbabwe ZAPU



Die Karte zeigt die drei Frontabschnitte der Frelimo.

Die Reaktion der Kolonialisten und Rassisten bestand in der Verstärkung ihrer gemeinsamen Unterdrückung der afrikanischen Völker. Aber trotz umfangreicher Hilfe seitens der imperialistischen Staaten wie der BRD wird es diesen immer weniger gelingen, diesen Widerstand zu brechen.

(Nach: "Die Stimme Afrikas - tam tam" 20. Januar 74)

–bk, Heidelberg–

BRD-Kapital in Portugal

Mit Investitionen u.a. von Agfa-Gevaert, Grundig, Beiersdorf, Siemens, Bosch, Schering, Bayer, Ch. Boehringer, AEG, BASF und Farbwerke Hoechst zählen die BRD-Imperialisten zu den wichtigsten Investoren in Portugal. Sogenannte Tochtergesellschaften produzieren in Portugal hauptsächlich für den Export. Für die Verlagerungen dieser Produktionsstätten haben die Imperialisten gute Gründe: Die Löhne der Arbeiter in Portugal sind gegenüber den Löhnen ihrer westdeutschen Kollegen um einiges niedriger. In Portugal verdient ein Facharbeiter im Monatsdurchschnitt (umgerechnet) etwa 400 DM, Spitzenverdiener kommen auf 500 DM. Weiter zählen die steuerlichen Belastungen für Investitionen ausländischer Kapitalisten zu den niedrigsten in Europa. Hinzu kommen verschiedene Vergünstigungen und Förderungsmaßnahmen. Auch gibt es keine "gesetzliche Diskriminierung" ausländischen Kapitals, so daß alle ausschließlich oder teilweise mit ausländischem Kapital gegründeten Unternehmungen in den vollen Genuß der rechtlichen und vor allem steuerlichen Begünstigungen inländischer Firmen kommen. So haben sich im Dreijahreszeitraum 1970-72 die Direktinvestitionen aller ausländischen Kapitalisten nahezu verdreifacht.

Die Auslagerung der Produktionsstätten bietet für die Kapitalisten hier die Möglichkeit, die Löhne zu drücken, weil dadurch noch mehr Arbeitslose entstehen. Wenn die Kapitalisten nun damit drohen, dürfen wir uns nicht von dieser chauvinistischen Hetze verführen lassen, sondern müssen erkennen, daß die Arbeiter aller Länder den gleichen Feind haben.

– B.K., Heidelberg –

Aethiopien exportiert Getreide

Der jüngste Vierteljahresbericht der äthiopischen Nationalbank kommt für die ersten neun Monate des vergangenen Jahres zu dem Schluß, daß "es nun so aussieht, als ob die **ausgezeichnete Ernte** des Jahres 1972 und die angemessene Versorgung im Jahre 1973 aus den übrigen Landesteilen ausreichen, um den gegenwärtigen Bedarf zu stillen." Weiter werden trotz der katastrophalen Hungersnot Getreide und andere Agrarerzeugnisse exportiert. Bei Bohnen und Birnen lagen in den ersten drei Monaten 1973 die Ziffern um 92 % über denen von 1972. Im Oktober und November wurden hunderte Tonnen Getreide und Bohnen und sogar Milch in die arabischen Staaten und nach Westeuropa exportiert. In der Hauptstadt Addis Abeba existiert eine Reserve von 10 000 Tonnen Getreide im Privatbesitz. Auch in den Provinzen selbst soll es noch beträchtliche Mengen Nahrungsmittel geben; Zahlen sind aber hier nicht bekannt.

Obwohl schon über 100 000 Menschen verhungert sind und zwei Millionen vom Hunger bedroht sind, horteten die Großgrundbesitzer Tausende von Tonnen Getreide in der Hoffnung auf steigende Preise oder haben es, wie die Regierung selbst zugibt, exportiert. (Alle Informationen aus Stuttgarter Nachrichten, 3.1.74)

Die herrschende Klasse Äthiopiens, der Feudaladel, die kaiserliche Familie und die Staatskirche lassen lieber das Volk verrecken, als daß sie ein Gramm Weizen ohne Höchstprofit herausgeben würden.

Kambodscha: Lage ausgezeichnet!

DIE RATTEN VERLASSEN DAS SCHIFF/VERFALL DER MARIONETTEN UNAUFHALTSAM

Die Lage in Kambodscha entwickelt sich ausgezeichnet. Schon zu Beginn der Trockenzeit befinden sich die Volksbefreiungsstreitkräfte in ständigem Vormarsch. Täglich berichtet die Presse über Stellungsverluste der Verräterarmee.

"Die auf 2 000 bis 3 000 Mann geschätzten Angreifer haben westlich von Pochentong ... mehr als 10 Dörfer eingenommen." (Süddeutsche Zeitung, 10.1.74)

Im Nordwesten der Hauptstadt "versuchen Regierungstruppen, eine vorrückende Streitmacht der Roten Khmer aufzuhalten. Der Gegenangriff scheiterte unter schweren Verlusten." (SZ, 17.1.74) Der Flughafen Pochentong, neben dem Mekong noch der einzige Zugangsweg nach Phnom Penh, wird massiv beschossen. Die Flugzeuge müssen teilweise nach Bangkok weitergeleitet werden. (Le Monde, 11.1.74)

Die Stellungen der FUNK (Nationale Einheitsfront Kambodschas) rund um Phnom Penh selber belegen bereits offizielle Gebäude der Verbrecherbande Lon Nols mit Raketen. So wurde Lon Nols Amtssitz bereits mehrmals getroffen. Den US-Söldnern gelingt es nur kurze Zeit, die eine oder andereStellung der Befreiungsfront durch Flächenbombardements zum Rückzug zu zwingen. Gleichzeitig kommen sie jedoch sofort wieder an anderer Stelle in Bedrängnis, wie zum Beispiel gerade an der Nationalstraße 1, nachdem der Kampf im Süden Phnom Penhs gerade beendet wurde.

Der schwerste Schlag für Lon Nol ist der riesige Verlust an Soldaten: Monatlich werden 10 000 Soldaten getötet, verwundet oder geraten in Gefangenschaft. In den letzten 11 Monaten waren es 150 000 Darüber hinaus desertieren ganze Garnisonen, und täglich bekommt die FUNK Verstärkung durch Angehörige der Miliz, die mitsamt ihren Waffen und Gepäck zu den Roten Khmer überlaufen. (Le Monde, 12.1.) Dieses Problem versucht Lon Nol dadurch zu lösen, daß er die letzten Reserven aus der Bevölkerung herauspresst. Er veranstaltet Menschenjagden in Phnom Penh und schickt sogar zehn- bis elfjährige Kinder in den Kampf.

Die wirtschaftliche Lage ist schon lange katastrophal, und sie verschärft sich immer mehr. Die Preise sind für die Bevölkerung in das Unerreichbare gestiegen. Nur durch Korruption und über den Schwarzmarkt ist überhaupt noch etwas in Phnom Penh zu bekommen. "100 kg Reis kosten 20 000 Rial, das Mehrfache eines Beamtengehaltes." (Neue Züricher Zeitung vom 9. Januar) Doch trotz aller Gewaltmaßnahmen Lon Nols revoltiert die Bevölkerung. Reislager werden aufgebrochen, Demonstrationen finden statt, und täglich erfolgen Anschläge auf offizielle Gebäude und Personen. Zum Beispiel warf ein Mädchen eine Granate auf die Polizeistation von Phnom Penh. (Le Monde, 8. Januar)



Die Marionettenregierung in Pnom Phen setzt schon seit längerem Kinder an der Front ein.

Angesichts einer solchen Situation scheint es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis dieser ganze verfaulte Apparat in sich zusammenbricht. Doch genau dies verhindern die USA, indem sie Dollars, Waffen und Soldaten nach Phnom Penh hineinpumpen. Entgegen ihren Erklärungen hörte ihre Aggression in Kambodscha nicht auf, sondern sie verstärkte sich. Der US-Kongreß bewilligte für das Finanzjahr 1974 186 Millionen Dollar, knapp 40 Millionen mehr als 1973. (Neue Züricher Zeitung, 18. August 73) Laufend werden Piloten und Bomberstaffeln aus Saigon, Thailand und Taiwan nach Phnom Penh gebracht. (Süddeutsche Zeitung, 22. Dezember 73) US-Bomber greifen auch selbst direkt wieder ein. So bombardierten sie ganz offen Stellungen der Volksbefreiungsstreitkräfte am Mekong, um einen Versorgungskonvoi zu schützen. (Le Monde, 21. Dezember 73) Der US-Imperialismus wird also mit allen Mitteln versuchen, seine Bastion in Phnom Penh zu halten. Er würde auch nicht davor zurückschrecken, bei einem Sturmangriff der FUNK auf Phnom Penh die Stadt dem Erdboden gleichzumachen. Um dies zu vermeiden, zielen die stattfindenden Angriffe noch nicht auf die Eroberung der Stadt, sie sollen den Verfall der US-Marionetten verstärken und Phnom Penh zu einem Ort machen, der auch für sie keine Sicherheit mehr bietet. Die Bevölkerung wird aufgerufen, sie zu verlassen und in den Schutz der befreiten Gebiete zurückzukehren. Phauk Chay, Mitglied des Komitees der FUNK in Phnom Penh, rief Schüler und Studenten auf, Streiks zu organisieren, um die gewaltsame Rekrutierung zu bekämpfen und, wenn es nötig ist, in die befreiten Gebiete überzuwechseln. Er versicherte, daß die Verräterclique nicht zögern wird, sich von den Jugendlichen verteidigen zu lassen und sie an ihrer Stelle in den Tod zu treiben, wenn die Befreiungsstreitkräfte in die Stadt eindringen (Le Monde, 11. Januar)

Die Bevölkerung wird außerdem aufgefordert, sich aus den Regierungs- und Villenvierteln im Stadtzentrum zu entfernen, um diese von außen beschießen zu können. Es ist klar, daß sich der Beschuß von Wohnblocks und anderen Einrichtungen wie zum Beispiel einer Schule für Diplomatenkinder nicht gegen dieBevölkerung richtet. Denn hierwohnt nur die Marionettenclique und ihr Anhang, der jahrelang am Elend des kambodschanischen Volkes verdient hat und sich fette Konten in der Schweiz oder den USA angelegt hat.

Da sich der Kampf des kambodschanischen Volkes um die Vertreibung der US-Aggressoren und ihrer Marionetten immer mehr auf eine Entscheidung zuspitzt, muß es unsere Aufgabe sein, diesen gerechten Kampf möglichst breit und intensiv zu unterstützen. Die Internationale Konferenz "Solidarität mit dem kambodschanischen Volk" in Paris hat am 9. Dezember 73 dazu aufgerufen, vom 17. bis 24. März 74 weltweit eine Kambodscha-Solidaritätswoche durchzuführen.

Für die Errichtung der revolutionären Volksmacht in Kambodscha!
Für den Sieg im Volkskrieg!

– H.L., Heidelberg –

Chilenen in BRD-Lagern

ÖTV–LER ZUR LAGE DER FLÜCHTLINGE IN DER BRD

Dortmund. Auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung an der Universität diskutierten die Kollegen über die Lage der chilenischen Flüchtlinge in den westdeutschen Lagern. Ein Kollege schreibt uns über die Diskussion:

Vor 14 Tagen sind die ersten Flüchtlinge aus Chile in Nordrhein-Westfalen eingetroffen; die etwa 130 Chilenen wurden im Durchgangslager Unna/Massen untergebracht.

Ihre Lage ist, wie auch in anderen Bundesländern, sehr schlecht. Sie werden völlig unzureichend über ihre rechtliche Situation und ihre materiellen Perspektiven aufgeklärt, der Kontakt zur Außenwelt, den politischen Gruppen und Organisationen systematisch durch die Lagerleitung verhindert, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit im Lager und die freie Wahl ihrer Betreuer wird ihnen verwehrt. Zu den Erlebnissen in Chile, der Unsicherheit über die Zukunft ihrer Freunde und Verwandten, kommen materielle Not und unzureichende medizinische Versorgung hinzu. Besonders zynisch ist die Tatsache, daß das Eßgeschirr im Lager noch aus Beständen der Nazi-Herrschaft stammt und Hakenkreuzembleme trägt.

Aktive Solidarität und materielle Hilfe sind notwendig!

In der Mitgliederversammlung der Gewerkschaft ÖTV der Abteilung Wissenschaft und Forschung in Dortmund vom 29.1.74, die zur Vorbereitung des Streiks und der Urabstimmung stattfand, wurde über diese Lage der Chilenen berichtet. Es wurde als ein Akt der Solidarität und der politischen Entscheidung begriffen, den Chilenen jede Unterstützung zu geben.

Die Mehrheit der Anwesenden beschloß (24 : 6 : 7), den Kreisvorstand der ÖTV Dortmund aufzufordern, mit dem Kreisvorstand des DGB Dortmund die Initiative zu ergreifen und dafür einzutreten, daß sich die Lage der Ghilenen verbessert und ihre Probleme gelöst und öffentlich bekannt gemacht werden.

Eine spontane Sammlung ergab 207,23 DM, die den chilenischen Kollegen übergeben wurden.

–V., Dortmund–

Blutspenden für Chile

Hamburg. Am 30. und 31.1. fand diese Aktion im den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Hamburg statt.

"... Und es ist der Junta und dem CIA keineswegs gelungen, Friedhofsruhe herzustellen. So erreichen uns selbst über die bürgerliche Presse Meldungen von Streiks gegen die Verelendung. Die Junta selber mußte zugeben, daß im Süden auf dem Land 'radikale Kommandos' gebildet werden, die zur Guerrillatätigkeit übergehen. Diese jetzt nach vier Monaten fortdauernden elementaren Widerstandskämpfe unter dem Faschismus zeigen, daß es möglich und notwendig ist, in Fabriken, Bergwerken, auf dem Lande, in Wohnvierteln und Schulen Widerstandskomitees zu bilden.

Die Erschießung und Verhaftung von wenigstens 400 oppositionellen Armeeangehörigen zeigt, daß selbst diese Armee kein ganz sicheres Instrument der Junta ist." (aus dem Aufruf)

Über 450 Menschen beteiligten sich an der Aktion, das heißt gut 13 000 DM wurden gesammelt. Bisher sind schon 130 000 DM von den Konten der AELA nach Chile gebracht worden.

SPENDENKONTEN:
Hamburg: CHILEHILFE c/o J.Füllgraf, Deutsche Bank Hamburg, KtoNr. 36/15242
München: Deutsche Bank, 8 München 40, KtoNr. 35/53062, Sonia Patric (AELA), Kennwort: CALCA

BELAGERUNGSZUSTAND IN BOLIVIEN:

Das Volk kämpft

Das bolivianische Volk hat den Kampf aufgenommen gegen die Terror-Herrschaft der Militärdiktatur. Mit breitesten Widerstandsaktionen hat es sich eingereiht in den Kampf der lateinamerikanischen Völker für staatliche Unabhängigkeit, nationale Befreiung und soziale Revolution.

Mit der Abwertung der bolivianischen Währung um 67 % im Oktober 1972, die zu einem ungeheuren Preisauftrieb im Inland führte, während sie den Exportsektor befünstigte, verschärften sich die Angriffe auf das Lebensniveau der bolivianischen Massen. Waren die Lebenshaltungskosten von Oktober 1972 bis November 1973 schon um 100 % angestiegen (Frankfurter Rundschau, 23.11.1973), verordnete nun die Diktatur unter General Hugo Banzer die Verdoppelung der Preise für Grundnahrungsmittel (Zucker, Reis, Weizen und Mehl). Im ganzen Land flammten Streiks auf, Bergarbeiter, Fabrikarbeiter und Angestellte im Handelssektor sagten den Maßnahmen des Terrorregimes den Kampf an. Jetzt haben sich auch die Landarbeiter und Bauern aus Zentralbolivien dem Kampf angeschlossen. Am 28.1.74 sperrten sie die Zufahrtsstraßen nach Cochamba, der zweitgrößten Stadt Boliviens, mit Barrikaden ab. Sie forderten Banzer auf, nach Cochamba zu kommen und an Ort und Stelle mit ihnen zu verhandeln. Doch Banzer wagt es nicht, den kämpfenden Massen gegenüberzutreten. Stattdessen ruft er den Belagerungszustand aus, der Polizei und Militär mit weitreichenden Vollmachten ausstattet, um so den Aufstand niederzuschlagen. Doch die Bauern lassen sich selbst durch vorrückende Spezialeinheiten nicht einschüchtern. Sie nehmen den bewaffneten Widerstand auf. Sieben ihrer Kampfgenossen sind von den Militärs ermordet worden. Dennoch halten sie an ihrem Entschluß fest: "Eher sterben wir durch Kugeln als am Hunger!"



Bolivianische Bauern sperren die Zufahrt nach Cochabamba.

Hungerstreik der Iraner

In Mainz, Berlin, London, Stockholm und Wien führten iranische Studenten einen Hungerstreik durch. Sie protestierten mit dieser Aktion gegen die 5 Todesurteile gegen 5 iranische Patrioten. In Mainz wurde die Aktion nach 72 Stunden am 1. Februar mit einer Kundgebung auf dem Theaterplatz beendet. Ein Vertreter der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU) wies auf das Ziel der Aktion und den faschistischen Terror im Iran hin. Der Kommunistische Bund Westdeutschland schickte folgendes Telegramm:

TELEGRAMM AN DIE CISNU UND FIS, ABGESCHICKT AM 29.1.74, 14.30 UHR

Wir erklären uns solidarisch mit den Hungerstreikenden in Mainz, Berlin, London, Stockholm und Wien in ihrem Kampf gegen das verbrecherische Schahregime. Gemeinsam mit der CISNU und der FIS protestieren wir gegen die Behandlung der politischen Gefangenen durch das Schahregime und fordern ihre sofortige Freilassung. Gemeinsam mit der CISNU und der FIS protestieren wir gegen die Todesurteile für 5 iranische Patrioten und fordern ihre sofortige Freilassung.

Den Hungerstreikenden in Mainz, Berlin, London, Stockholm und Berlin entsenden wir unsere solidarischen Grüße und wünschen ihnen Erfolg bei ihrer Protestaktion. Wie bisher werden wir die iranischen Patrioten in ihrem Kampf unterstützen und insbesondere die politische Unterdrückung der Iraner in der BRD bekämpfen.

Weg mit den fünf Todesurteilen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen im Iran!

Kommunistischer Bund Westdeutschland

Keine freie Diskussion

Köln. Auf einer Chile-Solidaritätsveranstaltung des von den Jusos, DKP usw. getragenen Komitees "Freiheit für Chile" unter dem Motto "Rettet die chilenischen Demokraten – Freiheit für Chile" waren ehemalige Politiker der Unidad-Popular-Regierung wie Volodia Teitelboim, Beatriz Allende, die Tochter des ermordeten Präsidenten, Luis Badilla und Carlos Parras anwesend. Die Veranstalter ließen keinerlei Diskussion über die Erfahrungen zu, die Chile für uns enthält. Sie ließen ebensowenig zu, daß über die Notwendigkeit der Erringung der bewaffneten Volksmacht gesprochen wurde. Als chilenische Genossen trotzdem sich davon nicht abhalten ließen, wurde die Verantstaltung schnell beendet. Nicht einmal Parras und Badilla durften reden, weil sie aus dem Militärputsch gelernt haben.

40 000 Studenten in Bonn

DEMONSTRATION FÜR KOSTENDECKENDE AUSBILDUNGSFÖRDERUNG / VDS – FÜHRUNG GEGEN EINHEITLICHES VORGEHEN

Mit der seit 1969 größten Studentendemonstration antworteten am 24.1. die westdeutschen Studenten auf die Weigerung der Bundesregierung, die Ausbildungsförderungebeträge und die Elternfreibeträge auf einen Betrag anzuheben, von dem ein Student leben kann, auch wenn er keine reichen Eltern hat, die ihm sein Studium finanzieren.
Diese Demonstration der 40 000 Studenten in Bonn ist der vorläufige Höhepunkt von Protestaktionen und Kampfmaßnahmen gegen die Ausbildungsförderungspolitik der Bundesregierung an fast allen Hochschulen Westdeutschlands seit Beginn dieses Semesters.

Die Bundesregierung hat gegen die berechtigten Forderungen der Studenten ein großes Geschrei angestimmt: Die Zahl der Ausbildungsförderungsempfänger habe sich seit 1971 erheblich vergrößert, die Haushaltsmittel seien entsprechend gewachsen und mehr Geld sei nicht da. Aber außer den bürgerlichen Politikern, die solche Ausflüchte zum Leben brauchen, kann davon niemand satt werden. Deshalb haben sich die Studenten davon auch nicht beeindrucken lassen und sind für ihre Forderungen auf die Straße gegangen.

VDS–FÜHRUNG SPALTET KAMPF DER STUDENTEN

Bestimmt wurde diese Demonstration jedoch nicht durch das einheitliche Vorgehen der Studenten, sondern durch ein Spaltungsmanöver größten Ausmaßes seitens der gegenwärtigen Führung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), die von der DKP-Studentenorganisation Spartakus mit Hilfe einiger sozialdemokratischer Gruppen (SHB) bestimmt wird. Wie schon bei der großen nationalen Vietnam-Demonstration vor einem Jahr und bei zahlreichen örtlichen Kämpfen stellten sich auch hier die DKP und ihre Studenten gegen ein einheitliches Vorgehen. Zu diesem Zweck mißbrauchten sie den VDS, der als Sprecher aller Studenten auftrat und gleichzeitig dem Ingenieurschulverband (SVI) die Teilnahme an der Demonstration und einen Kundgebungsbeitrag verweigerte. Stattdessen zog die DKP-Spartakus/SHB–Mehrheit im VDS-Vorstand vor den Studenten ein gewaltiges Schmierentheater auf: Sie hievte einen Bundestagsabgeordneten von der SPD aufs Podest, der die Studenten mit den "ehrlichen Bemühungen" der Bundesregierung vertrösten sollte und hatten ein paar sozialdemokratische Gewerkschaftsführer eingeladen, die mit ihren radikalen Phrasen nur mühsam ihre feste Verbundenheit zu ihren Parteifreunden in der Bundesregierung übertünchen konnten.

Dieses Vorgehen der VDS-Führung ist auf den Unwillen vieler Studenten gestoßen. Schon vor der Demonstration hatten an die 60 Studentenvertretungen westdeutscher Hochschulen in einem offenen Brief dagegen Stellung genommen und sich für ein einheitliches Vorgehen aller westdeutschen Studenten und ihrer Verbände ausgesprochen. Durchsetzen konnten die DKP-Spartakus/SHB-Vertreter dieses Schmierentheater denn auch nur, indem sie fast die Hälfte der in Bonn demonstrierenden Stundenten von vornherein von der Kundgebung ausschlossen und offen mit der bürgerkriegsmäßig aufgefahrenen Polizei kollaborierten. An den Aufstellungsplätzen suchten sie die Studenten, die nicht bereit waren, unter ihren sozialdemokratischen Forderungen zu demonstrieren, abzudrängen und zurückzuhalten. Mit Hilfe der Polizei verweigerten sie diesen Studenten den Zutritt zum Kundgebungsplatz.

ERFOLGREICHE ABSCHLUSS-KUNDGEBUNG DER KOMMUNISTISCHEN HOCHSCHULORGANISATIONEN

Auch die Studenten haben vom bürgerlichen Staat und den ihn tragenden Parteien nur das zu erwarten, was sie erkämpfen. Jeder, der die Gemeinsamkeit mit den bürgerlichen Parteien anstrebt, muß sich deshalb notwendig gegen den einheitlichen und konsequenten Kampf der Studenten für ihre Rechtestellen. Für die Studenten, die den Kampf für das



Gegen jede Disziplinierung durch das Bafög

Recht auf eine ausreichende staatliche Unterstützung für minderbemittelte Studenten aufgenommen haben, kommt es deshalb darauf an, einen klaren Trennungsstrich gegen alle bürgerlichen Parteien und den kapitalistischen Staat zu ziehen und sich einzuordnen in den Kampf des ganzen unterdrückten und ausgebeuteten Volkes gegen den kapitalistischen Staat. Dies vertrat ein Sprecher der Hochschulgruppen des KBW auf einer kurfristig organisierten Abschlußkundgebung auf dem Bonner Münsterplatz. Er forderte die Bestreitung der Ausgaben für die Hochschule wie für alle öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch eine progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft und die Abschaffung aller indirekten Steuern. Auf dieser Kundgebung, zu der sich in weniger als 10 Minuten weit mehr als 5 000 Studenten eingefunden hatten, sprach auch ein Vertreter des Ingenieurschulverbandes.

Mit der Bonner Demonstration ist der Kampf der Studenten nicht beendet: Die Bundesregierung hat bisher die Forderungen der Studenten nicht erfüllt, und sie bereitet den weiteren Abbau der Ausbildungsförderung vor. Ein neuer Referentenentwurf sieht die Umwandlung eines Teils der Ausbildungsförderung in Darlehen vor. Um den Kampf gegen diese Politik mit größerer Klarheit und Geschlossenheit an den Hochschulen weiterzuführen, dafür hat die Auseinandersetzung um ein einheitliches Vorgehen auf der Demonstration in Bonn gute Bedingungen geschaffen.

–H.G., Mannheim–

STUDENTENSTREIK IN FRANKFURT:

Niederlage für die hessische Landesregierung

MINISTERPRÄSIDENT OSSWALD: "DER STREIK DER STUDENTEN IST UNGESETZLICH"

Der Streik der Frankfurter Studenten hat im Hessischen Parlament Krisenstimmung ausgelöst. Universitätsbürokraten und Landesregierung müssen ihre Niederlage an der Hochschule eingestehen, es ist ihnen nicht gelungen, an der Universität die gewünschte Ruhe und Ordnung herzustellen. Im Gegenteil, die politische Konfrontation an der Universität Frankfurt hat immer schärfere Formen angenommen. Während es den Studenten gelungen ist, ihre Einheit zu vergrößern, sieht sich die SPD zunehmend in die Isolation gedrängt, sehen die bürgerlichen Politiker nur noch in der Ausdehnung des staatlichen Unterdrückungsapparates gegenüber den Studenten einen Ausweg.

Kultusminister Friedeburg (SPD) hat beschlossen, bis zum Beginn des nächsten Semesters insbesondere an der Frankfurter Universität, aber auch an den anderen Hessischen Hochschulen, ein Hausrecht einzuführen. Damit soll es der Universitätsbürokratie möglich sein, nach eigenem Ermessen politisch unliebsame Studenten von der Universität zu schmeißen.

6000 Studenten demonstrierten in Frankfurt am 31.1. gegen den Polizeiterror und die Disziplinierungsmaßnahmen an der Universität

WARUM DIESE HEKTIK UND AUFREGUNG DER BÜRGERLICHEN POLITIKER?

Weil die Frankfurter Studenten das tun, was ihre Kommilitonen an anderen Hochschulen und Universitäten auch machen: Sie üben Kritik an den Lehrveranstaltungen, sie benutzen ihre studentischen Selbstverwaltungsorgane, AStA und Fachschaften, um politische Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Hochschule durchzuführen; sie benutzen die Räume in der Universität, um Vollversammlungen und politische Veranstaltungen abzuhalten. Sie lassen sich nicht den Mund verbieten und üben Kritik an den Lehrveranstaltungen. Sie sagen ihre Meinung, wenn ein Professor streikende Arbeiter als Sozialparasit bezeichnet. In einem Flugblatt an die Frankfurter Bevölkerung schreiben die Studenten, warum sie Kritik an den Lehrveranstaltungen üben:

– *"Wir wollen nicht zu Wirtschaftswissenschaftlern ausgebildet werden, die nur lernen, wie sich die Kosten der Produktion senken lassen, was nichts anderes heißt, als ständig neue Methoden auszutüfteln, die die Arbeitshetze steigern und die Löhne so niedrig wie möglich halten.*
– *Wir sind gegen eine Forschung, die wie hier in Frankfurt bei den Soziologen die Grundlagen für die Entwicklung neuer Lohn- und Arbeitsplatzbewertungssysteme schafft. Auf diesen Grundlagen wurde z.B. das ganze REFA-System weiterentwickelt. Die arbeitende Bevölkerung weiß, daß neue Lohnsysteme noch nie zu ihrem Vorteil waren, sondern immer nur die Arbeitsintensität und die Arbeitshetze verschärft haben."*

Gegen diese Kritik wehren sich die reaktionären Professoren und die bürgerlichen Parteien, die immer nur das Interesse der Kapitalisten im Auge haben. Wenn sie Freiheit von Forschung und Lehre sagen, dann meinen sie einzig und allein ihre eigene Freiheit, die bürgerliche Wissenschaft in die Köpfe der Studenten einzutrichtern.

Um die Kritik der Studenten einzuschränken, ging der Frankfurter Universitätspräsident in die Offensive: Er stellte Strafanzeige gegen Studenten, die es gewagt hatten, Diskussionen in der Veranstaltung des CDU-Professors Engels zu fordern. Um für die weitere Vorlesung Ruhe zu haben, rief der Präsident die Polizei zum "Schutz der Veranstaltung". Aber die Studenten ließen sich das nicht gefallen. Sie forderten den sofortigen Abzug der Polizei und die Rücknahme der Strafanzeigen. Um den Widerstand zu brechen, griff Senatspräsident Kantzenbach zur nächsten Maßnahme: Er setzte alle Lehrveranstaltungen für die Studenten der Wirtschaftswissenschaften im Grundstudium ab und entließ 6 Tutoren (studentische Lehrkräfte), die sich mit den Forderungen der Studenten solidarisiert hatten. Weiteren 250 drohte er die fristlose Entlassung an.
Als Antwort auf diese Provokation beschlossen die Frankfurter Studenten, für die ganze Universität den Streik auszurufen und alle Lehrveranstaltungen lahmzulegen.
In den folgenden Tagen berichteten die Tageszeitungen von fanatischen Störtrupps und kommunistischen Rollkommandos, die angeblich die Frankfurter Universität lahmgelegt hätten. Eifrigster Informant der Journalisten war dabei die Pressestelle des Universitätspräsidenten. Doch diese Lügenmärchen entlarvten sich schnell. In einer Urabstimmung, an der über 20 000 Studenten teilnahmen, stimmten 54 % für den Streik und 43 % dagegen.

Das bedeutete Alarm: Ein Krisenstab, zusammengesetzt aus Beamten des Hessischen Innenministeriums, Kultusministeriums, dem Frankfurter Polizeipräsidenten Müller und Uni-Präsident Kantzenbach wurde ins Leben gerufen. Seine erste Maßnahme war: Jeder Student, der eine Lehrveranstaltung "stört", muß mit einer Geldstrafe von 2 000 DM rechnen. Dem AStA wurde per Gerichtsbeschluß verboten, den Streik zu unterstützen. Gleichzeitig verkündigte Ministerpräsident Osswald: Der Streik der Studenten ist ungesetzlich – frißt die Steuergelder der Werktätigen auf. Und einen Tag später fügte Bundes-Wissenschaftsminister Dohnanyi in demagogischer Hochform hinzu: Die streikenden Studenten fallen den Arbeitern in der jetzigen Lage in den Rücken. Mit diesen Phrasen stellen die bürgerlichen Politiker die Sache auf den Kopf. Nicht der Streik der Studenten, sondern die geordneten Studienbedingungen richten sich gegen die Interessen des Volkes. Denn Ruhe und Ordnung an den Hochschule sind für die Bourgeoisie die Voraussetzung, um willige Funktionäre für die Verwaltung ihrer Profitwirtschaft und ihres parasitären Staatsapparates auszubilden.

Diesem Versuch, die Arbeiter gegen die streikenden Studenten aufzuhetzen, haben die Studenten in richtiger Weise geantwortet. Sie haben ihren Streik fortgesetzt. Sie sind aus der Hochschule hinausgegangen, um im Stadtteil Flugblätter zu verteilen, um mit der werktätigen Bevölkerung über ihren Streik zu diskutieren.
Am Mittwoch letzter Woche eskalierte der Krisenstab die Auseinandersetzungen weiter. Am späten Nachmittag drangen Beamte der politischen Polizei in den Frakfurter AStA ein und durchsuchten die Räume. Als daraufhin 1 000 Studenten vor den AStA zogen und den sofortigen Abzug der Polizei forderten, ging die Polizei mit Schlagstock und Wasserwerfern gegen die Studenten vor. Drei Studenten mußten schwerverletzt in ein Krankenhaus transportiert werden. Doch mit dieser Provokation gelang es der Polizei nicht, die Studenten einzuschüchtern. Noch am selben Abend beschlossen sie auf einer Veranstaltung, am nächsten Tag eine Demonstration durchzuführen.

Am Donnerstag demonstrierten 6 000 Studenten zusammen mit Schülern und Lehrlingen durch die Frankfurter Innenstadt. Mit dieser Demonstration zeigten die Studenten, daß sie mit der Politik des bürgerlichen Staates an der Hochschule insgesamt nicht mehr einverstanden sind.

sa / se, Frankfurt

Wie Ameisen, die am Knochen nagen

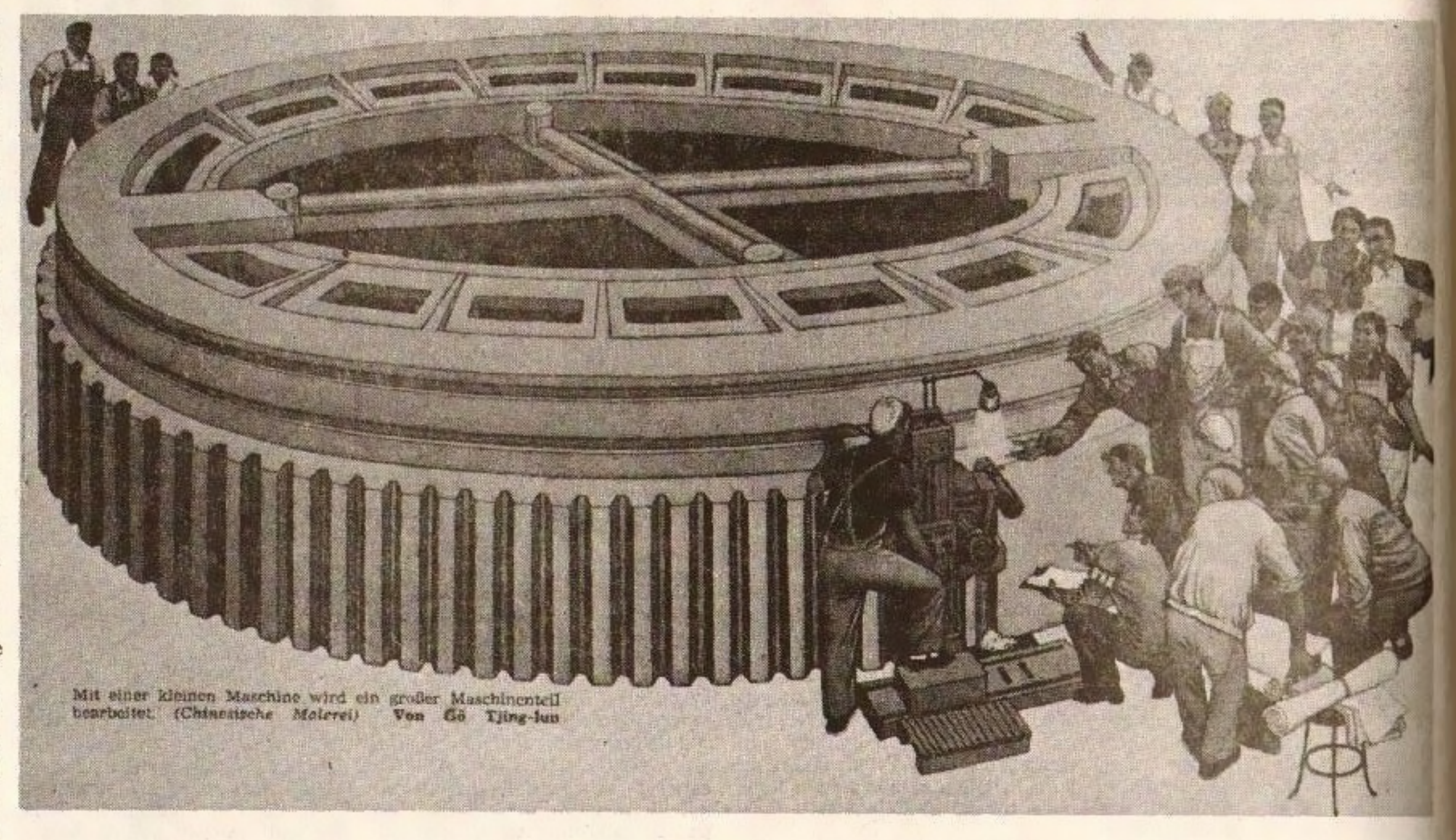
DIE UMGESTALTUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE DURCH DIE CHINESISCHEN ARBEITER UND BAUERN IST AUCH EIN SIEG ÜBER DEN KLASSENFEIND

In einigen deutschen Kinos läuft zur Zeit der chinesische Film "Kanalsystem Rote Fahne". Er zeigt, wie die Bewohner einer Gebirgsgegend im Norden der chinesischen Provinz Honan ein 1 500 Kilometer langes Kanalsystem ohne komplizierte Maschinen, gegen den Rat der sogenannten "Experten" und ganz im Vertrauen auf die eigene Kraft errichteten. Der Film ist ein konkretes Beispiel dafür, zu welchen großartigen Leistungen die kollektive Kraft des Volkes fähig ist, zu Leistungen, die die "Experten" für undurchführbar hielten und die sie tatsächlich nicht hätten durchführen können, weil sie sich nicht auf die kollektive Kraft des Volkes, sondern allein auf die Kraft der von ihnen konstruierten Maschinen verließen.

Bei vielen, die den Film gesehen haben, stellt sich angesichts der Erfolge, die die Bauern der Provinz, gestützt auf die kollektive Kraft der Volkskommunen, erzielen, ein ungläubiges Staunen ein. Das ist nicht verwunderlich. Denn wir sind gewohnt, daß große Bauwerke und Konstruktionen von Maschinen errichtet werden, die die "Wissenschaftler und Ingenieure" entworfen haben, und daß dabei der Anteil des Menschen, die produktive Rolle des Arbeiters, um so geringer ist, je größer die Bauwerke sind. Die Errichtung des "Rote-Fahne-Kanals" ist eine enorme technische Leistung, die die kargen Bergregionen der Provinz Honan in ein "Land von Milch und Honig" verwandelt hat – aber kein "technisches Wunder", (das sagen nur die "Experten", weil sie glaubten, der Kanal könne nicht gebaut werden). In dem Film wird der in zehn Jahren erbaute "Rote-Fahne-Kanal" auch nicht als "technisches Wunderwerk" verherrlicht, sondern wird als ein praktischer Schritt im Aufbau des Sozialismus in China und als ein konkreter Sieg im Klassenkampf gefeiert.

Der Begriff "Klassenkampf" wird oft sehr abstrakt gebraucht und man kann sich nichts Konkretes darunter vorstellen. Deshalb ist es gut, wenn jemand sagen kann: das ist Klassenkampf, das ist ein Sieg über den Klassenfeind, das ist ein Schritt vorwärts im Aufbau des Sozialismus. Aber ist es denn nicht lächerlich, den Bau eines Kanals und einzelner Teilabschnitte davon als "Schlag gegen den Klassenfeind" zu bezeichnen? Ist das nicht einfach ein "technischer Fortschritt", der mit dem politischen Kampf gegen die kapitalistischen Tendenzen im Sozialismus und der Revolution eigentlich gar nichts zu tun hat?

Um diese Frage zu klären, eignet sich ein anderes Beispiel des Aufbaus des Sozialismus in China, diesmal aus der Industrie, besonders gut: die Entwicklung der sogenannten "Ameisenmaschinen" in der Chiensheh Maschinenfabrik in Shanghai.



Mit einer kleinen Maschine wird ein großer Maschinenteil bearbeitet. (Chinesische Malerei) Von Gö Tjing-lun

DIE "AMEISENMASCHINEN"

1958, im "Großen Sprung nach Vorn", bekam die Chiensheh Maschinenfabrik in Shanghai den Auftrag, zwei dringend benötigte Ersatzteile für eine Bessemerbirne eines Shanghaier Stahlwerkes zu bearbeiten. Jedes dieser Teile war über vier Meter lang, dreieinhalb Meter breit und wog elf Tonnen. Die Fabrik verfügte zu dieser Zeit über einige alte Drehbänke für kleinere Reparaturarbeiten sowie einen handbetriebenen Kran mit drei Tonnen Tragkraft. Unter den 200 Arbeitern gab es keinen ausgebildeten Techniker. Aber weil die Arbeiter die volkswirtschaftliche Bedeutung der beiden Ersatzteile erkannten, wiesen sie den Auftrag nicht einfach als undurchführbar zurück, sondern kamen zusammen und berieten darüber, wie die Arbeit mit den vorhandenen Mitteln möglicherweise doch ausgeführt werden könnte. Dabei entwickelten sie ein Bearbeitungsverfahren für große Maschinenteile, das in der gesamten Geschichte der kapitalistischen Technik ohne Beispiel ist und in China überall unter dem Namen "Ameisen, die am Knochen nagen" bekannt wurde.

Das Verfahren beruht auf der Erkenntnis der Arbeiter, daß sich das Verhältnis von Bearbeitungsmaschine und Werkstück ändert, wenn das Werkstück sehr groß ist. Es ist dann nämlich nicht mehr in allen Fällen notwendig, das große Werkstück, wie üblich, mit einer noch größeren Maschine zu bearbeiten. Das Werkstück kann selbst als "Bett", das heißt als Verankerung für kleine Bearbeitungsmaschinen, die selbst kein "Bett" brauchen, verwendet werden. Die kleinen Bohr- und Fräsmaschinen werden zunächst mit dem Werkstück an einer geeigneten Stelle fest verbunden und führen so den ersten Arbeitsgang aus. Die weiteren Bearbeitungsschritte erfolgen dann jeweils von den zuvor geschaffenen Bezugsflächen und Bohrlöchern aus.

Diese Technik der "Ameisenmaschinen" würde in den letzten 15 Jahren in China vielfach weiterentwickelt. In der Chiensheh Maschinenfabrik in Shanghai gibt es heute – neben den großen Bearbeitungsmaschinen, die natürlich auch erforderlich sind – mehr als zwanzig verschiedene "Ameisen", von denen die meisten an großen, aufgebockten Maschinenteilen angesetzt werden können, ohne daß das Teil selbst irgendwie bewegt oder gewendet werden muß. So gibt es die "himmelwärts blickende Ameise", die das Werkstück von unten, mit einem obenliegenden Fräser, bearbeiten kann, es gibt die "verschluckte Ameise", die das Teil von innen heraus bearbeitet, es gibt die "Ameise mit den vielen Kiefern", die 8 oder 16 Löcher auf einmal bohren kann und es gibt die "langbeinige Ameise" für sehr tiefe und sehr enge Bohrungen. Ein Arbeiter der Maschinenfabrik hat über diese Maschinen gesagt: "Unsere 'Ameisen' sind sehr vielseitig. Ganz egal, wie lang das Werkstück ist, sie können daran entlangkriechen. Ganz egal wie hoch es ist, sie krabbeln daran hinauf. Wenn das Werkstück groß, schwer und kompliziert ist, dann kann eine Armee unserer 'Ameisen' es umstellen und erobern."

DER KAMPF GEGEN DIE BÜRGERLICHEN "EXPERTEN"

Die Bewältigung der technischen Schwierigkeiten ist jedoch nur ein Teil des Kampfes, den die Arbeiter im Zusammenhang mit der Entwicklung der "Ameisenmaschinen" führen mußten. Denn die bürgerlichen, an den Universitäten ausgebildten "Experten" betrachteten die Vorschläge der Arbeiter geringschätzig, nannten sie "unwissenschaftlich" und meinten, sie würden sich nicht "auszahlen". Die Arbeiter mußten deshalb im Zusammenhang mit ihren technischen Experimenten auch einen scharfen Kampf gegen die bürgerlichen "Experten" führen, die den kapitalistischen Weg gehen wollten, die sich ganz auf ihren "wissenschaftlich-technischen Fortschritt" verließen und der Schöpferkraft der vereinigten Arbeiter mißtrauten.

Diese bürgerlichen "Experten" sahen nur die Effizienz der einzelnen, "modernen" Maschinen, aber sie stellten sich nicht die Frage, wie die Gesellschaft insgesamt und im Vertrauen auf die eigene Kraft ein technisches Problem lösen kann. Die Arbeiter der Chiensheh Maschinenfabrik begriffen, daß die "größere Effizienz" der modernen Maschine ein ganz abstraktes Argument war. Denn die Maschine gab es nicht. Selbst wenn der Staat den Kauf der Maschine im Ausland finanziert hätte, würde es Monate, vielleicht Jahre dauern, bis die Maschine die Produktion aufnehmen könnte. Die bürgerlichen "Experten" konnten sich aber einen anderen Weg nicht vorstellen, nicht nur deshalb, weil sie mit ganz abstrakten Zahlen rechneten, sondern vor allem auch deshalb, weil sie kein Vertrauen in die Schöpferkraft der Arbeiter hatten. Gegen den Widerstand der bürgerlichen "Experten" ergriffen die Arbeiter deshalb die Initiative – in der Chiensheh Maschinenfabrik in Shanghai ebenso wie beim Kanalbau in der Provinz Honan und an vielen anderen Orten.

Sie führten dabei Arbeiten durch, die die bürgerlichen "Experten" für völlig unmöglich gehalten hatten, sei es nun mit oder ohne den "modernen" Maschinen. Aber nicht diese technischen Erfolge sind entscheidend, sondern der damit verbundene Sieg über den Klassenfeind, die bürgerlichen "Experten" und ihre politischen Repräsentanten, die der Initiative und Schöpferkraft der Arbeiter und Bauern mißtrauten und sich ihr in den Weg stellten, weil sie fürchten mußten, dadurch ihre Vorherrschaft und privilegierte Stellung zu verlieren.

DIE NEUEN MASCHINEN FUNKTIONIEREN IN DEN HÄNDEN DER ARBEITER

Indem die chinesischen Arbeiter und Bauern überall die Initiative ergriffen, haben sie nicht nur eine neue Stufe in der Entwicklung der Produktivkräfte beschritten, sondern auch dem Klassenfeind ein Stück seiner Macht, seiner Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Produkte entrissen. Sie haben gelernt, mit den Werkzeugen und Maschinen selbständig zum Wohle des ganzen Volkes umzugehen. Aber – und das ist besonders wichtig – sie haben sich dabei nicht nur das Wissen der "Experten" angeeignet, haben nicht nur nachvollzogen, was diese schon wußten, sondern sind weit über deren bornierten, nur das technische Funktionieren einer einzelnen Maschine beachtenden Standpunkt hinausgegangen und haben mit Blick auf die gesamte Gesellschaft Bauten, Werkzeuge und Maschinen geschaffen, die in der Hand der Arbeiter und gesteuert durch ihren eigenen Kopf funktionieren. Die chinesischen Arbeiter und Bauern haben also die Produktivkräfte nicht nur "weiterentwickelt", sondern haben auch damit begonnen, sie entsprechend den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen radikal umzugestalten und gerade durch die Umgestaltung auf eine neue Entwicklungsstufe zu heben.

In der kapitalistischen Gesellschaft kann die Produktion nur klappen, wenn die Maschinen und der ganze Arbeitsprozeß "von oben" in Gang gesetzt und kontrolliert werden. Denn die Arbeiter selbst können kein Interesse daran haben, sich für das Funktionieren der Maschinen, deren Anhängsel sie sind und die ihr Leben zerstören, und die Effizienz ihrer Arbeit, die sie für andere leisten, verantwortlich zu fühlen. Die Maschinen wurden deshalb im Kapitalismus immer so gebaut, daß sie den Arbeitern einen möglichst geringen Spielraum zur eigenen Entscheidung ließen und andererseits von "Wissenschaftlern" in Gang gesetzt und kontrolliert werden können, die in ihrer Ausbildung, in ihrem Beruf und in ihrem ganzen Leben von der Arbeit in den Fabriken getrennt sind.

Im Sozialismus, wo die Arbeiter nicht für andere, sondern für ihr eigenes Wohl und das Wohl des ganzen Volkes arbeiten und deshalb auch kein interesseloses oder gar feindliches Verhältnis zu ihrer Arbeit und den Maschinen haben, besteht keine Notwendigkeit mehr, die Kontrolle über die Arbeit und das Funktionieren der Maschinen von den Arbeitern zu trennen, die unmittelbar mit der Arbeit und den Maschinen verbunden sind. Im Gegenteil. Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und die Überwindung der kapitalistischen Elemente in der neuen Gesellschaft schreiten gerade in dem Maße voran, in dem die Kontrolle über die Produktionsmittel und Produkte tatsächlich unter die Verfügungsgewalt der unmittelbar an der Arbeit Beteiligten gerät. Die chinesischen Arbeiter und Bauern haben deshalb, auf der Grundlage ihrer politischen Macht, die Initiative ergriffen und mit der Umgestaltung nicht nur der Werkzeuge und Maschinen, sondern auch der gesamten Struktur der gesellschaftlichen Arbeit begonnen.

In China entsteht heute, wie man am Beispiel des "Rote-Fahne-Kanals" und der "Ameisenmaschinen" sehen kann, in der Landwirtschaft und in der Industrie ein äußerst feingliedriger, verästelter und flexibler Produktionsapparat, der auf der Grundlage der Initiative des ganzen Volkes entstanden ist und diese Initiative nicht nur weiterhin ermöglicht, sondern auch zwingend voraussetzt. Wie der "Rote-Fahne-Kanal" nur durch die schöpferische und selbständige Initiative der vereinigten Bauern funktionieren und in Stand gehalten werden kann, so können auch die flexiblen "Ameisenmaschinen" nur in den Händen der Arbeiter und unter ihrer unmittelbaren Kontrolle funktionieren.

Durch diesen Übergang der Kontrolle über die Arbeit und die Maschinen in die Hände der Arbeiter und Bauern werden der Bourgeoisie die Wurzeln ihrer Macht durchschnitten. Die technischen Siege der chinesischen Arbeiter und Bauern sind deshalb immer auch ein Sieg im Klassenkampf und ein für die ganze Welt beispielhafter Fortschritt im Aufbau des Sozialismus.

T.K., Bremen